

Die **Ökologische** *Zeitschrift für Hamm*

Nr. 8 – Januar 2024

Mit spitzer Feder:

Eine Rückschau auf 45 Jahre
aktiver Mitarbeit
im Natur- und Umweltschutz
in Hamm

Naturschutz in Hamm – eine Farce?

Inhaltsverzeichnis

5	1983 – Abgeholzter Krähenbusch führte zum ersten Entwurf einer Baumschutzsatzung
5	1984 – Verlegung der Fährstraße
6	1984 – Die Lippeaue im Osten weckte immer wieder Begehrlichkeiten
6	1986 – Erste Umweltwoche in Hamm
6	1986 – 110-kV-Leitung durch Lippeaue und Wald
7	1986 – Bäume am Kurhaus müssen Parkplätzen weichen
7	1987 – „Hammer Regenbogenfeste“ 1987 und 1988 und „Öko Hamm“ ab 1990
8	1989 – US-Militärdepot-Gelände an der Rathenaustraße
8	1989 – Erster Landschaftsplan in Hamm wird rechtskräftig
9	1988 – Verstörende Aussagen zum Kohlehafen am Gersteinwerk
9	1989 – Rahmenplanung Lippeaue Hamm-Ost
9	1989 – Das neu eingerichtete Umweltamt in Hamm gab Hoffnung
10	1992 – Sonderparkplatz für die Eröffnung des Alleecenters in der Lippeaue
10	1992 – Standortsuche Sondermülldeponie
10	1994 – Radweg durch eines der besten Amphibiengebiete in Hamm
11	1993 – Was alles so verschwindet in einer landwirtschaftlichen Bodenauffüllung
11	1993 – Wirtschaftsweg An der Rehwiese
12	1995 – Ideen, Vorschläge und Forderungen für eine ökologische Stadt Hamm
12	1997 – Parkplatz am Bergwerk des EBV: Kein Kataster für festgelegte Ausgleichs- und Ersatzflächen
13	1997 – Landschaftsplan Hamm-Ost wurde rechtskräftig
13	1997 – Hamm wird Naturwaldgemeinde
14	1998 – Hauptstadt für Natur- und Umweltschutz, der Wettbewerb der DUH
15	1998 – Bebauung am Schloss Heessen
15	1998 – Kahlschlag der Allee zum Schloss Oberwerries
15	1998 – Lippeaue in Bockum-Hövel komplett zugebaut
16	1998 – Gärtnerei Breustedt und die Biologische Station Hamm
16	1998 – Birkenwäldchen auf dem Radbodgelände wird gefällt
16	1998 – Waldentwicklung in Heessen
16	1999 – Umflut des Mühlengrabens an der Fährstraße
16	1999 – Die Planung des Industriegebiets „Inlogparc“ in Weetfeld nahm ihren Lauf
20	1999 – Der neue CDU-Oberbürgermeister sagt der Ökologie ab
20	1999 – Überplanung der Zechenbrache Radbod ein Fiasko
21	2003 – Meine erste Zeit als sachkundiger Bürger im Umweltausschuss des Rates
21	2005 – Meine Mitwirkung im Beirat bei der unteren Jagdbehörde (UJB) der Stadt Hamm
22	2005 – Warendorfer Straße West mitten durch die Landschaft
22	2006 – Symposium zum Verkehrsplan Hamm
22	2006 – „LIFE“-Programm der EU gestaltet Lippeaue im Osten neu
23	2006 – Ende der Lippesee-Planung
25	2008 – Kein Naturschutzgebiet zwischen Münster- und Fährstraße
25	2010 – Die Ostring-Alleen wurden gerodet
26	2012 – Neue Brücken quer durch die Lippeaue
27	2012 – Abholzung großer Baumbestände auf dem Bahndamm Königsborn nach Welver
29	2014 – Die Quelle unter dem Möbelmarkt Finke mit Höhlenflohkrebs und Strudelwurm
30	2015 – Biologische Station Hamm – eine lange Vorbereitung führte zu einem ersten Ergebnis
31	2016 – Reithalle im Landschaftsschutzgebiet
31	2018 – Erlebensraum Lippeaue fördert das Freizeitvergnügen
32	2018 – Tierfilmer darf Naturschutzgebiete der Lippeaue betreten
34	2018 – Fledermäuse an der Waldenburger Straße verlieren ihren Lebensraum
34	2019 – Elf Betonklötze im NSG Geithewald für eine eintägige Veranstaltung pro Jahr
34	2019 – Ökologische Katastrophe im NSG Geithewald
36	2019 – B-Plan DuPont aus 1965 wurde aktiviert: Reiling-Erweiterung
37	2019 – Hines-Planung im Kunststoff-Park Süd II nimmt vielen Arten den Lebensraum
38	2019 – Industriegebiet an der Siegenbeckstraße
38	2019 – Fünf Naturschützer verlassen den Beirat bei der UNB
39	2020 – Die SPD will „50 helle Orte“
39	2020 – Meine Mitgliedschaft in der BZV Pelkum und meine zweite Zeit im Umweltausschuss
40	2021 – Der Multi Hub Westfalen und die nötigen Zubringerstraßen
42	2021 – Endlich eine Baumschutzsatzung, die ihren Namen auch verdient
42	2023 – Bürgerantrag der BG Weetfeld zur Aufgabe des Inlogparc-Nordausbaus abgelehnt
43	2023 – CreativRevier Heinrich-Robert: Ein Landschaftspark wäre schön gewesen
44	2023 – Die letzte Meldung: Das Hochwasser 2024 am „Lippe-Beach“ im Erlebens(albt)raum Lippeaue
45	Mein Fazit
45	Impressum

Naturschutz in Hamm – eine Farce?

Eine Dokumentation aus 45jähriger Erfahrung und Mitarbeit im ehrenamtlichen Naturschutz
– von Ulrich Schölermann –

Mein Einstieg in den ehrenamtlichen praktischen Naturschutz

Seit 1980 engagiere ich mich in Hamm im Natur- und Umweltschutz. Mein Interesse ist, als ich so um die 25 Jahre alt war, ganz langsam und allmählich gestiegen, selbst für mich fast unbemerkt. Ich fand in meiner Jugendzeit zuhause im Hammer Norden den Gesang der Amsel bereits schön, auch die Landschaft im nahen Sauerland, die dortigen kleinen Gebirgsbäche faszinierten mich – aber mehr auch nicht. In den späten 1970er Jahren hatte ich mit Horst Schenkel aus Uentrop einen engagierten Ornithologen und Naturschützer kennen gelernt, der schon etliche Jahre im ehrenamtlichen Naturschutz aktiv war. Zusammengefunden haben wir uns damals in einem Kegelverein, der heute noch existiert und den schönen Namen „Neuntöter“ trägt – neun Puppen, die von vogelkundlich interessierten Mitgliedern umzulegen waren; der Name des kleinen Vogels, der seine Beutetiere auf Dornengebüsch aufspießt, passte genau für unsere Gruppe.

Ich selber war zu der Zeit in Naturschutzangelegenheiten noch eher „unbeleckt“. Mit Horst war ich an einem Wochenende mal am Dümmer See in Niedersachsen unterwegs und sah eine Vielzahl von Uferschnepfen und Kiebitzen auf den Wiesen und Weiden, es mögen auch Rotschenkel dazwischen gewesen sein. Das war faszinierend, so etwas hatte ich noch nie erlebt, da hatte es „Klick“ bei mir gemacht. Es hatte mich gepackt, ich wurde 1978 Mitglied im „Deutschen Bund für Vogelschutz e.V.“ (DBV); nach der Namensänderung 1990 und dem Zusammenschluss mit den ostdeutschen Naturschützern nannte sich der Verein in „Naturschutzbund Deutschland e.V.“ (NABU) um.

Von der Hammer Ortsgruppe des DBV bekam ich die „DBV-Information“ zugeschickt, eine Loseblattsammlung, die mit Schreibmaschine auf Matrizen geschrieben und auf einem sogenannten Umdrucker manchmal nur schlecht leserlich ausgedruckt wurde. Das Erscheinungsbild war stark verbesserungswürdig, der Vorstand suchte Helfer. Durch meinen Beruf als Mediengestalter fühlte ich mich angesprochen, layoutete die nächste Ausgabe und wurde sogleich auf der Jahreshauptversammlung 1980 als „Referent für Öffentlichkeitsarbeit“ in den Vorstand gewählt. Nur mit dem damaligen Vorsitzenden und Vereinsgründer Heinz Siegel hatte ich kurz telefoniert, mich mit Karlheinz Jenzelewski als Öffentlichkeitsreferenten abgestimmt, und Georg Nocke kannte ich von den Hauskassierungen der Mitgliedsbeiträge. Ich hatte ein Durchschnittswissen von ökologischen Zusammenhängen, kniete mich aber mit Volldampf in meine neue spannende Aufgabe hinein. Ich habe damals nicht auch nur ansatzweise geahnt, dass mich dieser Job mit all seinen Folgeämtern bis heute beschäftigen würde.

Drei Jahre später wurde ich für sechs Jahre 2. Vorsitzender, danach in zwei Etappen für zwölf Jahre 1. Vorsitzender. Viele Jahre machte ich die Pressearbeit nebenher, denn dafür war kein Nachfolger zu finden. Bis heute, 2024, habe ich in mehreren Funktionen beim DBV/NABU, bei der „Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.“ (BG Weetfeld), der „Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V.“ (LNU), im „Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Hamm“, als Bezirksvertreter in der Bezirksvertretung Pelkum und als Sachkundiger Bürger im Umweltausschuss des Rates der Stadt Hamm für die SPD und später für Bündnis 90/Die Grünen viel erlebt und erfahren im Natur-, Umwelt-, Arten- und neuerdings Klimaschutz in meiner Heimatstadt.



Verwendete Abkürzungen und Begriffe:

B-Plan:	Bebauungsplan
FNP:	Flächennutzungsplan
LP:	Landschaftsplan
NSG:	Naturschutzgebiet
LSG:	Landschaftsschutzgebiet
FFH:	Flora-Fauna-Habitat-Gebiet
ULB:	Untere Landschaftsbehörde
UNB:	Untere Naturschutzbehörde
UJB:	Untere Jagdbehörde
CEF:	Maßnahmen zur rechtzeitigen Sicherung von Lebensräumen für geschützte Arten
BUND:	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
DBV:	Deutscher Bund für Vogelschutz e.V.
LNU:	Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V.
NABU:	Naturschutzbund Deutschland e.V.
RVR:	Regionalverband Ruhrgebiet
TöB:	Träger öffentlicher Belange
UIG:	Umweltinformationsgesetz
Aarhus-Konvention:	Ein völkerrechtlicher Vertrag, der jedem Bürger Rechte im Umweltschutz sichert, insbesondere Informationsrechte.

Über 61 gravierende Vorgänge möchte ich in dieser 8. Ausgabe der „Ökologischen Zeitschrift für Hamm“ berichten

Fast alle **Genehmigungsverfahren**, an denen ich als Vertreter der Naturschutzverbände beteiligt werden musste, **haben aus ökologischer Sicht keinen guten Ausgang zur Folge gehabt**; das frustriert mich bis heute, das werden die Leser dieses Berichts auch merken. **Gern würde ich aus Natur- und Umweltbereichen Positives aus Hamm berichten – selten hat es solches gegeben.** Ich bedaure das sehr. Auch den zurzeit hoch gelobten „Erlebensraum Lippeaue“ versehe ich mit vielen „ökologischen Fragezeichen“. **Daher bin ich der Meinung, dass der Naturschutz in Hamm behördlicherseits unterbelichtet behandelt wird. Daher auch der Titel dieses Berichts: „Naturschutz in Hamm – eine Farce?“** Über 61 Vorgänge und Planungsverfahren, die ich in all den Jahren erlebt habe und mir in Erinnerung geblieben sind, möchte ich hier beispielhaft berichten.

Praktische Arbeiten

Immer habe ich versucht, für wild lebende Tier- und Pflanzenarten Verbesserungen der Lebensbedingungen zu erreichen. Ich bin da auch ganz klein angefangen mit dem Aufhängen und der Betreuung von künstlichen Nisthilfen für Kleinvögel, später auch für Steinkäuze und mit Tagesverstecken für Fledermäuse. Das war damals das, was man unter Naturschutz verstand.

Mein Tätigkeitsfeld beim DBV/NABU weitete sich aber zügig aus, mal durch Anregungen von Mitstreitern, mal durch eigene Vorstellungen. Im Amphibienschutz wurden Fangzäune an Straßen aufgebaut, die von Fröschen und Kröten auf ihrem Weg zum Laichgewässer überquert werden mussten. Das Schneiteln von überwachsenen Kopfweiden, das Schneiden von auswuchernden Hecken und Anpflanzungen von Hecken kamen hinzu. Später haben wir Wiesen gemäht, die ein artenreiches Pflanzen- und Tierspektrum aufwiesen. Nebenher betreute ich weiterhin die Öffentlichkeitsarbeit mit Publikationen und Mitteilungen für den Verein und versorgte Presse und Lokalfunk mit Informationen.

Meine Funktionen

Früh habe ich bereits über den DBV den Kontakt zur Kommunalpolitik gesucht; das war nicht einfach. Bei Bündnis 90/Die Grünen fand ich immer ein offenes Ohr – zumindest so lange die Partei in der Opposition war. Mit der unteren Landschaftsbehörde (heute Naturschutzbehörde) in Hamm konnte ich in den ersten Jahren kaum gute Gespräche führen. **Erst als in Hamm ein Umweltamt eingerichtet wurde, verbesserte sich der Kontakt zu den amtlichen Naturschützern.**

Über den DBV/NABU bin ich in den „Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Hamm“, ULB (heute Naturschutzbehörde, UNB), gewählt worden. 34 Jahre war ich dort Mitglied, davon 20 Jahre als Vorsitzender. Nebenbei war ich einige Jahre lang Mitglied im „Beirat bei der unteren Jagdbehörde“. Für die SPD war ich 13 Jahre als „Sachkundiger Bürger“ Mitglied im Umweltausschuss des Hammer Rates, ohne SPD-Mitglied zu sein, nach der Kommunalwahl 2020 noch ein-

mal für ca. ein Jahr für Bündnis 90/Die Grünen. Seit der letzten Kommunalwahl vertrete ich die GRÜNEN als Mitglied der Bezirksvertretung in Pelkum. Seit 2020 bin ich Vorsitzender der „Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.“. Für den NABU-Landesverband habe ich als Bevollmächtigter zwölf Jahre (bis Dezember 2018) Bebauungspläne (B-Pläne), Flächennutzungspläne (FNPs) und weitere Verfahren bearbeitet. Seit Februar 2019 kann ich diese Arbeit für die „Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt e.V.“ (LNU) erledigen. **Ich möchte mit dieser Auflistung nur aufzeigen, dass ich schon Einblick in viele Verfahrensabläufe bekommen konnte, nicht mehr und nichts anderes will ich damit sagen.**

Was hat mein Engagement im Naturschutz gebracht?

Wenn ich heute zurückblicke und mich frage, wie sinnvoll meine Tätigkeiten gewesen sind, dann muss ich leider feststellen: Gebracht hat es wenig. **Fast alle Vorschläge als ehrenamtlicher Akteur der Naturschutzverbände an die Politik wurden vom Rat der Stadt Hamm als Entscheidungsgremium abgelehnt.** Hin und wieder wurde ein Pflanzplan geändert und fremdländische Baum- und Straucharten gegen heimische Arten getauscht, wie wir Naturschützer es vorgeschlagen hatten. Ein besonderes Erlebnis gab es: Bei der Planung des Möbelhauses Finke (heute Höffner) in Rhynern gelang mir der Schutz der Quelle auf dem Gelände des dortigen Parkplatzes; das war der wohl größte Erfolg.

Im Laufe der Jahre wurde aber auch die Meinung vertreten, dass die **Planungsvorhaben aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich besser geworden sind, seitdem in NRW drei Naturschutzverbände gesetzlich anerkannt** sind und das Verbandsklagerecht besitzen. Die Sticheleien von Jägern und Anglern über die „selbsternannten Naturschützer“ sind also völlig daneben. Im Bundes- und Landesnaturschutzgesetz NRW ist diese Regelung für die Verbände vorgegeben. Es sind der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) und die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW e.V. (LNU). Gesetzlich anerkannt sind die Landesverbände, nicht die Ortsgruppen in den 54 Kreisen und kreisfreien Städten NRWs. Die Landesverbände stellen Einzelpersonen in der Ortsverbänden mit einer Vertretungsvollmacht aus, um Stellungnahmen zu Eingriffen in Natur und Landschaft verfassen zu können. Die Bevollmächtigten können ihre Entscheidungen allein treffen, sie sind nicht verpflichtet, sich mit den Ortsverbänden abzustimmen, obwohl das natürlich sinnvoll ist. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist es unmöglich, eine Stellungnahme zu erarbeiten, die allen Vorstandsmitgliedern genehm ist. Wichtig ist, dass die satzungsgemäßen Ziele des Verbandes gewahrt bleiben. Das Lesen der B-Pläne, Umweltberichte und Artenschutzrechtlichen Untersuchungen sind zeitaufwendig, vor Ort muss man sich ein Bild der Lage machen und sich mit Insidern kurzschließen, die Kenntnisse über den zu beurteilenden Tier- und Pflanzenbestand haben. Oft ist auch ein Blick in Gesetzestexte nötig.

Um mehr zu erreichen bin ich 2020 für die GRÜNEN in die Politik gegangen. Aber auch das war nicht von Erfolg gekrönt, weil für Politik und Verwaltung praktizierter Natur- und Umweltschutz hinderlich ist.

Der Lippealtarm in Bockum-Hövel ist eines der wertvollsten Lebensräume für wild lebende Vogelarten in Hamm. Links das Schwarzbachwäldchen, rechts das Wäldchen am Muschelteich. Nördlich liegt die Müllverbrennungsanlage etwa auf Höhe des Muschelteiches (nicht im Bild; Blickrichtung nach Westen, Standort des Fotografen auf der Bergehalde Radbod).



Meine Mitwirkung im Beirat bei der unteren Landschafts-/Naturschutzbehörde der Stadt Hamm begann 1985

Einer der ersten großen Tagesordnungspunkte im „Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Hamm“ (ULB) war die Erarbeitung des Landschaftsplans (LP) Hamm-West. Im DBV hatten wir durch ein versiertes Mitglied eine Stellungnahme erarbeitet, die im Beirat verhandelt wurde. **Ich wunderte mich darüber, wie viele der Vorschläge des ehrenamtlichen Naturschutzes vom amtlichen Naturschutz zurückgewiesen wurden.** Damals dachte ich, dass die ULB mit den Umweltverbänden doch einer Meinung sein müsste, wir hatten doch alle dasselbe Ziel; das war ein Irrtum.

Allerdings war damals die ULB noch im Dezernat für Planen und Bauen untergebracht, was eine völlig unmögliche Konstellation war. Es lag auf der Hand, dass die amtlichen „Naturschützer“ sich bei der Verfolgung ökologischer Ziele gegen den eigenen Bau- und Planungs-Dezernenten stellen müssten; das ging nicht gut, denn der Dezernent und sein Planungsamt wollten bauen, dafür brauchte er Freiflächen; die ULB war dem Planungsamt eher im Weg (heute eigentlich auch noch).

Ständig wurde uns gesagt, dass wir Vorschläge für die ökologische Verbesserung der Freiräume machen sollten, wenn uns dieses oder jenes an einer Planung nicht gefallen würde. In unserer Stellungnahme zum LP Hamm-West haben wir dies getan mit der Folge, dass die ULB uns (eher süffisant) antwortete, dass das in all den Einzelfällen nicht funktionieren könne, weil die Stadt Hamm nicht an die landwirtschaftlichen Flächen zum Erwerb herankommen würde. Wir hatten keine Kenntnisse der Eigentumsverhältnisse; diese Dinge wurden nichtöffentlich geführt und waren sozusagen geheim. Wir hatten auch Beschränkungen für die landwirtschaftlichen Tätigkeiten in den Schutzgebieten des LPs vorgeschlagen (weniger Düngung, spätere Mähzeiträume der Wiesen besonders als Schutz der bodenbrütenden Vögel, Anpflanzungen von Hecken an Ackerrändern). Wir forderten ökologische Pachtverträge für die Landwirtschaft auf gepachteten städtischen Flächen. Ebenso haben wir Einschränkungen für die Ausübungen der Jagd und der Angelei vorgeschlagen, weil beide Tätigkeiten zu sehr in ökologische Abläufe eingreifen und das Artenvorkommen stören, damals wie heute. **CDU, SPD und FDP haben sich für unsere Wünsche innerhalb der Beratungen zum LP nicht interessiert, nur bei den GRÜNEN, die im Rat in der Opposition waren, konnten wir unsere Vorstellungen zumindest vortragen.** Von unseren Vorschlägen wurde so gut wie nichts in den LP Hamm-West übernommen.

Aber selbst das, was im LP an Entwicklungsmöglichkeiten für den Natur- und Artenschutz vorgesehen war, wurde in der Folge nicht tatkräftig umgesetzt. **Mit großem Erstaunen musste ich feststellen, dass eine Maßnahme des LPs erst dann umgesetzt wurde, wenn es anderenorts um einen aufzustellenden B-Plan ging.** Erst dann wurde als Ausgleich für die Flächenversiegelung der Bebauung eine vorgesehene Maßnahme des LPs herangezogen und umgesetzt. Ich war wirklich erschüttert und verlor allmählich den Glauben an einen funktionierenden amtlicherseits verfolgten Naturschutz. Ich hatte die Vorstellung, dass der LP kompromisslos erfüllt werden würde; das war ein Irrglaube.

Jetzt greife ich etwas vor: Mit vier weiteren Beiratskollegen bin ich im Dezember 2019 aus dem Beirat ausgeschieden, weil wir es nicht mehr ertragen konnten, dass unsere naturschutzfachlich vorgetragenen Vorschläge für ökologisch wertvolle Freiflächen und für einen besseren Artenschutz in Hamm von der unteren Naturschutzbehörde nicht mitgetragen wurden. Wir mussten uns nicht nur mit Investoren auseinandersetzen, sondern auch mit den behördlichen Naturschutzvertretern, mit denen wir uns eigentlich verbündet fühlten. Ich habe also lange gebraucht, um die nötigen Konsequenzen mit diesem Austritt zu ziehen. Wie hat uns der frühere langjährige Abteilungsleiter der UNB, Ulf Rosenbaum, immer wieder mal in einem Entscheidungsprozess gesagt: **„Ihr seid ein Beirat, ihr könnt mich als Behörde gern beraten, aber die Entscheidung meiner Behörde über ein Vorhaben fällt letztendlich ich.“** Das war schon eine Aussage, die uns die Mitarbeit im Beirat fragwürdig erscheinen ließ.

In anderen Kommunen soll das anders laufen, da berücksichtigt die Behörde die Entscheidung des Beirats, so ist es mir zugetragen worden. Der Beirat hat in all den Fällen, in denen ein Vorhaben in einem Landschafts- oder Naturschutzgebiet (LSG/NSG) durchgeführt werden soll, eine Widerspruchsmöglichkeit, die die ULB/UNB nicht übergehen kann. Dieser Widerspruch muss dann vom Rat der Stadt Hamm behandelt werden. Wenn der Rat sich der Beiratsmeinung anschließen würde, wäre die Planung (in der Regel ein Bauvorhaben) in den Schutzgebieten nicht durchführbar gewesen. **In all den Jahren hat sich der Rat der Stadt Hamm nicht ein Mal der ökologisch orientierten Beiratsmeinung angeschlossen, es konnte stets gebaut werden. Schon allein deshalb meine These: behördlicher Naturschutz ist in Hamm eine Farce.**

Hamm wurde 1975 flächenmäßig größer

Unsere Stadt Hamm ist eigentlich gar nicht mal so klein. Durch die kommunale Neuordnung 1975 wurden dem Stadtkern Hamm-Mitte die Städte Bockum-Hövel und Heessen und die Gemeinden Uentrop, Rhynern, Pelkum und Herringen zugeschlagen. Im Flächengrößenranking belegt Hamm in NRW Platz 6; hier ist Köln die größte Stadt, selbst Düsseldorf liegt nur auf Platz 7. Deutschlandweit liegt Hamm immerhin auf Platz 14. Nach Einwohnern gewertet liegt Hamm in NRW auf Platz 18, bundesweit auf Platz 42. Also wir müssen uns nicht verstecken. Wir sind auch nicht „die Stadt zwischen Dortmund und Münster“ (wenn wir am Urlaubsort mal gefragt werden, wo Hamm denn eigentlich liegt), sondern sollten da schon selbstbewusster auftreten, denn Hamm hat einiges zu bieten.

Erkennbar ist, dass Hamm eine Flächenstadt ist mit einem großen Anteil an Freiflächen, die allerdings vorwiegend mit etwa 60 Prozent landwirtschaftlich genutzt werden. Der Waldanteil liegt heute um die neun Prozent, was landesweit unter dem Durchschnitt liegt. Dazu kommen Parkanlagen, Lippe und Ahse als größere Flüsse und eine Vielzahl von Bächen. Etwa 20 Prozent sind durch Gebäude, Wege und Parkplätze bebaute Flächen. Die Freiflächen mit Landwirtschaft, Wald und Gewässern machen etwa 72 Prozent aus. – Diese Angaben entsprechen nicht dem letzten Stand, ein statistisches Jahrbuch, in dem dies nachzulesen wäre, gibt es seit Anfang der 2000er Jahre nicht mehr.



Der Krähenbusch in Bockum-Hövel, Wiggert oder auch Noldes Busch genannt, wurde komplett abgeholzt – nachhaltige Waldbewirtschaftung war 1983 noch unbekannt.

Eingriffe in Natur und Landschaft; chronologisch

1983 Abgeholzter Krähenbusch führte zum ersten Entwurf einer Baumschutzsatzung

Als in Bockum-Hövel bekannt wurde, dass ein Waldgebiet nahe der Geinegge der Motorsäge zum Opfer fallen sollte, bildete sich eine Bürgerinitiative, die sich engagiert der Maßnahme widersetzen wollte. Der Krähenbusch, Noldes oder auch Wiggert genannt, sollte erhalten bleiben, eine Holzentnahme nur abschnittsweise in großen Zeitabständen mit zwischenzeitlichen Aufforstungen zugelassen werden; so die Vorstellungen der Bürgerinitiative. Für mich war es eine der ersten Protestmaßnahmen, an denen ich zum Schutz von Natur und Umwelt teilgenommen hatte.

Die Salzgitter AG als Eigentümer legte den kompletten Wald flach. Dadurch motiviert entwickelten eini-

ge Protestler, darunter Michael Thon von den Naturfreunden Hamm-Mitte, **den ersten Entwurf einer Hammer Baumschutzsatzung**. Sie wurde im Rahmen eines Umweltfestes zwischen Bärenbrunnen und Musikpavillon am Ostring an Kommunalpolitiker überreicht. Muss ich betonen, dass dieser Entwurf unbeachtet blieb?

1984 Verlegung der Fährstraße

Die Verlegung der Fährstraße wurde in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Die Straße liegt im Überflutungsbereich der Lippeaue, sodass sie bei Hochwasserereignissen überschwemmt wurde. Um dies zu vermeiden schlugen die Planer eine Deichlösung vor: **Zwölf Meter hoch sollte der Deich werden**, damit die Straße vor Überflutungen sicher sein würde. Die neue



Erste Planungen für die Verlegung der Fährstraße sahen eine hohe Dammlage durch die Schilffläche vor.



Hinter den Vertretern von Politik und Verwaltung protestierten die Vertreter der Umweltszene über umweltbelastende Planungen. – Recycling von Papier und Glas waren die ersten Themen des Umweltschutzes damaliger Zeit.

Trasse sollte südlich von Lippe und Kanal etwa auf Höhe des dortigen Kiosks beginnen, an der östlichen Seite der vorhandenen Trasse durch den Mühlengraben geführt werden und an der Dolberger Straße im Norden enden: Zum Glück wurde diese Natur zerstörende Großlösung verworfen.

Aber ebenso wurde der Vorschlag der Naturschutzverbände verworfen, die alte Trassenführung beizubehalten, um ein schilfbestandenes Feuchtgebiet nicht in eine Insellage zwischen alter und neuer Trasse geraten zu lassen. Ebenso hatten die Verbände vorgeschlagen, die alte Trasse aufzunehmen, wenn es eine neue Trassenführung geben sollte. Die Planer entwickelten eine Lösung, mit der die Straße erhöht geführt wird, die alte Trasse als Zufahrt zum Restaurant Bootshaus erhalten blieb und ein Teil der Schifflfläche damit von Straßen eingegrenzt wird. Eine Lösung, eine naturverträgliche Zufahrt zum Bootshaus zu schaffen, wurde nicht verfolgt. Es ging um das **letzte Brutgebiet der Bekassine in Hamm, das Vorkommen ist heute verschwunden.**

1984 Die Lippeaue im Osten weckte immer wieder Begehrlichkeiten

Zwischen den beiden Wasserschlossern Heessen und Oberwerries sollte ein See entstehen, der **Zwei-Schlösser-See**. Die ersten Planungen wurden bereits in den 1960er Jahren bekannt und vom damaligen Oberbürgermeister Günter Rinsche, CDU, vorangetrieben. Vom Bootshafen am Schloss Heessen sollten die Kapitäne bis zur Bootsanlegestelle am Schloss Oberwerries paddeln können. Die Befürworter sprachen von einer „gestalteten Natur“ und einem „Naturlehrpfad“, um das Vorhaben der Bevölkerung schmackhaft zu machen.

Das Projekt ließ sich nicht realisieren, aber es verschwand auch in den Folgejahren nie aus den Köpfen der Macher in der Stadtspitze. **Die Fläche hat eine überragende Bedeutung für wild lebende Vogelarten, insbesondere Limikolen – damals wie heute.**

1986 Erste Umweltwoche in Hamm

Allmählich keimte ein zartes Pflänzchen einer organisierten Umweltszene in Hamm auf. Im Juni 1986 gab

es als ein nach außen sichtbares Zeichen in der Festhalle des Maximilianparks eine Umweltwoche, die von der Stadt Hamm organisiert wurde. Das war schon eine große Veranstaltung.

Auf der Eröffnung durch Oberbürgermeisterin Sabine Zech hatten die Vereine und Bürgerinitiativen sich nicht gescheut, Transparente mit Forderungen zu den Themen **Atomenergie, Müllverbrennungsanlage, Kohlehafen am Gersteinwerk und Fährstraßenausbau** hoch zu halten. Die anwesenden Dezernenten (Baudezernent Dieter Schmidt-Gothan, Umweltdezernent Dr. Walter Gronwald und Oberstadtdirektor Dr. Walter Fiehe, im Bild von rechts) waren nicht so richtig erfreut. Wenige Wochen zuvor hatte die Explosion des Kernkraftwerks Tschernobyl in der Ukraine für eine Umweltkatastrophe mit radioaktiver Verseuchung weiter Landstriche gesorgt. Mit Transparenten an allen Infoständen wurde die Forderung nach Beendigung der gefährlichen Atomstromtechnologie gestellt.

Die Stadt Hamm als Organisator hatte sich nicht gescheut, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) als Standbetreiber und „Naturschutzvertreter“ zuzulassen, die in Uentrop den Atomreaktor THTR betrieben. Einige etwas militant orientierte Kollegen plünderten darauf den unbesetzten, aber mit viel Propagandamaterial vollgestopften Stand der VEW und kippten die Prospekte auf unseren Stand des DBV. Dort wurde auf Mülltrennung hingewiesen. Wir fanden das nicht so gut und wollten keine Probleme mit der VEW bekommen. Tags darauf fragte mich ein VEW-Vertreter am Gerippe seines Infostandes, ob ich meine Fotos zur Verfügung stellen würde; er hatte mich mit meiner Kamera gesehen. Ich habe das natürlich abgelehnt.

1986 110-kV-Leitung durch Lippeaue und Wald

Die VEW legte die Planung einer neuen 110-kV-Freileitungstrasse vor, die in Bockum-Hövel die Lippeaue queren sollte und ebenfalls einen Holzeinschlag in einem Wäldchen für die nötige Schneise nach sich zog. Unsere Forderung, in diesem ökologisch sensiblen Gebiet die **Stromversorgung mittels Erdkabel** statt durch eine Freileitung vorzunehmen, wurde als **technisch nicht machbar** zurückgewiesen.



Rigoreuse Trassenplanung durch ein Waldgebiet.



Kleine Broschüre zum 2. Regenbogenfest

Unangenehm waren die Äußerungen der VEW-Vertreter, die die Forderung nach der Verkabelung öffentlich ins Lächerliche zogen. Vor allem aber sträubte sich die VEW wegen der höheren Kosten. Die Leitung wurde gebaut. Heute ist Erdverkabelung Standard.

1986 Bäume am Kurhaus mussten Parkplätzen weichen

Um 9000 Quadratmeter **Parkplatzfläche am Kurhaus** zu schaffen wurden im **Landschaftsschutzgebiet Kurparkwald Buchen und Eichen abgeholzt**. Die Maßnahme wurde im „Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde der Stadt Hamm“ heftig kritisiert. Auch Mitarbeiter des Grünflächenamtes waren mehr als empört, konnten sich aber nicht öffentlich äußern, unterstützten mich aber ideal.

Der Landschaftsbeirat besaß eine Einspruchsmöglichkeit, weil es sich um ein LSG handelte, in dem solche Maßnahmen verboten sind. Die Abholzung stand im Zusammenhang mit der Renovierung des Kurhauses. Die Stadt Hamm argumentierte, dass laut Bauordnung die Renovierung ohne die Parkplatzausweisung gar nicht möglich gewesen wäre, denn zusätzliche Parkplätze hätten ausgewiesen werden müssen. Allerdings hätte die Stadt Hamm die Befreiung aus der LSG-Verordnung im Genehmigungsverfahren bereits frühzeitig erklären müssen. So stellte sie den Beirat und die Parlamentarier des Rates vor vollendete Tatsachen.

Der Beirat lehnte den Kurparkwald-Umbau mit der Abholzung ab, die **Gremien des Rates hoben diesen Widerspruch in der Folge formell auf**, die Bäume wurden gefällt.

1987/88 „Hammer Regenbogenfeste“ 1987 und „Öko Hamm“ ab 1990

1987 und 1988 gab es die „Hammer Regenbogenfeste“ mit dem Untertitel „Es geht auch anders“, veranstaltet von der Bürgerinitiative Umweltschutz, durchgeführt auf dem Schulhof der Peter-Petersen-Schule. Die „1. Öko Hamm“ schloss sich 1990 in der ehemaligen Vollkornbäckerei „Alte Mühle“ in Wiescherhöfen an.

Viele Gruppen nahmen teil: Die Naturschutzverbände BUND und NABU, die Hammer Bio-Bauern Damberg und Geue, Firmen wie Regenbogen, Orbis, Firmen aus dem baubiologischen Bereich und die bundesweit agierende „Gesellschaft zur Förderung der Umweltverträglichkeitsprüfung e.V.“, die ihren Sitz in Hamm hatte. Auch damals ging es bereits um Themen wie Windkraft, Sonnenenergie, Altbaurenovierung, Farben auf



Vollbesetzter Vortragsraum beim „Regenbogenfest“.



Infostände beim „Regenbogenfest“ (links) in der Peter-Petersen-Schule und (rechts) der „1. Öko Hamm“ in der Vollkornbäckerei Alte Mühle in Wiescherhöfen; links Udo und Stefan Ernst, Rudi Latermann und Peter Schäfer.

Biobasis, Biologischer Landbau, Gentechnologie und Vollwerternährung. Der „Arbeitskreis Ökologisch Konsequenter Handeln“ übernahm danach für einige Jahre die Organisation der lokalen Öko-Veranstaltung. Daraus entwickelte sich der „Eine-Welt-und-Umwelt-Tag“, der heute vom „Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung“ veranstaltet wird – hier treffen sich vorwiegend Insider der Umweltszene in Hamm.

1988 US-Militärdepot-Gelände an der Rathenastraße

Eine Schreckensmeldung erreichte Hamm 1988, als bekannt wurde, dass an der Rathenastraße ein Militärdepot der amerikanischen Streitkräfte errichtet werden sollte. Das vorgesehene Gebiet zwischen Bebauung Schieferstraße und Weetfelder Straße war damals bereits landschaftlich reich strukturiert und Lebensraum für zahlreiche Arten. Es gab erhebliche Proteste in der Bevölkerung. Glücklicherweise wurde der Plan verworfen. Es blieb unklar, ob die Kommunalpolitik sich gewehrt hätte.

1989 Erster Landschaftsplan in Hamm wird rechtskräftig

Regionalplan, Flächennutzungsplan, Bebauungspläne, Landschaftspläne, Freiraumentwicklungsplan – alles baut sich aufeinander auf, für den Bürger ist es ein Planungswerk-Dschungel. Der Naturschutz richtet sich nach den Vorgaben der großflächigen Pläne. In NRW gibt es den landesweit gültigen Landesentwicklungsplan. Daraus entwickelt sich der Regionalplan Ruhr (früher Gebietsentwicklungsplan), der für unser Gebiet vom Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) erstellt wird und von Wesel im Westen über Recklinghausen im Norden, den Ennepe-Ruhr-Kreis im Süden bis nach Hamm als östlicher Grenze reicht. Aus diesen Vorgaben wird in Hamm der nur für die Behörden geltende nicht parzellenscharfe Flächennutzungsplan aufgestellt, aus dem die vielen kleinflächigen und örtlich genau begrenzten B-Pläne für Wohnen und Gewerbe entwickelt werden. In der offenen Landschaft gelten die Landschaftspläne (LP) „außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“, die nicht in bebauten Gebieten liegen. So nebenher läuft der Freiraumentwicklungsplan, neuerdings Masterplan Freiraum genannt, der in erster Linie die

Vorgaben der touristischen Erschließung für ein Wegenetz und für die Freizeitliche Erschließung regelt. **Die Stadt Hamm ist verpflichtet, für einen funktionierenden Naturschutz und den Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten zu sorgen. Ob ihr das überhaupt gelingt, versuche ich hier zu beschreiben.**

Es gibt drei LPs in Hamm: Hamm-West (inkl. Hamm-Nord), Hamm-Süd und Hamm-Ost. In den LPs wird der Zustand der Landschaft beschrieben. Es werden Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und „geschützte Landschaftsbestandteile“ festgesetzt. Es wird ausgesagt, warum die jeweiligen Gebiete unter Schutz gestellt werden. Das kann das Vorkommen bestimmter Tier- und Pflanzenarten oder die heckenreiche Strukturierung der Landschaft sein. All das muss untersucht und kartiert werden. Gebote beschreiben, was in diesen Gebieten entwickelt werden soll: die Erarbeitung eines Pflege- und Entwicklungsplans, Röhrichtbestände zu pflegen oder Ackerflächen in Grünland umzuwandeln. Verbote nennen, was dort nicht passieren darf: z. B. Lagern und Zelten, Angeln und Jagen in festgelegten Bereichen, Verlassen der Wege, Drachen fliegen zu lassen usw. Diese Schutzgebiete werden in der Festsetzungskarte des LPs genau verortet. In einer weiteren Karte, der Entwicklungskarte, wird aufgezeigt, welche Großflächen künftig zu entwickeln sind, um die Situation der Arten zu verbessern.

Ich erinnere mich noch gut, als mir mein Vereinskollege beim Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV), Karlheinz Jenzelewski, den ersten Entwurf des LP Hamm-West zeigte. In der 1980er Jahren machte ich meine ersten Gehversuche in der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit, und ich war erfreut über die vielen Maßnahmen, die im LP genannt wurden; so schien es mir. Mein Kollege klärte mich dann auf, dass das längst nicht reichte und es noch viele weitere Verbesserungsmöglichkeiten gab. Nach näherem Studium des umfangreichen Plans bestätigte sich dies auch für mich. Ich war halt noch zu frisch im Geschäft, um das auf Anhieb erkennen zu können. Der Bürger wird es auch nicht erkannt haben.

Die Vertreter der Naturschutzverbände kritisierten die **flächenmäßig zu geringen Schutzgebiete, die nicht ausreichenden Pufferzonen um die Altarme, das kaum eingeschränkte Ausbringen von Gülle und Dünger in NSGs, die fehlende Verpflichtung für den Forst, Altbäume stehen zu lassen und die fehlenden Beschränkun-**



Vom Kohlehafen am Kanal hinweg über die Lippe zum Gersteinwerk erstreckte sich das Kohlenförderband für per Schiff angelieferte Kohle aus fernen Ländern. Das „Schutzgut Landschaftsbild“ fand hier keine Beachtung.

gen für Angeln und Jagen. Nach 14 Jahren Planungszeit wurde der LP Hamm-West 1989 rechtskräftig. Die Forderung des NRW-Umweltministers Klaus Matthiesen, drei Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen, wurde in diesem LP nicht erreicht.

1989 Verstörende Aussagen zum Kohlehafen am Gersteinwerk

Eine große Diskussion zum Kohlehafen mit dem erforderlichen Kohlenförderband am Gersteinwerk in der Lippeaue an der westlichen Stadtgrenze brachte keine zufriedenstellenden Ergebnisse für den Naturschutz. Das Gebiet zwischen Römerstraße und westlicher Stadtgrenze ist zu einer regelrechten Mülldeponierungszone verkommen. Die Müllverbrennungsanlage mit Reststoff- und Hausmülldeponie, die Bergehalde Radbod, die Hausmülldeponie an der Bromberger Straße, die Boden- und Bauschuttdeponie an der Wittekindstraße, die Kläranlage Bockum-Hövel, die Kläranlage Hamm-West, die Kompostierungsanlage, die Reststoffdeponie und das Kohlelager des Gersteinwerks – alles zusammen zeigte ein Bild auf, das darauf schließen ließ, dass die Lippeaue für die Planer der Stadt Hamm offensichtlich ein wertloser Raum war.

In der Planung des Kohlehafens mit dem unübersehbaren riesigen Förderband durch die Aue zum Kraftwerk verstieg sich die Stadt Hamm zu der Aussage, dass „bei Störungen durch Flächenverluste sich die wild lebenden Arten in andere Bereiche zurückziehen und ihre Artendiversität und Populationsdichte in diesem Raum konstant halten“. Heutzutage würde kein Gutachter eine solche Aussage wagen, sie hätte vor Gericht keinen Bestand und war dem damaligen Zeitgeist geschuldet. Die Naturschutzverbände konnten sich dagegen nicht durchsetzen, hatten keine Unterstützung durch die Kommunalpolitik und konnten auch durch die Ausgleichsmaßnahme des NSG „Am Tiibaum“ mehrheitlich nicht überzeugt werden. Dass dieser Kohlehafen mit der aus fernen Ländern herangekarrten Billig-Kohle seinen Beitrag dazu leisten wird,

dass die Kohleförderung in Hamm noch schneller beendet werden konnte, haben Bergleute und Gewerkschaftler trotz Warnungen nicht wahrhaben wollen.

1989 Rahmenplanung Lippeaue Hamm-Ost

Die „Rahmenplanung Lippeaue Hamm-Ost“ östlich der Münsterstraße sah ein umfangreiches Wegenetz in der ruhigen Auenlandschaft vor. Natürlich hatte der Kommunalverband Ruhrgebiet (RVR) seine Hände im Spiel. Der RVR hatte noch nie naturfördernde Entwicklungspläne im Sinn. Der RVR will Gebiete erschließen, auch in ökologisch sensiblen Bereichen. Die Rahmenplanung hatte die intensive Erholungsnutzung im Sinn, nichts anderes.

Die Hinweise auf die vorhandene Retentionsfläche, eine Röhrlichtzone, die Altwässer und das Vorkommen von 113 kartierten Vogelarten konnten die Planung nicht stoppen. Zum Glück wurde vom Rahmenplan nur wenig umgesetzt.

1989 Das neu eingerichtete Umweltamt in Hamm gab Hoffnung

Hoffnung keimte auf, als in Hamm ein Umweltamt eingerichtet wurde und die UNB aus dem Baudezernat herausgelöst wurde. Leider waren die Dezernenten für Umwelt und Recht (der erste war Dr. Walter Gronwald) in der Regel Juristen, die nicht Kenner des zu praktizierenden Natur- und Umweltschutzes waren. Aber die ULB/UNB im Umweltamt wurde personell aufgerüstet. Aus den ehemals zwei Mitarbeitern der UNB wurden vier Sachbearbeiter. Eingerichtet wurden zudem die Abteilungen für Landschaft, Abfall, Jagd, Fischerei und Wasser. Erster Amtsleiter wurde Eberhard Stöck. Aber auch dieser war kein Umweltperte, sondern hatte einen anderen Schwerpunkt. Sein Stellvertreter Hubertus Hanke, der später Amtsleiter wurde, kam aus der Verwaltung, auch nicht aus dem Umweltbereich.

Eine unserer Vorstellungen bei der Aufstellung der Landschaftspläne war, die NSGs zu beruhigen und dort



Das hätte noch gefehlt, eine Giftmülldeponie in Weetfeld. Dabei sind die westlichen Stadtteile schon arg gebeutel durch Industrieanlagen und den Bergbau.



Die Relikte des Zweiten Weltkriegs, die zahlreichen Bombentrichter südlich des Nordener Friedhofs, sind ein hervorragendes Amphibienggebiet.

möglichst wenig Tätigkeiten der Naherholung, der Jagd und der Angelei zuzulassen. Das sollte für einen umfassenden Naturschutz sorgen, die Gebiete sollten sich entwickeln können. Amtsleiter Stöck hielt dagegen: Wenn z. B. ein NSG festgesetzt wurde, weil dort mit einem Orchideenbestand wertvolle Pflanzen vorkamen, warum sollte dann dort nicht gejagt und geangelt werden? **Biotopschutz als Ganzes mit der Verwirklichung eines Schutzraumes für alle Tier- und Pflanzenarten für eine ökologische Biotopentwicklung waren den beiden Amtsleitern (und gleichzeitig Jagdscheininhabern) fremd.** Eberhard Stöcks Idee war es, Ersatzzahlungen für Landschaftseingriffe, die nicht am Ort des Eingriffs ausgeglichen werden konnten, in einem Ökopool zu sammeln und massiert z. B. in Lippe- und Ahseae einzusetzen; das war in Ordnung.

Unter seiner Amtsleitung bis 1997 veröffentlichte das Umweltamt eine Vielzahl von Umweltberichten. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit ihm, in dem es um Wintergoldhähnchen ging, die sich in Kiefern gern aufhalten; ich hatte dazu eine Glosse geschrieben. Diesen Vorschlag, hier und da auch eine Kiefer anzupflanzen, wollte er gern aufgreifen, damit uns die Wintergoldhähnchen im bebauten Stadtgebiet erhalten bleiben, wie er sagte. Manchmal erreicht man ein Ziel, ohne eine Aktion direkt ins Leben gerufen zu haben.

Im Laufe der Jahre wurde mir klar, **dass das Umweltamt viel zu schwach war, um sich gegen die raumgreifenden Vorstellungen des Planungsamtes zur Wehr zu setzen**, wenn es in Planungsverfahren um den Natur- und Artenschutz und den Erhalt von Biotopen ging.

1992 Sonderparkplatz für die Eröffnung des Alleecenters in der Lippeae

Den geballten Protest aus den Reihen des ehrenamtlichen Naturschutzes bekam die Stadt Hamm in Person des Umweltdezernenten Dr. Rudolf Wansleben zu spüren. Zur Eröffnung des Allee-Centers plante er eine **Zufahrt von der Fährstraße in Höhe des dortigen Kiosks durch die Lippeae bis zur Kläranlage Mattenbecke entlang eines der damals besten Kiebitzbrutgebiete**

Westfalens. Von dort aus sollten die PKWs der Kauf lustigen bis zur Münsterstraße parken dürfen, inmitten der Lippeae. Austropfendes Motoröl war kein Thema, Belastung der Vegetation ebenfalls nicht, Artenschutz wurde nicht berücksichtigt. **Proteste der Naturschützer bezeichnete er als „blanken Unsinn“.**

Wenn ich mich richtig erinnere wurde der „Parkplatz“ nicht benötigt, weil die Besucherzahl niedriger war als erhofft oder befürchtet – je nachdem, wie man es sieht.

1992 Standortsuche Sondermülldeponie

Haarschärf schrammte Hamm 1992 an einer Sondermülldeponie vorbei, drei Flächen sollten im südlichen Stadtgebiet infrage kommen. Geplant war die **Deponierung von 3,1 Millionen Tonnen hochgiftiger Stoffe** auf einer Fläche von 25 Hektar, 500 x 500 Meter groß und 40 Meter hoch. Dr. Aden, der damalige Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Dortmund, hatte **Hamm als „erstklassigen Entsorgungsstandort“** bezeichnet. Dafür kann man wirklich nicht Danke sagen, das sagt aber einiges aus über die Vorgehensweise zu dieser Zeit. Recycling und Wiederverwertung waren damals noch Fremdwörter, Deponierung war einfacher.

1000 Protestbriefe von Bürgern, Verbänden, Kirchen, Schulen und Kindergärten sind damals bei der Bezirksregierung Arnberg eingegangen. Zum Glück trafen die fragwürdigen Prognosen der Bezirksregierung nicht ein, sonst hätte unsere Stadt neben den zahlreichen Berge- und Abfallhalden auch noch eine Giftmülldeponie erhalten.

1993 Radweg durch eines der besten Amphibiengebiete in Hamm

Eigentlich kann der Bau von Radwegen nur befürwortet werden, es kommt allerdings darauf an, welche ökologischen Gebiete betroffen sind. Ein neuer Radweg sollte zwischen der Münsterstraße und Hamm-Norden durch die Lippeae entstehen. Parallel zur Lippe verläuft der Radweg nach Westen bis zur Eisen-

bahnbrücke, schwenkt dann nach Norden, um am Nordener Friedhof vorbei bis zur Kornmersch weiter zu verlaufen. In diesem Gebiet leben sehr viele Amphibien, vor allem Molche, die im Bahndamm ihr Winterquartier haben und sich im Frühjahr auf den Weg zum Laichgewässer machen; das sind die vielen Bombenrichter. Leider müssen sie auf diesem Weg den Radweg westlich der Bahnlinie überqueren.

Ehrenamtliche Naturschützer waren alljährlich im Frühjahr aktiv, um die Amphibien nicht vor PKWs zu retten, sondern vor Radfahrern. Ernst-Jürgen Scherwitz, gleichzeitig Landschaftswächter in Hamm-Mitte, war als einer der eifrigsten zu nächtlichen Stunden unterwegs und versuchte, Radfahrer zum Absteigen oder zumindest zu vorsichtiger Fahrweise zu bewegen. Besonders der „Allgemeine Deutsche Fahrradclub“ (ADFC) und die Radwegeplanerin des Planungsamtes, Cornelia Winkelmann, ließen in den Diskussionen **jedliches ökologisches Fingerspitzengefühl vermissen**. Der Weg wurde gebaut, die Stadt Hamm befürwortete ihn. Die Trasse erhielt eine wassergebundene Decke.

2020 dann das I-Tüpfelchen: Weil die Radfahrer sich nach Regenfällen über Pfützen und beschmutzte Hosenbeine beschwerten, wurde eine Asphaltdecke aufgezogen. Nun sitzen Amphibien gern auf warmen Bodendecken, und eine Asphaltdecke kann Wärme besser speichern als eine wassergebundene Decke aus Schotter und Sand. **Das trägt dazu bei, dass ihre Mortalitätsrate deutlich steigt; hier durch Radler, nicht durch PKWs.**

1993 Was alles so verschwindet in einer landwirtschaftlichen Bodenauffüllung

In Osterflierich hatte ein Landwirt eine Bodenauffüllung seines Ackers beantragt. Hier befand sich früher eine Ziegelei, und nach den Abgrabungen und der Beendigung der Ziegeleiaktivitäten war eine Senke entstanden. Wäre sie mit Mutterboden aufgefüllt worden, wäre dagegen wenig zu sagen gewesen.

Vor Ort musste ich feststellen, **dass in unteren Lagen Bauschutt und Schotter eingebracht** worden waren, an einer Stelle ragten Metallteile aus dem Boden heraus. Proteste bei der unteren Landschaftsbehörde verliefen ergebnislos, denn die Landwirtschaftskammer NRW, die die Bauern fördert und betreut, hatte dem Verfahren vom Schreibtisch aus bereits zugestimmt. Auch die Böschungsneigung an einem Gewässer war so steil ausgebildet worden, dass mehr Schüttvolumen entstehen konnte, aber die Gewässeränderung nur als naturfern bezeichnet werden musste. Die Senke wurde verfüllt, Proteste gegen die verborgene Deponie inkl. Ortstermin waren ergebnislos.

1993 Wirtschaftsweg An der Rehwiese

Es gibt bestimmt größere naturzerstörende Maßnahmen als diese: Geplant war die Schotterung eines grasbewachsenen Abschnitts am Wirtschaftsweg An der Rehwiese in Rhynern. Ein in der CDU organisierter Landwirt forderte diese Maßnahme, der dort eine Zufahrt zu seiner Wiese hatte. In einigen tiefen Fahrspuren hatte sich Wasser gesammelt, das war gut für Amphibien und Wassertiere. Selbst eine Ricke hatte in einer trockenen Rinne ihr Jungtier kurzzeitig abgelegt.

Nachdem Naturschützer und Anwohner erste vor-



Der Wirtschaftsweg An der Rehwiese war Wiesenzufahrt und gleichzeitig Lebensraum; vorn ein Kitz.

bereitende Baumaßnahmen entdeckt, das Kreischen der Motorsägen gehört und einen Ortstermin mit mehreren beteiligten Behörden und der Bezirksvertretung Rhynern erreicht hatten, konnte die Weiterführung der Arbeiten gestoppt und der bereits eingebrachte Schotter wieder entfernt werden. In einem weiteren späteren Versuch beantragte die CDU in Rhynern Haushaltsmittel für die Verfüllung des Weges. Auch das war erfolglos, weil sich SPD und GRÜNE dagegen aussprachen. **Heute ist der Weg asphaltiert.** Das wird bei Nacht und Nebel möglich gewesen sein, denn nicht immer sind sensible Anwohner und Naturschützer vor Ort. Auch ein kleiner Lebensraum ist von Bedeutung; hier ist er verschwunden.

1995 Ideen, Vorschläge und Forderungen für eine ökologische Stadt Hamm

Die „Projektgruppe Pro Hamm“ erarbeitete von 1993 bis 1995 in vielen Zusammenkünften eine aus 73 Schlagworten bestehende Empfehlung für **ökologische Verbesserungen in Hamm**. Nach einer Idee von Prof. Dr. Herbert Ant, Wilhelms-Universität Münster, erarbeitete er zusammen mit Mareile Bossemeyer, Dr. Ursula Härting, Gerd Köpke, Paul Ortmann, Ulrich Schölermann und Bernd Westhoff 73 Ideen, Vorschläge und Forderungen für eine ökologische Stadt Hamm. Aufgelistet wurde sie in einer 100seitigen Broschüre in einer Auflage von 700 Exemplaren, die an Politik und Verwaltung in Hamm übergeben wurde.

Themen waren u. a.: Ackerrandstreifen, Alleen, Altarme, Angelsport, Bahnunterführung, Bergehalde, Golf, Jagd, Kleingarten, Landwirtschaft, Lippeaue, Pferdesport, Radweg, Straßenbau, Wald. Bereits damals gab die Projektgruppe beispielsweise eine **Empfehlung auf dezentrale Standorte der Kompostieranlage** und forderte eine Verbesserung der Zustände vieler Straßenbäume. Stadtbaurat Hans-Joachim Hamerla als zuständiger Dezernent lobte die Publikation, so dass die Autoren die Hoffnung hatten, dass zumindest einige ihrer Ideen in die Tat umgesetzt werden würden. Im Mai 1995 erhielt „Pro Hamm“ auf Vorschlag des BUND, vertreten durch Lars Büthe, den Umweltpreis der Stadt Hamm. In allen Printmedien Hamms wurde die Initiative positiv dargestellt.

Im September 1996 flatterte der Projektgruppe dann allerdings ein Schreiben der Stadt Hamm auf den Schreibtisch, unterzeichnet vom neuen Umweltdezernenten Frank Herbst. Hans-Joachim Hamerla hatte die Verwaltung der Stadt Hamm mittlerweile verlassen. Umweltamtsleiter Eberhard Stöck fungierte unter „Auskunft erteilt“, während das Schreiben vermutlich von seinem Sachbearbeiter Markus Breer erarbeitet worden ist. **Auf 17 Seiten versuchten der Amtsleiter und sein Mitarbeiter, den sieben Pro-Hamm-Verfassern die 73 Schlagworte sozusagen „um die Ohren zu hauen“.** Tenor: **Alles falsch, machen wir schon, geht nicht, hin und wieder ein „da bin ich bei Ihnen“ und eher sarkastisch „Ich freue mich, dass Sie die Initiative des Umweltamtes so positiv bewerten“** (da ging es um das Thema Obstwiese). Ein wenig Spott und Hohn waren also auch dabei. Zu keinem der 73 Schlagworte hat der



Broschüre der Projektgruppe Pro Hamm mit 73 Themen.

Amtsleiter die Meinung vertreten, „da haben Sie Recht, das packen wir an, danke für die Anregung“. Schade. Es wurde deutlich, dass sich hier ein Amtsleiter dadurch brüskiert fühlte, dass andere seine Arbeit als verbesserungswürdig eingestuft hatten. Ich bin mir sicher: Wäre Hans-Joachim Hamerla noch Dezernent für den Umweltbereich gewesen, hätte dieses Schreiben das



Diese Zustände wollte die Projektgruppe Pro Hamm beenden: Straßenbäume, deren Traufbereich zugestrichelt wurde (in der Innenstadt) und kümmerliche Straßenbäume in Betonkübeln (an der Ostenallee).

Hammer Rathaus in dieser Form nicht verlassen. Eberhard Stöck war übrigens – und da greife ich etwas vor – auch derjenige, der (zusammen mit dem späteren Abteilungsleiter der UNB, Ulf Rosenbaum) immer versucht hatte, die Einrichtung einer Biologischen Station Hamm zu verhindern; dazu später mehr.

1997 Parkplatz am Bergwerk des EBV: Kein Kataster für festgelegte Ausgleichs- und Ersatzflächen

Der Eschweiler Bergwerksverein hatte nördlich des Heessener Waldes im Jahr 1983 den Schacht 7 als Material- und Seilfahrtschacht abgeteuft. Für die einfallenden Bergleute wurde ein großer Parkplatz angelegt. Für die Versiegelung des Bodens verfügte der Rat der Stadt Jahre später eine Ersatzmaßnahme. In der östlichen Hammer Lippeaue wurde eine intensiv bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche in eine extensive Bewirtschaftungsform umgewidmet. Das bedeutete, dass frühestens im Juli der Wiesenaufwuchs gemäht werden durfte, es war eine Maßnahme für den Artenschutz.

Zwei oder drei Jahre später musste ich bei einer Nachschau der Fläche feststellen, dass bereits Anfang Mai gemäht worden war. Wiesenvögel, wie Kiebitze, bekommen große Probleme, ihren noch nicht flüggen Nachwuchs vor dem Mähbalken in Sicherheit zu bringen. Gelege werden durch den Mähensatz komplett zerstört. Genau das war es aber, was mit dem späten Mähzeitpunkt verhindert werden sollte. Meine Beschwerde bei der unteren Naturschutzbehörde erstaunte Sachbearbeiter Markus Breer. **Ob ich mir „das Verfahren auf Wiedervorlage gelegt“ hätte, fragte er**



Die Hammer Spitzen von Politik und Verwaltung der Stadt Hamm freuten sich über die Auszeichnung als Naturwaldgemeinde. Bei der Urkundenübergabe im Pilzholz durch den Landesverbandsvorsitzenden des NABU, Josef Tumbrink (5.v.l.), an Oberbürgermeister Jürgen Wieland, SPD (3.v.l.), waren Umweltdezernent Frank Herbst (2.v.l.), der Vorsitzende des Umweltausschusses, Jörg Holsträter, CDU (2.v.r.), Manfred Lindemann, Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Umweltausschuss (rechts) und als Vertreter der GRÜNEN Ulrich Kroker (links) anwesend. In der Mitte Johann Kois, Vorsitzender NABU Hamm.

mich. Den Begriff kannte ich als Nicht-Behördenmitarbeiter nicht, hatte aber die Verpflichtung im Gedächtnis. Jedenfalls wollte er gegen den Verursacher ein Verfahren einleiten. Noch einmal zwei Jahre drauf dann das gleiche Spielchen, es wurde wieder viel zu früh gemäht. Dieses Mal kam die Begründung, dass es einen Besitzerwechsel gegeben hätte und der alte Eigentümer den neuen Eigentümer nicht über die Auflage der Mähzeitbeschränkung informiert hätte. Das war eigentlich aus seiner Sicht nachvollziehbar, denn das hätte Auswirkungen auf den Kaufpreis gehabt.

Ob tatsächlich Verfahren gegen die Verursacher eingeleitet worden sind, wird den Beschwerdeführern nicht mitgeteilt, das sei Amtsgeheimnis und Datenschutz wurde mir gesagt. Aber bereits damals wurde darüber gesprochen, dass die Stadt Hamm ein Kataster anlegen müsste, in das alle Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geführt werden, und das sollte auch für jedermann einsehbar sein. Dieses wichtige Kataster gibt es meines Wissens bis heute nicht. **Die Stadt Hamm ist offensichtlich nicht in der Lage, ökologische Festsetzungen zu überprüfen und im Blick zu haben – ein Problem für einen funktionierenden Naturschutz.**

1997 Landschaftsplan Hamm-Ost wurde rechtskräftig

Hoffnungen hatten die Vertreter von Naturschutzverbänden in den aufzustellenden LP Hamm-Ost gesetzt. In der Lippeaue östlich Schloss Heessen wurden mehrere Naturschutzgebiete festgesetzt. Das war eine gute Nachricht. Diese waren und sind allerdings flächenmäßig nicht so groß, dass sie alle die Funktionen erfüllen können, die man sich von NSGs verspricht. Ebenso schmerzlich aus Sicht des Naturschutzes waren die

fehlenden Beschränkungen für das Angeln und die Jagd. Während im LP Hamm-West zumindest größere Uferstrecken von der Beangelung ausgeschlossen sind, sind im LP Hamm-Ost auf deutlich längerer Gesamt-Gewässerstrecke weniger Uferbereiche angelfrei. Angeln und Jagd mindern den Wert der NSGs und stören die wild lebenden Arten. **Hier hat die Stadt Hamm vor den Nutzern einen tiefen Diener gemacht.**

Allerdings gab es im Vergleich zum LP Hamm-West einen deutlichen Zuwachs an Naturschutzgebieten. Der LP West wies 174 Hektar NSGs auf, das sind 3,1 Prozent der Fläche des LP-Geltungsbereichs (nicht der Gesamtfläche), der LP Ost wies 760 Hektar auf, das sind 17,1 Prozent. Während in den westlichen Teil der Lippeaue viele Industrieanlagen (Kraftwerksanlagen, Abfallanlagen) hinein gebaut wurden, wurden im Osten Freiräume mit landwirtschaftlicher Nutzung bewahrt. Die Politik sah diese Freiräume (nach mündlichen Äußerungen) aber eher für die Naherholung an, weniger für den Artenschutz in der Aue.

1997 Hamm wird Naturwaldgemeinde

Endlich kann ich über Positives berichten. Die Stadt Hamm hatte sich am Wettbewerb des Naturschutzbundes Deutschland e.V. „Naturwaldgemeinde“ beteiligt. Mit der angestrebten naturnahen Waldbewirtschaftung mussten 1997 fünf Kriterien erfüllt werden: Verzicht auf Kahlschläge, Naturverjüngung statt Neuanpflanzungen, Verzicht auf Chemieeinsatz, Schutz von alten Bäumen (Totholz), Einsatz sanfter Betriebstechnik (Rückepferde statt Holzerntemaschinen).

Die Verpflichtung galt nur auf städtischen Waldflächen, nicht auf Privatflächen und auf Flächen des Regionalverbands Ruhrgebiet. Bei einer Holzernte im



Die Auszeichnung der Stadt Hamm als „Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz 1998/99“ war eine besondere Auszeichnung, die Prof. Thielke (2.v.r.) von der Deutschen Umwelthilfe an den damaligen Oberbürgermeister Jürgen Wieland (rechts) und Oberstadtdirektor Dr. Dieter Krämer (3. von rechts) überreichte.

Kurparkwald kamen daraufhin Rückepferde zum Einsatz. Die schwitzenden Pferde mühten sich unter großer Kraftanstrengung, die Bäume aus dem Wald zu ziehen. Es wurde deutlich, dass sie eher in bergigen Gegenden eingesetzt werden können, in denen das Holz bergab gezogen werden muss. Eine Wiederholung dieser Aktion in Hamm hat es nicht gegeben. Ich bin mir sicher, dass die Einhaltung der fünf Kriterien nicht durchführbar war und ist.

1998 Hauptstadt für Natur- und Umweltschutz, der Wettbewerb der DUH

Die Stadt Hamm beteiligte sich 1998 wieder am Wettbewerb der Deutschen Umwelthilfe e.V. „Hauptstadt für Natur- und Umweltschutz“. Bisherige Beteiligungen hatten bereits gute Platzierungen erreicht: 1994: 31. Platz unter 185 teilnehmenden Kommunen, 1995: 6. Platz, 1996: 8. Platz, 1997: 2. Platz. **1998 gelang dann der große Wurf, die Stadt Hamm landete auf Platz 1.**

In einem umfangreichen Fragenkatalog legte die Stadt Hamm ihre Aktivitäten zu diesen Themen dar: Lokale Agenda 21, Umwelt- und Siedlungsplanung, Naturschutz, Land- und Waldwirtschaft, Gewässer, Wasser/Abwasser, Verkehr, Energie, Beschäftigung/Vergabe/Abfall und Öffentlichkeitsarbeit. Im Bereich Verkehr belegte Hamm unter den beteiligten Kommunen Platz 1, obwohl 40 Kilometer neue innenstädtische Straßen in Planung waren. Die DUH fragte bei den Naturschutzverbänden nach, ob das denn alles so richtig war, was die städtischen Vertreter des Umweltamtes unter der Regie von Amtsleiter Eberhard Stöck angegeben hatten; **so ein leichtes bis kräftiges Schmunzeln konnte ich mir bei der einen und anderen weit gefassten Beantwortung aber doch nicht verkneifen.**

Prof. Dr. Gerhard Thielcke überreichte den Preis an den Hammer Oberbürgermeister Jürgen Wieland (SPD) im Beisein der NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE). Er mahnte ein Öko-Audit für Kommunen an

und bedauerte das Fehlen eines Bauernmarktes in Hamm. Aus dem Publikum erhob daraufhin die Vorsitzende der Hammer Frauenverbände, Anneliese Hellbeck, ihre Stimme und meinte, dass der Bauernmarkt doch schon da wäre, nämlich im Maxipark („... haben wir doch schon“). Sicher, da gab es eine jährliche Veranstaltung unter dieser Bezeichnung, aber die Aneinanderreihung von Krimskrams-Ständen und Fressbuden war sicher nicht der Bauernmarkt, den der DUH-Vorsitzende angemahnt hatte. Es war der letzte Wettbewerb, den die DUH durchgeführt hatte, Hamm behält diesen Titel also auf ewig. Darauf kann sie stolz sein, doch wünschenswert wäre, wenn alle Entscheidungen in Hamm hier eine Grundlage finden würden.

Geplant wurden 1998 diese Straßenbaumaßnahmen: Ausbau des Haarener Weges zwischen Heessen und Uentrop, Weiterbau der Warendorfer Straße West von Münsterstraße bis Römerstraße, B 61n von Pelkum nach Hamm-Norden, Weiterbau der A 445 von Hilbeck bis Rhynern, Westumgehung Dolberg bis zur Lippestraße in Uentrop, L 518 Nordlippestraße von Münsterstraße bis Römerstraße. Bereits der Ausbau der Römerstraße zum Bergbauschacht in Herbern hatte sich als unnötig erwiesen. Auf der breiten kaum genutzten Straße lässt es sich heutzutage „herrlich“ fahren.

Schneidig hatten die GRÜNEN bereits Ende 1996 reagiert, als sie die Koalition mit der SPD aufgekündigt hatten, weil die SPD den Bau der Nordlippestraße L 518 unterstützte. Das waren noch Zeiten, mit heute und der Bauplanung der B 63n und der Reaktion der GRÜNEN nicht zu vergleichen. Schließlich steht im Wahlprogramm der GRÜNEN von 2020: keine B 63n. Diese Straße wird aber im Planungsamt mit Unterstützung der SPD munter weiter geplant, Bürgerversammlungen und Abstimmungen mit den Trägern öffentlicher Belange (TöB) finden statt. **Heute wollen die GRÜNEN im Rat an der Macht bleiben und akzeptieren offenkundig das Vorgehen der Stadt Hamm entgegen eigener Willensbekundungen widerspruchlos.**

1998 **Bebauung am Schloss Heessen**

Nach den großen Überschwemmungen an Rhein, Oder und Donau in den Jahren zuvor legte die Stadt Hamm einen Plan auf, mit dem die Vertreter der Naturschutzverbände nicht mehr gerechnet hatten. **In Verbindung mit den Besitzern des Schlosses Heessen wurde eine Bebauung im Überschwemmungsbereich der Lippe geplant.** Wohnhäuser sollten hier entstehen, der gutsituierten Gesellschaftsschicht in Hamm sollte gehobenes Wohnen angeboten werden.

Die Pläne zogen sich über viele Jahre hin. Ein Druckmittel war sicher die alte Schlossmühle, die zu verfallen drohte und deren Restaurierung durch die Schlossherren von Boeselager und von Ketteler nicht in die Gänge kam; die Änderung des FNP auf eine Ausweisung als Wohngebiet durch die Stadt Hamm auch nicht. Offensichtlich war es ein „Gentlement agreement“ – gibst du mir, so gebe ich dir, alles im gesetzlichen Rahmen. Die einen bekamen ihr Wohngebiet, die anderen die Schlossmühlenrestaurierung.

Auf einer Sitzung des Landschaftsbeirats wurde im Rahmen der Beschlussfassung über den FNP **nach der Grenze des Überschwemmungsbereichs der Lippe gefragt.** Der städtische Vertreter der UNB, Manfred Westphal, zeigte eine Linie auf, die sich eng an die Stromlinie der Lippe legte. Der zu einem weiteren Tagesordnungspunkt anwesende Vertreter des Lippeverbandes dagegen **legte die nördliche Überschwemmungslinie sogar nördlich der Dolberger Straße;** der Fachmann musste es wissen. Hier wurde etwas Unpassendes passend geredet und nachfolgend Bebauung im Auenbereich ermöglicht. Zurzeit (2024) ist die Bebauung An der Schlossmühle in vollem Gange.

1998 **Kahlschlag der Allee zum Schloss Oberwerries**

Dazu gehörte Mut: Das Abholzen der kompletten Allee auf der langen Zufahrt zum Schloss Oberwerries. Die

Allee im Landschaftsschutzgebiet bestand aus Pappeln, Eichen und Buchen. Unterholz aus Sträuchern bot vielen Arten zusammen mit den Großbäumen Lebensraum. Die Allee war imposant.

Die Entscheidung zur Fällung war im Rat und den Gremien bereits gefallen, als der Beirat bei der unteren Landschaftsbehörde eingeschaltet wurde. **Was sollte der Beirat denn auch beraten, wenn der Rat schon die Abholzaktion abgenickt hatte?** Jeglicher Widerstand war zwecklos, die gesamte Diskussion mit Ortstermin ebenfalls. Dass Pappeln keine 150 Jahre alt werden, war auch dem Beirat klar, aber Eichen und Buchen haben eine längere Lebensdauer. Heute (2024) ist der Zustand von 1998 noch längst nicht wieder erreicht.

1998 **Lippeaue in Bockum-Hövel komplett zugebaut**

Die Müllverbrennungsanlage (MVA) südlich der Wittekindstraße belegte neben weiteren Abfallanlagen Flächen der Lippeaue im westlichen Hamm. Hinzu kamen weitere Anlagen der Abfallentsorgung. Die riesige Zentraldeponie wurde um eine Sortierfläche für private Anlieferer erweitert. Auch die Reststoffe aus der Müllverbrennung landeten hier und wurden in großen weißen Säcken, sogenannten Big-Packs, deponiert. Weitere Flächen wurden für die Umladung von Abfällen benötigt, die weiter transportiert werden mussten (Gelbe Säcke, Altpapier, Metalle).

Warum nur wurden diese Anlagen in den Auenbereich geplant, die überall anderswo ebenso ihren Platz hätten finden können? **Aber hier wurde Freifläche versiegelt, die die Stadt Hamm in ihrer Bedeutung für den Naturschutz nicht richtig einzuschätzen wusste.**

Die neue Kläranlage Hamm-West hier in diesen tief liegenden Bereich der Lippeaue zu bauen ist naheliegend, obwohl sie ökologisch wertvolle Flächen in diesem Auenbereich beansprucht. Der ursprünglich vorgesehene Standort weiter östlich in einem Wäldchen zwischen Muschelteich und Geineggeseesee wurde sinn-



Die Schlossallee hat 25 Jahre später noch längst nicht den ökologischen Zustand aus 1998 erreicht.



Die Lippeaue im Hammer Westen: die MVA (rechts), die Gebäude der Kläranlage (vorn) und des Recyclinghofs, die Müllhalde mit den Big-Packs der MVA (links) und die Deiche (die höchsten Binnendeiche Europas liegen einige Hundert Meter weiter in Herringen) haben den Auencharakter verschwinden lassen. Hinten rechts die Bergehalde der Zeche Radbod.

vollerweise fallen gelassen. Die neue Anlage wies deutlich höhere Kapazitäten als die Kläranlage Bockum-Hövel südlich des Wittekindblocks auf, ihr Einzugsbereich war größer. Die endgültige Belegung von Freiflächen zwischen der Hausmülldeponie an der Bromberger Straße und dem Gersteinwerk an der westlichen Stadtgrenze wurde durch die Kompostierungsanlage erreicht, die als letztes Element eine Barrierewirkung in Ost-West-Richtung in der Aue für wandernde Arten darstellte. Somit war die Lippeaue im westlichen Hamm zwischen Wittekindstraße im Norden und Lippe/Kanal im Süden komplett zugebaut, ein Durchkommen für ziehende Tierarten war kaum mehr möglich. **Die Naturschutzverbände kritisierten vergeblich die Versiegelung der ökologisch wertvollen Auenlandschaft, für die die Stadt Hamm kein Verständnis hatte. Auenschutz wird vernachlässigt in Hamm.**

1998 Gärtnerei Breustedt und die Biologische Station Hamm

Bereits seit einigen Jahren war eine Biologische Station Hamm im Gespräch. Ein vorgeschlagener Standort als Außenstelle der Biostation Soest waren die Gebäude der ehemaligen Gärtnerei und Samenzuchtanlage Breustedt an der Lippestraße in Uentrop. Aufgrund der nahen Lippeaue boten die leerstehenden Gebäude eine gute Möglichkeit. Erste Gespräche konnte ich mit dem Besitzer auf privater Ebene führen.

Die Seifenblase platzte, als bekannt wurde, dass sich hier eine Sauna niederlassen wollte und sollte. Außerdem wurde der Wunsch des Standortes der Biostation von städtischer Seite völlig ignoriert.

1998 Birkenwäldchen auf dem Radbodgelände wird gefällt

Auf dem Gelände der 1990 aufgegebenen Zeche Radbod in Bockum-Hövel sollte das Gewerbe- und Industriegebiet Radbod entstehen. Dort war mittlerweile durch natürliche Sukzession ein Wald aus Birken entstanden, erste Eichen keimten bereits auf. Der Stadt Hamm, die das Gelände vermarkten wollte, waren Birken und Eichen hinderlich, sie sollten gefällt werden.

Die dafür beanspruchte Fläche betrug gerade einmal 8000 Quadratmeter, also 0,8 Hektar, während die Stadt Hamm in der Auseinandersetzung mit den Naturschutzverbänden völlig überzog und von einem Flächenverlust des Gewerbegebiets von 15 bis 20 Hektar sprach. Der Umweltausschuss hatte dem Erhalt des Wäldchens bereits zugestimmt. Stadtbaurat Ralf Möller versuchte, Ratsmitglieder durch Einzelgespräche umzudrehen. In Bockum-Hövel versuchte Karlheinz Jenzelewski, den CDU-Politiker Günter Bachtrop, der sich schon oft für den Erhalt von Bäumen eingesetzt hatte, auf die Seite des Naturschutzes zu ziehen. Gisela Waldmann, SPD-Fraktionssprecherin in der Bezirksvertretung Bockum-Hövel, war ökologischen Argumenten gegenüber nicht zugänglich und kündigte stur an, so zu entscheiden, wie es die Beschlussvorlage empfahl: Abholzung. Im Rat setzte sich Reinhard Merschhaus als Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN für das Wäldchen ein. Auf dem Gelände gab es einen Ortstermin mit dem Ergebnis, dass ein (viel zu kleiner) Teil des Wäldchens erhalten bleiben konnte. Besser als nichts, aber wenn man bedenkt, dass sich direkt an diese Fläche ein NSG



Vor vielen Jahren noch Lebensraum der Bekassine: die Schilffläche am Mühlengraben an der Fährstraße.

anschließt, dann wäre die gesamte Waldfläche ein guter Puffer zwischen NSG und Gewerbegebietsfläche gewesen. Es ist bedauerlich, dass die Planer in Hamm dies nicht erkannten und akzeptierten.

1998 Waldentwicklung in Heessen

Die Stadt Hamm legte an einem Wirtschaftsweg zwischen Köhlinger Wald und Münsterstraße eine Versuchsfläche für Waldentwicklung an. Drei Parzellen wurden abgegrenzt. Parzelle 1 wurde der natürlichen Sukzession überlassen und keine Pflanzung eingebracht. In Parzelle 2 gibt es ebenfalls keine Anpflanzungen, aber sie wurde mit einem Wildschutzzaun gegen Wildverbiss eingezäunt, Rehe, Hasen und Kaninchen sollten draußen bleiben und die aufkeimenden Pflanzen nicht zerbeißen. Auf Parzelle 3 dagegen wurden Anpflanzungen vorgenommen, 500 Pflanzen Weißdorn, Feldahorn, Hainbuche, Wildrose und Schlehe wurden von Naturschützern in den Boden gesetzt.

1999 Umflut des Mühlengrabens an der Fährstraße

Der Lippeverband legte ein Konzept vor, wie die gewässerökologische Situation am Oberen und Unteren Mühlengraben in Heessen an der Fährstraße verbessert werden kann. Die Durchflutung des Mühlengrabens war eine sinnvolle Maßnahme.

Leider war es nicht möglich, mit den Anglervereinen eine Regelung zu finden, dass hier weniger Angelbetrieb herrschen konnte, um das letzte Brutvorkommen der Bekassine in Hamm zu sichern.

1999 Die Planung des Industriegebiets „Inlogarc“ in Weetfeld nahm ihren Lauf

Dieser Maßnahme habe ich hier „etwas mehr“ Platz eingeräumt, weil alles, was um diese Planung passiert, so ungeheuerlich war und es immer noch ist, dass es einfach mal gesagt werden muss. Ich bin sicher, dass noch nicht jeder Hammer Bürger sich die Gegend hier angeguckt und die Umwelt-Katastrophe gesehen hat. Und sie soll ja noch weiter fortgeführt werden mit dem



Sorgen für erheblichen Verkehr durch Sprinterfahrzeuge auf schmalen Weetfelder Straßen: die Fahrzeuge des Paketdienstleisters DPD.

immer noch geplanten Nordausbau! Ob alle Kommunalpolitiker, die den Beschlussvorlagen dieser Planung zugestimmt haben, schon hier gewesen sind?

Der Bürgerantrag auf Beendigung des Nordausbaus, der im August 2023 von 43 Hammer Bürgern unterzeichnet und an den Oberbürgermeister geschickt worden ist, wurde im Ausschuss für Beschwerden und Anregungen behandelt. Nur DIE LINKE mit Roland Koslowski unterstützte den Antrag. Allerdings hat DIE LINKE in diesem Ausschuss kein Stimmrecht, sondern nur eine beratende Teilnahme. Das Stimmrecht war ihr genommen worden, weil nach dem Übertritt Dr. Martin Linkas von den GRÜNEN zur SPD im Rat alle Ausschüsse neu besetzt werden mussten und es zu neuen Mehrheiten gekommen war. – Da habe ich jetzt etwas vorgegriffen, später mehr zum Bürgerantrag.

Ende der 1990er Jahre begann in der Stadt Hamm die Suche nach einem Standort für ein neues Industrie- und Gewerbegebiet. Die Suche erstreckte sich über das gesamte Stadtgebiet, bevorzugt wurde in Autobahnnähe gesucht. Fünf Suchräume wurden ausgewiesen. Das Ergebnis der stadtweiten Suche war, dass lediglich in Pelkum-Weetfeld eine – nach Meinung des Planungsamtes der Stadt Hamm – geeignete Fläche für ein Industriegebiet gefunden wurde. Ohne nähere Untersuchungen bezeichnete die Stadt Hamm es als „indifferent“; offensichtlich war die Stadtspitze der Meinung, dass in diesem Ortsteil keine Widerstände durch die Anwohner zu erwarten waren. Der Suchraum in

Weetfeld für das auszuweisende Industriegebiet erstreckte sich über 280 Hektar.

Es ging um die Erweiterung des Bönener Industriegebietes „Am Mersch“ auf Hammer Seite. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer in Bönen waren horrend hoch, Hamm wollte in ähnlicher Weise profitieren. Die Nähe zur Autobahn A 2 mit der Anschlussstelle Hamm/Bönen war aus Sicht der Planer exorbitant gut, die A 1 war über das Kamener Kreuz schnell erreichbar. Die A 44 über das Autobahnkreuz Werl und die A 445 in Hilbeck lagen ebenfalls in guter Erreichbarkeit; ideal für Logistiker.

Für die Stadt Hamm waren der **Erhalt der bäuerlichen Kulturlandschaft, der Freiraumschutz mit der Wahrung der Lebensräume für wild lebende Arten und die Möglichkeit der Nutzung der Naherholung für die Anwohner kein Thema.** Wenn die Stadtspitze heute die These vertritt, dass **mit dem Bau des Multi Hub Westfalen die LKW-Verkehre auf den Autobahnen reduziert werden können, dann hat sie mit dem Inlogparc erst einmal dafür gesorgt, dass sie in Hamm erheblich in die Höhe getrieben wurden.**

Die „Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V.“ gründete sich am 19. Januar 2000. Rudolf Franke-Herold und Heinz Haeske stellten sich als Vorsitzende zur Verfügung. Die BG veranstaltete in den Folgejahren eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und suchte den Kontakt zu den Kommunalpolitikern bis zum Oberbürgermeister und den Ministe-



Blühende Landschaften gibt es nicht im Bereich des Inlogparcs Weetfeld.



Funktioniert auch 2023 noch nicht einwandfrei: die Durchfahrtsperre vor dem Inlogparc soll die Zufahrt von LKWs und Sprintern verhindern. 1. Bild links: Die Betondurchfahrt für Fahrzeuge bis 2,20 Meter Breite. 2. Bild: Herausnehmbare Sperrpfosten für die Durchfahrt von Treckern und Feuerwehr wurden ständig entfernt. – Blickrichtung der Bilder 1-3 vom Inlogparc nach Weetfeld.

rien in NRW, veranstaltete Exkursionen und Vorträge und lud Wissenschaftler nach Weetfeld ein.

Von vornherein wird den Planern klar gewesen sein, dass es von Pelkumer Seite **keine Möglichkeit für eine erträgliche Verkehrsanbindung zum Industriegebiet** geben wird. Daher wurde eine Regelung mit der Gemeinde Bönen vereinbart, dass der Verkehr ins Industriegebiet von Bönerer Seite erfolgen muss. In den Folgejahren gab es zu dieser Regelung große Kritik in Bönen.

2002 beschlossen die Bezirksvertretung Pelkum und der Rat der Stadt Hamm formell die Entwicklung des Industriegebiets Inlogparc, das Verfahren konnte beginnen. CDU, SPD, FDP und FWG stimmten zu, weil sie die Arbeitslosenquote von damals zwölf Prozent senken wollten; so argumentierten sie. Nur Bündnis 90/Die GRÜNEN stimmte dem Vorhaben nicht zu.

Ein Paukenschlag war der **Erlass des NRW-Ministeriums für Verkehr und Landesplanung im Juni 2004: Das Gewerbegebiet wurde aus der Planung gestrichen**, weil es als „unerwünschte bandartige Entwicklung an einer Autobahn“ eingestuft wurde. Außerdem stellte die Landesregierung aus SPD und GRÜNEN fest, dass

Flächenpotenziale ausreichend vorhanden sind. Aber die Lobbyarbeit der kommunalen politischen Befürworter und der Wechsel in der Landesregierung auf die CDU kassierte den Erlass.

Der Beschluss zur Aufstellung des B-Plans 04.065 Inlogparc erfolgte daraufhin im Dezember 2005.

Von 2004 bis 2009 stellte die CDU in einer Koalition mit Bündnis 90/Die GRÜNEN mit Heinrich Engel den Bezirksvorsteher in Pelkum. Diese Koalition lehnte bis 2008 alle von der Verwaltung vorgelegten und mit der politischen Stadtspitze abgestimmten Beschlussvorlagen in der Bezirksvertretung ab, die BG schöpfte etwas Hoffnung auf ein Ende der Planung. Im Rat der Stadt Hamm wurden die in Pelkum abgelehnten Beschlüsse allesamt vom Tisch gefegt und überstimmt. Als Heinrich Engel bei der Kommunalwahl 2009 nicht mehr die erforderliche Mehrheit hinter sich vereinigen konnte, löste ihn Udo Schulte, SPD, wieder ab.

Im September 2008 fand die entscheidende Ratsitzung statt. Der B-Plan 04.065 Inlogparc wurde zur Überraschung vieler Mandatsträger in einen Süd- und Nordteil geteilt. Der Rat beschloss mehrheitlich den



Das Gebiet der Norderweiterung: es reicht bis zur Wilhelm-Lange-Str. (links) und den Hof Köckler (rechts) heran.



3. Bild: Der erste versenkbare Poller wurde zu Schrott gefahren, der rechte Sperrpfosten durch einen abschließbaren ersetzt. 4. Bild: Der zweite versenkbare Poller, stabiler als der erste und mit Ampelanlage versehen, kann die Durchfahrt auch nicht verhindern, der links daneben stehende Poller soll die Lücke schließen, wurde aber auch schon an die Seite geschoben. – Blickrichtung Bild 4 von Weetfeld Richtung Inlogparc, links DPD, rechts Prologis.

Südteil mit 24 Hektar Fläche, der Nordteil mit 50 Hektar wurde aus dem Genehmigungsverfahren ausgegliedert und verschwand in der Schublade. Hintergrund: Völlig ungelöst waren die verkehrlichen Verhältnisse. Die Stadt Hamm konnte ihre verbindliche Ankündigung, die B 63n als Zubringer des Inlogparcs bis zur Beschlussfassung rechtzeitig fertig gestellt zu haben, nicht einhalten.

Nach der Beschlussfassung durch den Hammer Rat 2008 klagte die BG vor dem Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) gegen den B-Plan. 2012 fiel dann das Urteil, die Klage wurde abgewiesen. Inhaltliche Gründe wurden vor dem OVG nicht behandelt, es war allein eine juristische Auseinandersetzung vor Gericht.

Die Prognose des damaligen Hammer Oberbürgermeisters Thomas Hunsteger-Petermann, hier 5000 Arbeitsplätze zu schaffen, entpuppte sich als Seifenblase. Ebenso wurde die Aussage von Politik und Verwaltung nicht verwirklicht, dass der Inlogparc ohne die B 63n niemals in Betrieb gehen würde. Auch diese Aussage des Hammer OB wurde nicht eingehalten: „Werden durch die Bezirksregierung Arnsberg nur 30

Hektar genehmigt, dann steigen wir aus.“ Der Inlogparc ist heute 24 Hektar groß.

Ungelöst sind die Verkehrsprobleme bis heute: 40-Tonnen-LKWs fahren über die Wohnstraßen Weetfelder und Provinzialstraße und missachten das Durchfahrtsverbot für LKWs über 3,5 Tonnen, ab 2023 allerdings mit abnehmender Tendenz. Die lange Durchfahrtsperre aus großen Betonklötzen vor dem Inlogparc, die die Durchfahrten schwerer LKWs vermeiden soll, wurde oftmals aktiv umfahren. Anfangs wurden die herausnehmbaren, später abschließbaren Absperrpfosten entfernt, denn es waren ganz offensichtlich zu viele Schlüssel „unterwegs“; Feuerwehr und Landwirte mussten das Nadelöhr schließlich umfahren können. Später wurde der endlich eingesetzte elektronisch versenkbare Poller angefahren und unbrauchbar gemacht, er musste durch ein massiveres und deutlich teureres Teil ersetzt werden. Erst dieser versenkbare Poller stoppte die Durchfahrt der aufgrund der Verkehrszeichen hier verbotenerweise durchfahrenden LKWs. Neben dem versenkbaren Poller musste noch ein schwerer Betonklotz in den breiten Raum neben der Beton-



Links die Fläche der Norderweiterung, rechts ein verbotswidrig auf der Weetfelder Straße durchfahrender LKW.



Links: Die Provinzialstraße Richtung Bönen, die Ackerfläche links ist die mögliche Norderweiterungsfläche. Rechts: LKWs im Inlogparc nutzen den Rad-/Fußweg als Parkstreifen und drängen Fußgänger und Radfahrer in den Fahrbereich der 40-Tonner.

wanne aufgestellt werden. Im Dezember 2023 war auch dieser Betonpfeiler soweit versetzt, dass wieder LKWs aus Weetfeld ins Industriegebiet gelangen konnten. Die Kontrolle der Tempo-30-Zone, die in Weetfeld aus Lärmschutzgründen von 22 bis 6 Uhr eingerichtet worden ist, findet nicht statt (Stand Januar 2024).

Zurzeit droht immer noch die Ausweitung des Industriegebiets auf die dreifache Größe von 24 Hektar auf ca. 75 Hektar mit dem B-Plan Teil II, dem Nordausbau des Inlogparcs. Bei vielen Weetfeldern machte sich Politikverdrossenheit breit, denn Aussagen und Realität gingen nicht konform. **Der neue Hammer Oberbürgermeister Marc Herter, SPD, unternimmt nichts, um den Koalitionsvertrag der Ampelkoalition umzusetzen, der besagt, dass der Nordausbau nicht fortgeführt werden soll.** Dazu müsste der FNP entsprechend geändert werden. **Auch der Beschluss des Hammer Rates, den Nordausbau aus dem übergeordneten Regionalplan zu löschen, wird von Hammer Politikern beim Regionalverband Ruhrgebiet, der den Regionalplan aufstellt, nicht unterstützt.** Dabei hat der Hammer Rat genau diesen Beschluss im Dezember 2020 gefasst. SPD-Ratsfrau Monika Simshäuser vertritt die Stadt Hamm als Mitglied der Ampelkoalition im 91köpfigen RVR-Ruhrparlament, zusammen mit zwei CDU-Ratsherren. **In Hamm hat sie für das Ende des Nordausbaus im entsprechenden Ratsbeschluss 0121/20 vom 15.12.2020 gestimmt, beim RVR für die Weiterplanung des Nordausbaus.** Das soll ein Wähler verstehen; so hat sie einen Beitrag zur Politikverdrossenheit geleistet.

1999 Der neue CDU-Oberbürgermeister sagt der Ökologie ab

Thomas Hunsteger-Petermann erreichte 1999 mit absoluter Mehrheit der CDU im Rat der Stadt Hamm das Amt des Oberbürgermeisters. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit erklärte er auf einer Amtsleiter-Besprechung, dass ökologische Belange hinter ökonomischen zurückstehen müssten. Sein Totschlagsargument: Schaffung von Arbeitsplätzen. **Das Leitziel „Hamm als ökologische Stadt der Zukunft“ müsse im Konfliktfall in den Hintergrund treten, so der OB damals.**

Dieses Ziel hat er während seiner 21 Jahre dauernden Amtszeit zum Leidwesen der Naturschutzverbände nicht aus den Augen verloren.

1999 Überplanung der Zechenbrache Radbod ein Fiasko

Der B-Plan der Zechenbrache Radbod in Bockum-Hövel zeigte ein großes Manko bei der Flächenbewertung auf. Es begann damit, dass im Juni zur besten Brutzeit der Vögel mit dem Abräumen von Sträuchern und Bäumen begonnen wurde. Eine der Arten, die ihren Lebensraum verloren, war die Dorngrasmücke, eine Rote-Liste-Art. Dass dies bereits im Juni möglich war, mag dem damaligen Zeitgeist geschuldet worden sein, heute ist das nicht vorstellbar.

Der Bevollmächtigte des NABU-Landesverbandes NRW für die Beurteilung von Planungsverfahren in Hamm, Karlheinz Jenzelewski, hatte damals zum B-Plan eine Stellungnahme erarbeitet und festgestellt, dass die **Stadt Hamm ein Biotopwertverfahren angewendet hatte, das von der Fachwelt und dem Bundesamt für Naturschutz als „unzulässige Reduzierung der Untersuchungsinhalte“ bezeichnet** worden war. Die Stadt Hamm hatte bilanziert, dass ihr Punkte-Bewertungsverfahren nach dem Vergleich des Ist-Zustands und des Zustands nach der Bebauung einen Überschuss von 2532 Punkten ergab. Wie sie das erreicht hatte? Grünflächen zwischen den künftigen Industriebetrieben wurden zu extensiv gepflegten Flächen oder sogar zu standortheimischem Wald hochstilisiert, kaum wasserführende Wegseitengraben, Rigolen und Regenrückhaltebecken wurde der Wert von Gewässern gegeben. Aus Altbäumen im Bestand wurden Anpflanzungen in der Planung, ohne dass ein Wertminderungsfaktor eingerechnet wurde. Eine Arbeitshilfe der NRW-Landesregierung hatte andere Kriterien für die Bewertung von Biotopen empfohlen; dies wurde hier nicht berücksichtigt. Mit dem Verlust von Biotopflächen wurde eigentlich ein Minus von etwa 7000 Punkten errechnet. – Man sagt heute, dass die Bewertungsverfahren der Kommunen im Allgemeinen im Laufe der Jahre besser geworden sind, weil die Naturschutzverbände



Besonders am Wochenende ist es voll auf der Abstellfläche des Inlogparcs. Kleidung und Handtücher vor dem Motorblock der LKWs in Dieselatmosphäre zu trocknen zeigt die Not der LKW-Fahrer auf.

den Finger in die Wunde legen und sie das sogenannte Verbandsklagerecht besitzen. Leider ist die Berücksichtigung ökologischer Belange auch heute, 2024, selten erkennbar. **Jeder Gutachter ist in der Lage, eine Bilanzierung schönzurechnen.**

2003 Meine erste Zeit als sachkundiger Bürger im Umweltausschuss des Rates

Während meiner Zeit als NABU-Vorsitzender hat mich die SPD gefragt, ob ich als sachkundiger Bürger in die SPD-Fraktion des Ausschusses für Umwelt des Hammer Rates eintreten wolle. Ich war ziemlich überrascht, habe eine Woche überlegt und zugesagt. Parteimitglied musste ich ja nicht werden. Die SPD befand sich in der Opposition, die CDU besaß die absolute Stimmenmehrheit im Rat mit einer Stimme.

Im Laufe der Zeit merkte ich, dass da für mich ein Problem entstand. Einige B-Pläne wurden von der SPD abgelehnt, anderen stimmte sie zu. Aber meine Stellungnahmen, die ich seit 2007 als Bevollmächtigter des NABU-Landesverbandes NRW für die Beurteilung von Planungsverfahren in Hamm abgegeben hatte, ließen eigentlich nur ein Nein für die meisten B-Pläne zu, zumindest wären deutlich ökologisch orientierte Verbesserungen erforderlich gewesen. Die Genossen empfahlen mir, doch in solchen Fällen (wenn die Partei zustimmen wollte) bei der Abstimmung den Sitzungsraum Richtung Toilette zu verlassen. Das habe ich abgelehnt und oft zusammen mit dem Vertreter der GRÜNEN, Volker Burgard, gegen die Beschlussvorlage, aber eigentlich für bessere ökologische Bedingungen gestimmt. CDU, FDP und SPD bildeten ja in diesen Fällen eine satte Mehrheit, zwei Gegenstimmen waren unbedeutend und nur etwas für die Kulisse. In den ersten Jahren war das für mich ein richtiger Eiertanz, eigentlich saß ich zwischen zwei Stühlen.

Nach der Kommunalwahl 2015 gab es in Hamm die große Koalition mit CDU und SPD; ich saß plötzlich in dieser Gemeinschaft. Das war seltsam für mich: **Die Kollegen der CDU hatten in all den Jahren zuvor so ziemlich jeden SPD-Antrag abgelehnt, und plötzlich sollte ich mit dieser Partei „gemeinsame Sache“ innerhalb der neuen Koalition machen?** Das habe ich nicht

geschafft und bin eineinhalb Jahre später aus dem Umweltausschuss ausgetreten. 13 Jahre im Ausschuss reichten ja auch, habe ich mir gesagt. Der Abschied ist mir nicht leicht gefallen, aber es gab für mich nur diese Konsequenz. B-Pläne und Beschlussvorlagen wurden aus meiner Sicht ja auch aus Umweltgründen nicht besser. Meine eigenen Stellungnahmen in der Koalition zurück zu weisen war unerträglich für mich.

2005 Meine Mitwirkung im Beirat bei der unteren Jagdbehörde (UJB) der Stadt Hamm

Mittlerweile war ich Mitglied im Beirat bei der UJB als Vertreter der Naturschutzverbände geworden. Ich hatte dort eine unangenehme Stellung und musste als einziger Naturschützer unter vielen Jägern Naturschutzbelange vertreten. Das war nicht erreichbar.



Jägeransitz

Es gab eine Neuerung im Jagdrecht: Besitzer von landwirtschaftlich genutzten Flächen innerhalb eines Jagdbezirks konnten dem jagdausübungsberechtigten Pächter verwehren, auf ihren Flächen zu jagen. Das musste beantragt und mit ethischen Vorstellungen begründet werden. Im Beirat bei der ULB stellte der neue Umweltamtsleiter Hubertus Hanke das Procedere sachlich vor. Die Hürden für die Verweigerung lagen hoch, aber eine solche Beschränkung der Jagd war möglich. Im Beirat bei der UJB gab es dieselbe Vorstellung. Ich staunte nicht schlecht: Der Tonfall des Amtsleiters hatte sich erheblich verändert, der Tenor war ein ganz anderer geworden. Er zeigte den Jägern auf, dass sie sich eigentlich keine Sorgen machen müssten, dass solche Einschränkungen möglich werden konnten. Ich war ein weiteres Mal schwer erstaunt.

In dieser Zeit hatte ich im Jagdbeirat den Antrag gestellt, dass die **Waldschnepfe nicht mehr bejagt** werden sollte. Sie richtet keinen Schaden in der Landwirtschaft an und ernährt sich von Regenwürmern, Spinnen und Larven, Beeren, Früchten und Pflanzenteilen. Aber sie ist begehrt bei den Jägern, denn sie stecken sich die kleine braune Malerfeder der Waldschnepfe (1. Handschwinge) gern an ihren Hut als sichtbares Zeichen an die Kollegen zum Jagderfolg. Ihre Bejagung ist völlig sinnlos, es geht allein ums Töten. **Im Jagdjahr 2007/08 wurden als Spitzenwert noch 29 Waldschnepfen in Hamm erschossen.** Mein Antrag erzeugte einen Aufschrei bei den Hammer Jägern, er wurde nicht abgelehnt, sondern abgeschmettert.

Nach vielen Jahren der Mitgliedschaft im Jagdbeirat habe ich diese Funktion aufgegeben, weil ich erkannt hatte, **dass ein einzelner Naturschützer in diesem Gremium nichts, aber auch gar nichts erreichen kann.**

Mit einigen Vertretern der Kreisjägerschaft Hamm und mit einzelnen Jägern habe ich einige Erlebnisse gehabt, die ich – vorsichtig ausgedrückt – nur als unangenehm bezeichnen kann.

2005 Warendorfer Straße West mitten durch die Landschaft

Als die GRÜNEN von 1994 bis 1999 eine Koalition mit der SPD bildeten, wurde die Planung der Warendorfer Straße West von der Münsterstraße zur Römerstraße auf Eis gelegt. Nach der Kommunalwahl 1999 erreichte die CDU im Hammer Rat die absolute Mehrheit, die Planung wurde wieder aufgenommen und stand 2005 zum Beschluss auf der Tagesordnung des Rates.

Gutachter der Umweltverträglichkeitsstudie war das Büro Freiraumplanung H. Vennegeerts, Herdecke. In der Planung wurden sechs Trassen erwogen. Die Trasse 6 wurde entlang der bestehenden Bahnlinie geführt, sie war die Variante mit der geringsten Biotopzerschneidung und lehnte sich an die Bahnlinie an. Diese Trassenbündelung war aus Naturschutzsicht die beste Variante. **Der Gutachter hatte aber grundlegend empfohlen, die Straße nicht zu bauen.** Sofern die politische Mehrheit des Rates die Straßenplanung aber beschließen würde, sollte die Variante 6 gewählt werden, weil sie die Landschaft am wenigsten zerschneiden würde. **Erstmals hatte ein Gutachter der Stadt Hamm empfohlen, eine Straßenplanung nicht umzusetzen;** das war ein Novum.

Der Bau der Trassenvariante 2 **mitten durch die freie Landschaft gegen die Empfehlung des Gutachters wur-**

de durchgezogen, nicht die naturverträglichste Trasse mit einem Schwenk entlang der Bahnlinie.

2006 Symposium zum Verkehrsplan Hamm

Baudezernentin Rita Schulze-Böing hatte mich über ihren Abteilungsleiter für Straßenplanungen im Tiefbauamt, Carsten Gniot, zu einem Symposium zum Verkehrsplan Hamm eingeladen. Wirtschaftsförderung, Industrie- und Handelskammer und der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) waren auch zugegen, ich sollte die Naturschutzseite vertreten. Carsten Gniot hat das – so glaube ich – wirklich ernst gemeint.

In meinem Vortrag, der die Förderung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs anmahnte, den Bau von Radwegen forderte und den weiteren Straßenbau verneinte, habe ich also Natur- und Umweltschutzgedanken vertreten. **Die Dezernentin schaute etwas seltsam in meine Richtung, kommentierte meinen Vortrag mit keinem Wort und meinte dann: „Das war ja mal ein etwas anderer Vortrag.“** Ich war ebenso perplex wie sie, nur aus anderen Gründen. Dass es auch nach der Veranstaltung zu keinem Gespräch zwischen uns kam versteht sich von selbst. Es gibt ja auch keine umweltverträglichen Straßenplanungen, denn jede neue Straße indiziert neue Verkehre und zerstört Landschaft.

2006 „LIFE“-Programm der EU gestaltet Lippeaue im Osten neu

Das Programm LIFE der Europäischen Union ermöglichte durch Fördergelder die Umgestaltung der Lippeaue östlich Schloss Heessen. Endlich etwas Positives! **Altarme wurden ausgebaggert, Feuchtstellen und Blänken angelegt, Steinpackungen am Lippeufer entfernt und intensiv durchgeführte Landwirtschaft in extensive Bewirtschaftungsmethoden geändert.** Es konnten sich wieder Tierarten einfinden, die diese feuchten Lebensräume brauchen. Für alle Hammer Bürger war am sichtbarsten die Rückkehr der Weißstörche, die in den Wiesen und Weiden Nahrung fanden. Ihre Horste bauten sie auf Schloss Heessen, dem Bauernhof Freisfeld und auf einem angelegten Nistplatz, einem Wagenrad in luftiger Höhe. Als die ersten Fraßspuren des Bibers an jungen Bäumen registriert wurden, war sogar dieser frühere Bewohner in die Lippeaue zurückgekehrt. Ein Beobachtungsturm wurde gebaut, damit die Besucher einen Blick in die Aue werfen konnten.

Etliche Naturschützer waren der Meinung, dass die neuen Rad- und Wanderwege parallel zur Lippe die Bemühungen zu einem funktionierenden Naturschutz konterkarierten, weil zu viele Besucher in die schmale durch Straßen eingegrenzte Aue gelockt wurden.

Danach folgte „LIFEplus“, es gab weitere Fördergelder für die Aue. Hier gab es ein außergewöhnliches Ereignis. Der Abteilungsleiter der UNB, Ulf Rosenbaum, fragte beim NABU, dessen Vorsitzender ich damals war, an, ob sich der Verein als Projektpartner beteiligen möchte. Klar wollten wir das. **Aber die Anforderungen, die die UNB von uns verlangte, waren unerfüllbar:** Anlegen von Bauzeichnungen, Materialbeschaffung, Baustellenüberwachung und Kartierungen über einen fünfjährigen Zeitraum sind von Ehrenamtlern ohne entsprechende Berufsausbildung nicht zu bewältigen. Der Verdacht, dass hier ein UNB-Mitarbeiter einen ehrenamtlichen Verein nicht mit am Tisch sitzen haben wollte, der

unbequemer sein kann und in seiner Meinungsäußerung deutlich freier ist als eine Biologische Station, lag auf der Hand. Die Frage war rein rhetorisch, ich bin mir sicher, er hat sie nur fürs Protokoll gestellt. Also hat die Biostation Soest mit ihren ausgebildeten hauptamtlichen Mitarbeitern diesen Part übernommen, denn das kann sie logischerweise auch besser. Wir wurden auf elegante Weise ausgebootet, anders kann man es nicht bezeichnen. **Der Gipfel der Unverfrorenheit der UNB war allerdings, dass in einer Beschlussvorlage für den Hammer Rat behauptet wurde, der NABU hätte die Zusammenarbeit verweigert.**



Die Lippeseepanung

2006 Ende der Lippesee-Planung

Eine der jemals größten Planungen in Hamm, die Natur und Landschaft für immer verändert hätte, war die Planung des Lippesees im Gebiet der Lippeaue zwischen Münster- und Fährstraße, die im Februar 2001 der Öffentlichkeit bekannt wurde. Zu dem Zeitpunkt brüteten in der betroffenen Bröckermersch südöstlich der Kläranlage Mattenbecke noch viele Kiebitzpaare. Vehement setzen sich Naturschützer und oppositionelle Kommunalpolitiker gegen die Planung zur Wehr, die darüber hinaus den Haushalt der Stadt Hamm über 100 Jahre mit jährlich 1 Million Euro belastet hätte. Die Naturschützer wollten die Lebensräume dieses ökologisch und naturschutzfachlich wertvollen Gebietes für bodenbrütende Arten erhalten. Wenn von den Machern in Politik und Verwaltung ökologische Ziele vorrangig angestrebt worden wären, hätte die Planung einer kleineren Seefläche vermutlich weniger Widerstände geweckt. Aber der vorgesehene **freizeitliche Klamauk und die Bebauung für Wohnen und Gewerbe** in den Randbereichen des Sees waren einfach nicht akzeptabel.

Erstmals wurde die Planung im Landschaftsbeirat vorgestellt. Die euphorischen Vorstellungen der Stadtspitze brach der Gutachter sogleich auf ein reduziertes

Maß herunter: Eine 2000 Meter lange Regattastrecke, die über die Fährstraße hinaus in das wertvolle Schilfgebiet hineinragen würde, konnte es nicht geben. Am Tag nach der Sitzung klingelte mein Telefon, WA-Redakteurin Marion Siebert fragte nach dem „**Gegengutachten**“, das wir ja wohl vorliegen hätten, sie hätte es auch gern. Sie war schwer erstaunt, dass es ein zweites Gutachten nicht gab, sondern dass der **stadteigene Gutachter die abgespeckte Version als einzig mögliche gerichtsfeste Variante** vorgestellt hatte. Das saß!

Die „Bürgerinitiative Aue statt Lippesee“ (BI) aktivierte sich und formierte sich zum Widerstand. Sie traf sich regelmäßig, führte Infostände in der Fußgängerzone durch, veranstaltete Vorträge und Exkursionen (Sonntagsspaziergänge) und nahm an Podiumsdiskussionen teil. Eine eiligst von Rudolf Kischkel perfekt gebaute Informationswand zog hinter der professionellen Infowand der Stadt Hamm und des Vereins „Pro Lippese e.V.“ von Ausstellungsstandort zu Ausstellungsstandort hinterher. Die BI konnte sogar unter der Schlagzeile **„Unser Hamm ist schön auch ohne Lippesee“** einige kleine einspaltige Zeitungsanzeigen schalten, aber mit den siebenspaltigen der Befürworter nicht

Lippe-Aue heute:

- Wahre Bedeutung für die lokale Ökologie:
 - Wandern, Jagden und Badefreien
- Wahre Bedeutung für den Artenschutz:
 - Wasservögel und andere Spechtarten nutzen die Aue als Lebensraum
 - (z. B. Bleswahe, Fehrlitz, Tachtröhrling, Gänse, Wasserralle, Wasserläufer/Wachstelber, Lärche, Kumpflur, Zwerggänschen, Kollwitz, Rohweide)
 - Angeln, Fischen, Jachtfahrt, Motor
 - Für alle Arten bestehen unterschiedliche Lebensbedingungen aufgrund des Verbundes von Lössraum
- Die Landesregierung NRW hat festgestellt, dass die Lippeaue in Ost-West-Richtung ein Biotopkorridor und wertvollste verbleibende Grünlandsgebiete für wandernde Tierwelt ist.
- Aussage der Stadt Hamm im Internet nachdruckfähig: ... „Stille Lippeaue ist von unersetzlicher Bedeutung“

Hammer Bündnis gegen Lippesee

Lippe-See morgen:

Für viele Tierarten (mit Ausnahme der Fische) sind die Lippe und die angrenzende Aue im Lippeseebereich als Wanderkorridor nicht mehr nutzbar, da Menschen sich nicht mehr am Gewässerlauf und den Süßwasserstrukturen orientieren. Vögel und Amphibien verlieren so den letzten Lebensraum. Die von den Planern angebotene Ersatzlebensräume in Birkhorn-Hof sind ungeeignet.

- Der bereits durchgeführte Bau der Lippe-See-Regattastrecke ist ein Vorbild für die Lippe-See-Planung. Wenn diese Planungen auf dem Gelände umgesetzt werden, wird auch ohne die Lippe-See-Planung ein Ersatzlebensraum für die Lippe-See-Planung geschaffen.
- Wandern, Jagden und Badefreien sind nicht mehr nutzbar, da Menschen sich nicht mehr am Gewässerlauf und den Süßwasserstrukturen orientieren. Vögel und Amphibien verlieren so den letzten Lebensraum. Die von den Planern angebotene Ersatzlebensräume in Birkhorn-Hof sind ungeeignet.
- Die Regattastrecke der Lippe-See ist mit dem Lippesee nicht mehr verbunden, sondern verläuft über

Das Allheilmittel...?

Wohnen am Lippesee (100-200 m²)

Hochwertige Wohnlagen?

- Wohnen hinterm Deich!
- Lärm durch Freizeitnutzung!
- Lärm durch Verkehrsbelastungen!

Blick auf den See?

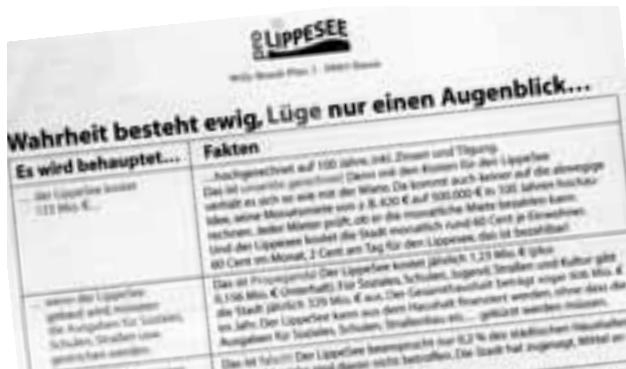
Denkst Du Deich im Weg!

Alle Probleme der Stadt Hamm werden durch den „Allheilmitel“-See behoben werden. Der See soll Wäldchen, Bäume für Straße, Freizeid und Wohnen setzen.

Langfristig sollen viele Arbeitsplätze geschaffen werden: 2000? 2000? 40? - aber nur, wenn der Lippesee ein Magnet für die Besuchermassen aus der Region wird.

➔ Der Lippesee als zentraler Freizeitpark wirkt nicht aus, um die beschriebenen Probleme wahr werden zu lassen!

Zwei Plakate der Bürgerinitiative „Aue statt Lippesee“.



Pamphlet des Befürwortervereins Pro Lippensee e.V.

mithalten. Der Unterstützerverein Pro Lippensee e.V. (Vorsitzender war Josef Nottelmann, Immobilienmakler) brachte einen Zettel mit der Überschrift „Wahrheit besteht ewig, Lügen nur einen Augenblick ...“ in Umlauf. Den Vorwurf der Lüge möchte ich hier nur als Zitat benutzen und nicht kommentieren, aber mit diesem Pamphlet hatten die Befürworter ein Eigentor geschossen. Zu offensichtlich waren die Verdrehungen der Argumente, die die BI gegen die Planung vertrat.

Ich erinnere mich, dass ich bei der Verteilung des Faltblatts zu vor dem Haus stehenden Anwohnern kam. „Neue Infos zum Lippensee“, habe ich noch gesagt und guckte in lange Gesichter, „aus Sicht der Bürgerinitiative, wir wollen den See nicht, lesen Sie doch einfach mal.“ Die Resonanz war überwältigend: „Endlich mal etwas Anderes, wir können es schon nicht mehr hören. Mein Mann arbeitet bei der Stadt Hamm, da sind alle verpflichtet worden, nur Positives über den See zu sagen.“ Das Faltblatt haben sie mir buchstäblich aus der Hand gerissen. Allmählich stieg meine Hoffnung, die Mehrheit der Bürger hinter der BI zu wissen.

Der damalige Hammer Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann war sich seiner Sache sicher, er führte einen Bürgerentscheid durch. Sicher, im Vorfeld des Wahltages musste die BI eingreifen. Es gab einen Wahlzettel mit dieser vorgeschlagenen „Frage“: „Der

Lippensee soll gebaut werden“, Ja oder Nein waren anzukreuzen. Ich intervenierte über die SPD und konnte erreichen, dass die Formulierung in eine wirkliche Frage geändert wurde, die die Wähler nicht von vornherein beeinflusste: „Soll der Lippensee gebaut werden?“

Ein weiterer und vielleicht entscheidender Punkt waren die Stellungnahmen der Stadt Hamm/Pro Lippensee und der BI Aue statt Lippensee, die jeweils ihre Positionen in einem Faltblatt auf je vier Seiten für die Wähler darstellten.

Bernd Maßmann, einer der Referenten für irgendwas im Büro des Oberbürgermeisters, verlangte tatsächlich von uns, dass wir ihm Tage vor dem Drucktermin des Faltblatts unsere Stellungnahme zur Kenntnis geben sollten, ohne die Stellungnahme der Stadt Hamm und des Fördervereins Pro Lippensee im Gegenzug entgegen nehmen zu können; er hätte ja bei Kenntnissen unserer Argumente noch entsprechend reagieren und sich passende Antworten ausdenken können. Für wie blöd wurden wir bloß gehalten in der Stadtspitze? Damals habe ich mit ihm telefoniert und ihm kompromisslos versichert, dass wir dieses Spielchen nicht mitmachen. Wir haben die Stellungnahmen dann gegenseitig ausgetauscht, eine Änderung der Argumente war danach auch der Stadt Hamm nicht mehr möglich. Die Hammer Bürger haben mit einer 56prozentigen Ablehnung reagiert, obwohl die Wahlprognosen der Lokalzeitung und des Lokalrundfunksenders 80- bis 90prozentige Zustimmungen vorhergesagt hatten.

Ich erinnere mich noch gut an ein junges Mitglied unserer BI, eine Frau, die meist auf den Sitzungen anwesend war; leider habe ich ihren Namen nicht mehr drauf. Tapfer stand sie Samstag für Samstag an unserem Infostand in der Fußgängerzone und hielt mehr



Das Logo der BI



Eigentlich war er 2003 schon da, der natürliche Lippensee nach starken Regenereignissen ...

oder weniger wortlos unser Faltblatt den Bürgern entgegen, das war echt klasse. An einem Samstag zog eine etwa zehnköpfige Gruppe von 50jährigen Bürgern an unserem Stand vorbei und pöbelte uns lautstark an, unser Spruchband „Hammer Bürger gegen den Lippe-see“ abzunehmen; sie wären auch Hammer Bürger und würden das Vorhaben gut finden. Ich hatte gesehen, dass sie sich vorher am Stand der CDU aufgehalten hatten. Mit einem der CDU-Offiziellen war ich mal im Gespräch über die Planung und verdeutlichte ihm (den Namen verschweige ich hier lieber) die Gründe unserer Ablehnung dieses gewaltigen naturbelastenden Vorhabens. **Er stellte mir wirklich die Frage: „Und was ist mit Enten?“** Mühsam konnte ich ein Lachen unterdrücken, als wenn die Aussicht auf ein paar Stockenten mich zum Befürworter machen würde.

Fast völlig umgehauen hatte mich eine Sitzung des Umweltausschusses, in dem ich für die SPD saß. Den Lippe-see hatten wir in den Jahren zuvor immer wieder mal auf der Tagesordnung gehabt, je nachdem, welcher Verfahrensschritt nötig war. Als die Planung endlich auf dem Tisch lag, wäre sie Gegenstand der Tagesordnung gewesen. Der Gutachter hatte 62 Vogelarten im Plangebiet kartiert, von denen einige Arten ihre Lebensräume unter dem See nicht wiedergefunden hätten. Ich hatte mir eine Frageliste von vier Seiten notiert. Als der Tagesordnungspunkt vom Ausschussvorsitzenden Lothar Wobedo, SPD, aufgerufen wurde, meldete der CDU-Sprecher Dieter Wünnemann noch weiteren Beratungsbedarf an. **Ich war sprachlos, denn das bedeutete, dass die Beschlussvorlage nicht diskutiert, sondern zur Entscheidung in den Rat geschoben** wurde; das ist so Usus in den Gremien. Nun ist der Umweltausschuss eigentlich der Fachausschuss, der die Planung hätte beleuchten müssen. Meine Gegenrede, dass wir doch bisher im Ausschuss noch nie inhaltlich über die Seeplanung diskutiert, sondern alle Verfahrens- und Genehmigungsschritte kommentarlos durchgewunken hätten und jetzt endlich die Gelegenheit einer Diskussion gekommen wäre, wurde vom Vorsitzenden bestritten; wir hätten doch bisher **alle Be-**

schlussvorlagen „explizit“ behandelt. Das war's im Ausschuss. Der Begriff „explizit“ hat seit dem Tag für mich eine besondere Bedeutung, das vergesse ich nie.

Richtig unverschämt fand ich Jahre später einen Bericht im Westfälischen Anzeiger über Justus Moor, SPD-Kandidat für die Kommunalwahl. **Titel: „Der Mann, der den Lippe-see verhindert hat“.** Ich habe einen Leserbrief an den WA geschickt und richtig gestellt, dass der Kandidat zwar in der BI gut mitgearbeitet hatte, die BI aber keine Ein-Personen-Gruppe gewesen ist, sondern es ein Gemeinschaftswerk vieler Akteure war. Justus Moor hat nicht reagiert.

2008 Kein Naturschutzgebiet zwischen Münster- und Fährstraße

Während meiner Zeit als sachkundiger Bürger in der SPD-Fraktion im Umweltausschuss des Hammer Rates stellte die SPD in Zusammenarbeit mit Bündnis 90/Die GRÜNEN den Antrag, das ehemalige Plangebiet des Lippe-sees zwischen Münster- und Fährstraße zum NSG zu erklären. Mein Bestreben war es, diesen wertvollen Lebensraum endlich unter Schutz stellen zu lassen. Zu dem Zeitpunkt brüteten in der Bröckermersch noch Kiebitze, die Unterschutzstellung wäre sinnvoll gewesen. Sie liegt südöstlich der Kläranlage Mattenbecke. Durch das ökologische Gutachten zur Lippe-seeplanung war die Bedeutung des feuchten Areals am Lippe-deich nahe der Fährstraße naturschutzfachlich festgestellt worden. Die CDU, die damals der Initiator der Seeplanung war, lehnte den SPD-Antrag zusammen mit der FDP ab. **Die UNB im Umweltamt unterstützte den Antrag inhaltlich nicht** mit einer entsprechenden fachlichen Stellungnahme.

2010 Die Ostring-Alleen wurden gerodet

Diese Planung der Stadt Hamm erstaunte die Umweltszene. Die beiden Alleen des Ostrings im alten Ahsebett zwischen Bärenbrunnen und Musikpavillon sollten abgeholzt werden. Es gab dazu eine Beschluss-



Links: Eine der beiden früheren Alleen im alten Ahsebett, rechts das heutige Ergebnis der städtischen Gärtner.



Zwischen den beiden Alleen am Ostring befindet sich das alte Ahsebett. Die riesige Blattmasse der Alleebäume hatte für ein gutes Kleinklima besonders an heißen Sommertagen gesorgt; seit Jahren ist das nicht mehr so.

vorlage für die Bezirksvertretung Hamm-Mitte, die für den lokalen Baumschutz zuständig war. Das Vorhaben rief auch Anwohner auf den Plan, die sich gegen das Fällen der Bäume aussprachen. Warum sollte das eigentlich geschehen? Außerhalb der Verwaltung und der Bezirksvertreter hatte es wohl niemand verstanden. Diese beiden Alleen sorgten nicht nur **mit ihrer riesigen Blattmasse für praktizierten Klimaschutz, sondern erzeugten vor Ort ein angenehmes Kleinklima** inmitten der dicht bebauten Innenstadt. Bei hohen Temperaturen im Sommer war es angenehm kühl unter dem dichten Blätterwerk der beiden Alleen.

Vor Ort habe ich mich mit Anwohnern und Unterstützern getroffen. Wir haben Fotos geschossen und Pressemitteilungen herausgegeben. Die 236 Bäume waren gesund, an einigen wenigen Bäumen waren Schäden an der Rinde festzustellen, aber auch diese Bäume waren nicht umsturzgefährdet. Es half nichts, die Stadt Hamm ließ sie im November 2010 fällen. Am Schnittgut war zu erkennen, dass die Bäume bis auf ganz wenige Ausnahmen keine Schäden aufwiesen.

Was mich dann aber noch mehr erstaunte: In der entscheidenden Sitzung der Bezirksvertretung wurde nach Diskussion der Antrag auf Fällung von einem GRÜNEN Mitglied gestellt, Siegbert Künzel. Das hätte ich ihm nicht zugetraut. Als alles am Boden lag, sagte die zuständige Dezernentin für Planen und Bauen, Rita Schulze-Böing (zitiert aus dem Westfälischen Anzeiger): „**Ich bin ja so froh, dass wir das gemacht haben, alle Bäume waren krank. Eine glatte Lüge!**“

Schaut man sich heute die beiden neu gepflanzten Alleen an, dann sieht man das **Werk eines Gärtners**. Die Zweige der Äste sind so gebunden worden, dass sie nur in Ost-West-Richtung „wachsen“ können. Es sieht aus wie eine **Vergewaltigung der Natur**. Von schatten spendenden klimaschützenden Großbäumen, die sich über Jahrzehnte natürlich entwickeln konnten, ist nichts mehr übriggeblieben.

2012 Neue Brücken quer durch die Lippeaue

Es soll ein lang gehegter Wunsch der Bockum-Höveler und der Herringer Bürger gewesen sein: eine neue Verbindung zwischen den beiden Stadtteilen mittels einer weiteren Brücke durch die Aue. Wer hat diesen Wunsch denn wohl geäußert? Die Bürger? Die Bezirksparlamentarier? Die Planer im Planungsamt? Von einem solchen Wunsch hatte ich bis dato nichts gehört.

Sei's drum: etwa auf halber Strecke zwischen den Brückenverbindungen der Radbodstraße im Osten und der Straße Am Lausbach im Westen wurde sie seit 2012 geplant und umgesetzt, etwa 600 Meter von beiden Brücken entfernt. Schließlich sollten es die Radfahrer einfacher haben auf ihren Wegen zwischen den beiden Stadtteilen. Der **Bund der Steuerzahler und der Fernsehsender RTL** („Mario Barth deckt auf“) interessierten sich auch für das Projekt und prangerten die hohen Kosten von **sechs Millionen Euro** an. Gebaut wurden die Brücken trotzdem. Angeliefert wurden die Stahlteile 2014, konnten aber nicht eingesetzt werden. Zwei Jahre lagerten sie auf dem Hafengelände, es war eine richtige Komödie, eine schlechte Posse. Geklärt werden musste, wer zusätzlich aufgekommene Kosten übernehmen sollte. Das Absetzen der Brücken verzögerte sich, weil Baumängel festgestellt wurden, weitere Arbeiten auf den Widerlagern am Mitteldamm erforderlich waren und das Gewicht der Brücken zu schwer für den Kran war, der das Einschwenken der Brückenteile übernehmen sollte. Erst der dritte Versuch gelang. Vermutlich ist bis heute (2024) die Rechtslage noch ungeklärt, es wurde jedenfalls geklagt.

Die Störungen der auf der Lippe rastenden Vogelarten haben bei den Entscheidungsträgern im Rat und den Bezirksvertretungen trotz lauter Alarmrufe der Naturschützer kein Gehör gefunden. Sollten sich in der Winterzeit die Ansammlungen der Enten- und Taucherarten hier vor Ort massieren, weil Geineggese und



Radwege gibt es parallel zum Bahndamm Königsborn-Welver, die Abholzung des wertvollen Baumbestandes war völlig unnötig. Aber es gab ein passendes Programm der Landesregierung, hier wurde Steuergeld verschleudert.

weite Teile der Lippe zugefroren sind, soll die Brücke gesperrt werden. Ob's auch 2024 jemand nachprüft? Die Mitarbeiter der UNB, die in Zusammenarbeit mit dem damals beauftragten Gutachter Viebahn & Sell diese Regelungen bearbeitet haben, sind mittlerweile in Rente. Ob die Nachfolgerinnen in der UNB wohl die alten Akten studiert haben? Hoffentlich!

2012 Abholzung großer Baumbestände auf dem Bahndamm Königsborn nach Welver

Gegen die Umplanung der seit 1970 still liegenden Bahnstrecke zwischen Königsborn und Welver auf einem durch Flierich verlaufenden Bahndamm, die früher vom Bergbau genutzt wurde, habe ich heftig im Beirat bei der UNB und im Umweltausschuss protestiert.

Bereits 2008 entstand die Idee, den Gehölzbestand zu roden und einen Radweg zu bauen. Auf dem Bahndamm hatte sich aufgrund der Jahrzehnte langen Ruhe ein hervorragender Lebensraum für Vögel, Fledermäuse, Amphibien, Eidechsen und weitere Arten ent-

wickelt. Neben den Naturschutzverbänden waren auch die Jäger der Meinung, dass dieser Zustand nicht geändert werden sollte. Aber NRW hatte ein Programm für Alleinradwege aufgelegt, und dieses Ziel sollte auf dem Bahndamm umgesetzt werden. Aus der Hammer Politik kam keine Unterstützung zum Erhalt dieses perfekten Biotops, selbst im Umweltausschuss des Hammer Rates nicht, in dem auch die GRÜNEN vertreten waren. Ministerialrat Thomas Lennertz, Landesregierung NRW und Geschäftsführer der Bahnflächen-Entwicklungs-Gesellschaft NRW, besuchte den Landschaftsbeirat, um Stimmung zu machen. Ich kann mich an eines seiner Argumente erinnern: „Wir schneiden Sichtachsen in den beidseitigen Bewuchs auf dem Damm, damit für Radfahrer ein sehenswertes Highlight entsteht“. Auf meine Frage, was die Radfahrer denn betrachten sollten, meinte er tatsächlich: „Zum Beispiel Strommasten.“ Alle Beiratsmitglieder waren fassungslos. Er vertrat auch die Auffassung, dass die Wiederaufnahme einer verkehrlichen Nutzung kein Eingriff in die Landschaft sei, der neu zu bewerten wäre. Auf das



In diesem Gemäuer am Bahndamm lebten ganzjährig Fledermäuse, deren Lebensräume vernichtet wurden. Vermutlich wurden dort lebende Tiere eingemauert. Die Straftat blieb ungesühnt.



Ein Tunnel als geeignetes Fledermausquartier am Bahndamm wurde komplett zugemauert.

Argument, dass die Radler die vorhandenen parallel verlaufenden Wirtschaftswege zwischen Pedinghausen und Kump nutzen könnten, ging er nicht ein.

Der Westfälische Anzeiger brachte ein Foto mit dem freudestrahlend dastehenden Landtagsabgeordneten Oskar Burkert MdL, CDU, der den Förderbescheid des Landes unter dem Arm hatte. Meine Schreiben an den Umweltminister, das Umweltministerium NRW, den Hammer Oberbürgermeister, alle 58 Ratsmitglieder, die Bezirksvertretung Rhyern und das Tiefbauamt blieben ohne Erfolg und größtenteils unbeantwortet. Die **fünf Kriterien**, die dem Programm „Allein-Radwege auf stillgelegten Bahnstrecken“ zugrunde lagen, wurden **nur von einem Kriterium** erreicht: Verlängerung der Radwege. Die anderen vier Kriterien wurden nicht erreicht: Dieser Bahndamm wird nicht als sichere Alternative zu stark befahrenen Straßen benötigt, er verbessert keine Schulwege, er verbindet weder Stadtteile noch wertet er sie auf, und er fördert nicht den Tourismus in Hamm, sondern führt ihn in Flierich an Hamm vorbei.

Die Vegetation wurde etwa 2014 in der Dammmitte gerodet, der Radweg gebaut. Zugegebenermaßen wird er heute gut genutzt, er ist schön zu befahren, ohne Frage, aber er hat Lebensräume zerstört und Tierarten vertrieben. In den ersten Jahren klappte die Nutzung nicht ganzjährig. In den hohen Bäumen des Dammbewuchses hatte sich seit vielen Jahren ein Mäusebussard niedergelassen, der dort brütete und seine Jungen aufzog. Zum Schutz seiner Jungen attackierte er die Radfahrer als vermeintliche Feinde, sodass eine lange Strecke des **1,2 Millionen Euro teuren Radweges** (davon 671.000 Euro auf Hammer Gebiet) mehrere Wochen gesperrt werden musste, um Kopfverletzungen der Radler zu vermeiden. Der Hammer Ornithologe Gerd Köpke kommentierte dies 2015 mit einem Artikel **„Die Rache des Mäusebussards“**. Seit einigen Jahren ist der Brutplatz der „streng geschützten Art“ (das ist ein hoher Schutzstatus) verwaist, **das Brutpaar vertrieben**. Unsere damaligen Hinweise auf die Vorkommen von Greifvögeln, insbesondere auf den dort brütenden Mäusebussard, wurden weder vom Gutachter (Büro LökPlan, Anröchte) noch von der Kommunalpolitik gewürdigt. Diese Aussage des Gutachters Conze war eine **völlige Fehleinschätzung**: „Es kann davon ausge-

gangen werden, dass keine planungsrelevante Art erheblich beeinträchtigt wird.“

1998 hatte das Landschaftsbüro Vollmer-Stelzig, Soest, einen Pflege- und Entwicklungsplan erarbeitet, der im Rahmen der Unterschutzstellung des Bahndamms zu einem „Geschützten Landschaftsbestandteil“ die ökologische Wertigkeit festgestellt hatte und zu einer gänzlich anderen Einschätzung gekommen war. Wie sagt man: Die einen sagen so, die anderen so ...

Die Vogelkundler Gerd Köpke und Wolfgang Pott hatten 1992 auf dem Bahndamm 92 Brut- und Gastvogelarten kartiert; das unterstreicht die ökologische Bedeutung des grünen Bandes durch das südliche Hamm in eindrucksvoller Weise. 2009 kommentierten die beiden Experten noch einmal die empfindlichsten 19 Arten des Gebiets, die durch die Maßnahme ihren Lebensraum verloren hatten. Ohne Erfolg!

Die Ritzen und Mauerspalten in den Brückenfundamenten des Bahndamms an der Werler Straße wurden von Fledermäusen genutzt. Einige Arten suchten sie im Sommer als Tagesverstecke auf, andere Arten überwinterten hier. Der Hammer Fledermausexperte Robert Grunau hatte die Stadt Hamm frühzeitig auf die Fledermäuse hingewiesen. 2012 konnte er die Arten Bartfledermaus und Fransenfledermaus in den Fugen feststellen. Für weitere Bauarbeiten hatte der Fledermauskennner alle Mauerritzen, die von Fledermäusen genutzt wurden, in den Fundamenten farbig markiert, sie sollten so erhalten bleiben. **Mit Erschrecken musste er 2016 feststellen, dass alle Ritzen mit Mörtel zugschmiert worden waren; er stellte eine Strafanzeige gegen Unbekannt**. Die UNB befragte die beauftragte Baufirma, fahndete aber ergebnislos. Der Täter war angeblich nicht zu ermitteln. Ist es vorstellbar, dass jemand mit einem Eimer Mörtel und passendem Werkzeug in dieser verlassen und schwer erreichbaren Gegend herumläuft, oder ist der infrage kommende Täterkreis eher klein? Es muss davon ausgegangen werden, dass in den zugschmierten Fugen Fledermäuse saßen, denn sie wurden ganzjährig genutzt.

Es befand sich auch ein Tunnel unter dem Straßenkörper, ein ideales Areal für Fledermäuse. Der Tunnel wurde beidseitig zugemauert, der Einbau einer Tür aber verweigert; damit wäre die Kontrolle der Fledermäuse möglich gewesen. Kleine Öffnungen zum Ein- und Ausfliegen wurden frei gelassen.

2018 versuchte ich, von der UNB einen Ausdruck des Genehmigungsbescheides zu bekommen, ich wollte nachsehen, ob die Ausgleichsmaßnahmen für den Lebensraumverlust der Arten durchgeführt worden waren. Der Abteilungsleiter der UNB, Dr. Oliver Schmidt-Vormann, schickte mir ein zweiseitiges Schreiben mit einer Aufstellung der Kosten für Ausdrucke in DIN A 4 in schwarz-weiß und für große Pläne in farbig; außerdem hätte er den Beschluss sowieso nur in Auszügen vorliegen, schließlich wäre sein Amt nicht das planende Amt gewesen. Ich war enttäuscht, schließlich war ich am Verfahren beteiligt. Ich habe daraufhin einen anderen Mitarbeiter angesprochen und erhielt einige Tage später eine CD mit den gewünschten Daten, und zwar vollständig. **So wird das Umweltinformationsgesetz, das aus der Aarhus-Konvention hervorgegangen ist und jedem Bürger das Recht auf Umweltinformationen zusichert, zu einer Lachnummer.**

Eine der Ausgleichsmaßnahmen war das Aufhäufen von Totholzhaufen als Lebensraumsersatz. Diese Tot-



Der Siepen, das Bachtal mit der Quelle 57A, dokumentiert im Umweltbericht der Stadt Hamm „Quellbiotope“.

holzhaufen wurden auch angelegt. Allerdings sind sie mittlerweile soweit zusammengesackt und teils bereits zu Humus geworden, dass sie heute keinen Ersatzlebensraum für die abgeholzten Bäume und Sträucher mehr darstellen. Niemand kommt auf die Idee, sie zu erneuern, schließlich würden Bäume und Sträucher noch stehen, gäbe es den Radweg heute nicht.

2014 Die Quelle unter dem Möbelmarkt Finke mit Höhlenflohkrebs und Strudelwurm

Der Höhepunkt der städtischen Unverfrorenheit war die Planung des Möbelmarktes Finke an der Unnaer Straße/Werler Straße nahe der Autobahnanschlussstelle der A 2. Im FNP ist hier ein Möbelmarkt vorgesehen. Der aufgestellte B-Plan, der dem Hammer Rat zur Genehmigung vorgelegt wurde, sah vor, für den Parkplatz ein kleines Bachtal, Siepen genannt, zuzuschütten und den alten Baumbestand zu fällen.

Am Beginn des Siepens gibt es aber eine Quelle; das Wasser sprudelt zwar nicht heftig aus dem Erdreich hervor, sondern fließt gemächlich. In der Begründung zum B-Plan las man dazu nichts. Der bestellte Gutachter aus Bockum-Hövel vom Landschaftsbüro

Michael Wittenborg, der viele Bauvorhaben in Hamm gutachterlich begleitet, schrieb zaghaft von dort vorhandenen wasserführenden Schichten. Aber es war eine Quelle, und Quellen kann man nicht durch Ersatzmaßnahmen ausgleichen. Eine Hecke zu pflanzen, einen Teich anzulegen, eine landwirtschaftliche Nutzfläche von intensiver Nutzung in eine extensive zu überführen kann keine Quelle ersetzen. Ich habe das Planungsamt und die Kommunalpolitik darauf aufmerksam gemacht, dass das so nicht gehen darf. Das war erfolglos. Die Mehrheit der Politik hörte nicht zu, das Planungsamt bestritt das Vorhandensein der Quelle. Als Zuhörer musste ich in den Sitzungen der Gremien erleben, wie Amtsleiter Martin Muhle den Mandatsträgern erklärte, die Stadt Hamm hätte doch einen Baggerschürf gemacht und nur Drainagerohre aus dem Acker gefunden, aus dem Wasser in den Siepen laufen würde. Dabei werden alle Quellen der Stadt Hamm im Umweltbericht 34 „Quellbiotope in Hamm. Lebensräume der besonderen Art“ aufgeführt. Die Quelle auf dem Finke-Gelände trägt die Kennung 57A, es ist eine von 25 Hammer Quellbiotopen. Mit Sicherheit hat der Gutachter einen Blick in diese Publikation der Stadt Hamm geworfen haben, das Planungsamt ebenso, sonst



Der von der Stadt Hamm durchgeführte „Baggerschürf“ brachte Drainagerohre zum Vorschein, die Quelle sollte nicht gefunden werden.

wären sie ihrer Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Behauptung, es wäre austretendes Entwässerungswasser aus den Äckern, war ein echter Skandal. Durch diese Planung wurde deutlich, wie schwierig es für Ehrenamtler ist, mit Behörden zu kommunizieren, wenn man eine andere Auffassung vertritt.

Ich wandte mich an die **höhere Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Arnsberg** und bekam die Antwort, dass „**wir nicht helfen können**“. Verstanden habe ich das nicht, musste es aber so hinnehmen. Das Planungsamt lud mich daraufhin zu einem Gespräch ein. Anwesend waren der Amtsleiter Heinz-Martin Muhle, Sachbearbeiter Wolfgang Menke, der Chef der Wirtschaftsförderung, Christoph Dammermann, FDP, und der Geschäftsführer des Finke-Imperiums Dr. Christa mit seinem Rechtsanwalt. Ich hatte eine Warnung von einem städtischen Mitarbeiter erhalten, nicht allein zu diesem Treffen zu gehen, man würde versuchen, mich fertig zu machen (O-Ton). Karlheinz Jenzelewski vom NABU hat mich dankenswerterweise begleitet, sonst hätte ich die Schimpfkanonade vielleicht nicht ausgehalten. Anfangs haben wir artig Visitenkarten ausgetauscht, aber dann ging es los. **Dr. Christa wies mich mit schneidender Stimme darauf hin, dass „er einen Acker gekauft hätte, ich ihm jetzt aber mit einer Quelle käme“**. Welche eine unsinnige Bemerkung! Und überhaupt, dieses „Bachtal“, er käme aus Tirol, und **in Tirol hätten sie andere Bachtäler als dieses Rinnsal**. Der Rechtsanwalt blätterte unablässig in meiner Stellungnahme herum und versuchte, mir einzelne Passagen um die Ohren zu hauen. Das war die unangenehmste Sitzung, an der ich in 45 Jahren der Naturschutzarbeit teilgenommen hatte, sie endete natürlich ergebnislos.

Zwischenzeitlich hatte ich an den Umweltminister NRW, Johannes Remmel, GRÜNE, einen Brandbrief geschrieben. Er hat reagiert und einen **Planungsstopp** verhängt. Aber noch wichtiger war, dass er zwei Gewässerökologen der Biologischen Station Hagen nach Hamm beordert hatte. Nachts haben die beiden Spezialisten den Standort untersucht. **Gefunden haben sie den Höhlenflohkrebs und den Strudelwurm**, beides sind Indikatoren für das Vorhandensein einer Quelle. Die beiden Arten kommen in der Dunkelheit aus der Tiefe der Quelle nach oben und ernähren sich von kleinsten Lebewesen der Gewässerbiologie.

Als die Stadt Hamm das Untersuchungsergebnis vorliegen hatte, hat sie den Rechtsanwalt von Finke nach Hamm gebeten. Noch während der Anfahrt erteilte der Umweltminister die Weisung, dass er zuerst zu informieren ist und dann die übrigen Beteiligten. Der Rechtsanwalt musste auf der Autobahn umkehren, wie mir gesagt wurde, er war „not amused“. Die Tagespresse hat es genüsslich berichtet, ganz Hamm hat über die beiden kleinen Lebewesen in der Quelle, die kaum jemand kannte (ich auch nicht), gelacht.

Fazit: Die Zufahrt zu den Parkplätzen musste umgeplant werden. Im oberen Teil des Siepens wurden einige Bäume gefällt und eine Brücke gebaut. Die Zufahrt machte einen Rechtsschwenk vor der Quelle und durchquerte in einer Schleife das Bachtal. An diesem Änderungsverfahren waren alle Träger öffentlicher Belange beteiligt, nur die Naturschutzverbände nicht mehr, obwohl der Hinweis ja von uns kam. **Ich hätte diesen Kompromiss auch nicht mitgetragen, sondern darauf gedrungen, dass der Siepen in Gänze erhalten werden sollte**. Die Kosten der Umplanung sollen im siebenstelligen Bereich gelegen haben, der von der Stadt Hamm und nicht von Finke übernommen worden ist; so hat man es mir zumindest gesagt. Eigentlich hätte die Stadt Hamm und der Möbelmarkt Finke mir schon etwas dankbar sein können. Schließlich sprudelt das Quellwasser weiter, Tag für Tag, wenn auch sachte. Wie lange es dauern würde, bis dass der Boden unter der Asphaltdecke soweit ausgespült sein würde, dass dort ein Hohlraum entstanden wäre und PKWs oder LKWs ... nicht auszudenken.

2015 Biologische Station Hamm – eine lange Vorbereitung führte zu einem ersten Ergebnis

Eine endlose Geschichte war die Einrichtung einer Biologischen Station in Hamm. In allen Kommunen NRW gab es bis auf Hamm und Olpe Biostationen, die durch Kartierungen des Artenbestandes und daraus resultierenden Empfehlungen gute Arbeit als Grundlage für die naturschutzfachlichen Entscheidungen der Kommune liefern konnten. In Hamm wollte man das nicht.

Seit den 1980er Jahren hatten wir diese Anregung an Politik und Verwaltung gestellt. Der damalige Um-



Der Zustand des Quellbereichs heute: Auf dem rechten Bild liegt das Quellbiotop in Insellage.



Diese drei Asphaltstraßen führen in den Erlebensraum, den „Auenpark“. Links des Weges liegt die fünf Hektar große Bodendeponie, die die Stadt Hamm „Hochplateau“ nennt. Ganz links die Hangars des Flugplatzes.

weltamtsleiter Eberhard Stöck hatte mir 1989 in einem Telefonat auf den Weg gegeben: „Wir von der unteren Landschaftsbehörde können das doch viel besser, wir haben die Ortskenntnis“. Richtig war: Die Behörde war personell so schwach ausgestattet, dass sie die Aufgaben gar nicht erledigen konnte. Stattdessen wurden von der Stadt Hamm externe Gutachter bezahlt, die Kartierungen in Hamm durchführten. Es hat immer wieder neue Versuche gegeben, die Sache voranzutreiben, bis durch den Oberbürgermeister das Signal kam, dass die Verbände sich mit dem allgewaltigen Abteilungsleiter der UNB, Ulf Rosenbaum, einigen sollten. Uns wurde bald klar, dass er es war, der die Biostation als Konkurrenzbetrieb betrachtete. Wir verstanden allmählich, warum unsere ständigen Bemühungen so ergebnislos im Sande verlaufen waren. Unser Antrag wurde noch von ihm in einer Beschlussvorlage für den Rat mit vielen unpassenden Argumenten versucht zu verhindern, aber die Zeichen der Zeit standen auf „Biostations-Grün“. Wir erkannten, dass die Gegner der Biostationen nicht in der Politik saßen, sondern im Umweltamt.

Es gibt heute zwar keine eigenständige Biologische Station Hamm, dafür ist die Stadtfläche zu klein. Aber die Biologischen Stationen aus Unna, Soest und Münsterland betreuen abgestimmte Gebiete in Hamm. Mein Versuch, allein die Biostation Unna in Hamm arbeiten zu lassen, kam leider nicht an. Mit diesem Anfang kann man fast zufrieden sein. Zurzeit werden die finanziellen Mittel der Station jährlich schrittweise angehoben.

2016 Reithalle im Landschaftsschutzgebiet

Im Winkel der Weetfelder Straße/Rathenaustraße plante ein Investor den Bau einer Reithalle für „therapeutisches Westernreiten“. Die im B-Plan geäußerte Einschätzung, dass das „Schutzgut Landschaft“ nicht gestört würde, war völlig verkehrt: Das Landschaftsschutzgebiet 14 des LP Hamm-West war betroffen.

Dass die Halle wie ein Fremdkörper in der Landschaft liegen würde, war dem Planungsamt offensicht-

lich nicht klar. Dieser Raum wird durch eine strukturreiche Landschaft mit dem Vorkommen geschützter Arten geprägt. Selbst ein Laubfroschvorkommen war von der Planung bedroht. Nicht nachvollziehbar war, dass es sich bei diesem Bauantrag um ein sogenanntes „privilegiertes Bauvorhaben der Landwirtschaft“ handeln sollte. Eine Voraussetzung dafür ist die Vorgabe, dass die Nutztiere auf Futtergrundlage des Hofes ernährt werden können: Über diese Flächen verfügte der Hof nicht mehr. Was hat die Haltung von Westernpferden mit der Durchführung der „ordnungsgemäßen Landwirtschaft“ zu tun? Vorgesehen war ein sogenanntes „vereinfachtes Verfahrens nach Baurecht“; diese sind jüngst durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes als unzulässig beurteilt worden, alle Planungen müssen überarbeitet werden. Zurzeit ruht das Vorhaben, ist aber nicht vom Tisch. Unverständlich war für mich, dass das Planungsamt das Vorhaben unterstützte.

2018 Erlebensraum Lippeaue fördert das Freizeitvergnügen

Als Anfang 2016 Planungen für den „Erlebensraum Lippeaue“ öffentlich wurde, verschlug es mir ein weiteres Mal die Sprache. In diesem wertvollen Landschaftsteil sollte etwas für erlebenshungrige Bürger gemacht werden. Freizeitaktivitäten und Tourismus standen ganz vorn, asphaltierte Wege sollten gebaut, Sportmöglichkeiten geschaffen werden. Etwa 40 Millionen Euro sollte die Umgestaltung der Lippeaue kosten.

Wie B-Pläne und FNP-Verfahren konnte ich die Planung beurteilen und lehnte sie mit einem mehrseitigen Schreiben in großen Teilen ab. Nach meinem Verständnis war in der schmalen Hammer Lippeaue zu viel für den Tourismus und zu wenig für den Natur- und Artenschutz vorgesehen. Eingefasst zwischen dem Datteln-Hamm-Kanal im Süden und der Heessener Straße im Norden bietet die Aue viel zu wenig Raum, um hier neben den Freizeit- und Sportaktivitäten auch noch wirksamen Natur- und Artenschutz zu praktizieren. In einer



Autos können durch die Aue die Gaststätte des Ruderclubs anfahren. Zum Glück wurde der Antrag auf Beleuchtung der breiten „Auenstraße“ abgelehnt. Rechtes Bild: Ein „auengerechter“ Sportplatz?

Flussaue leben viele ans Wasser gebundene Tierarten, Limikolen, die man im übrigen Stadtgebiet kaum findet; das unterstreicht die Bedeutung der Aue. Die Bezirksregierung als Planungsbehörde akzeptierte meine Stellungnahme nicht und forderte beim NABU eine Stellungnahme an, die zur Planung passte, und der NABU schickte einen zustimmenden Dreizeiler. Dass das rechtlich in Ordnung war, bezweifle ich.

1995 hatte der Lippeverband das **Lippeauenprogramm** aufgelegt. Die dort getroffenen Empfehlungen deckten sich in keiner Weise mit dieser Planung. NRW-Umweltminister Klaus Matthiesen, SPD, entwickelte später das Programm „Natur 2000“. Zur Hammer Lippeaue ist dort zu lesen: „Die Lippeaue ist die entscheidende ökologische Ost-West-Verbindung im nördlichen Ruhrgebiet. Ausgleichsmaßnahmen ... sollen gezielt in den Auenbereich gelegt werden.“ **Wären diese Vorgaben berücksichtigt worden, wäre das Ergebnis der Erlebensraumplanung ein völlig anderes gewesen.**

Ein absoluter Hammer dieser Planung war die **Anlage des fünf Hektar großen „Hochplateaus“**, die im September 2019 während der bereits laufenden Bauarbeiten bekannt wurde. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Bodenaushub aus der Deichabtragung und dem Ausbaggern von Lippealtarmen auf Deponien gebracht werden sollte. Die Kosten wurden in der Planungsphase für die Förderanträge bei der Europäischen Union und dem Land NRW geschätzt. Die Realität sah so aus, dass Abfuhr und Deponierung viel zu teuer werden und den finanziellen Rahmen deutlich übersteigen würde. Wohin also mit dem Bodenmaterial? Plötzlich hieß es, dass man die **nötigen 18.000 LKW-Fahrten unbedingt vermeiden** müsse – aus Umweltgründen. Davon war vorher nie die Rede gewesen.

Die Umplanung bedeutete, dass das Material südlich des Flugplatzes entlang des Jupp-Eickholt-Wegs deponiert wurde. **Dieses Hochplateau ist nichts anderes als eine Bodendeponie.** Nur: **sie liegt im Überschwemmungsbereich der Aue**, dorthin gehört keine Aufschüttung, denn dort soll sich Hochwasser sammeln. Die Mehrheitsfraktion des Rates hat es nicht interessiert, vielleicht wurde die Tragweite aber auch nicht überblickt oder es wollte einfach niemand hören. Eine Verweigerung hätte ja auch das Vorhaben gefähr-

det. Ich weiß aus den 1960er Jahren, dass nach extremen Niederschlägen dort das Lippehochwasser gestanden hat. Bebauung und Aufschüttung in einer Flussaue sind nach meinem Verständnis ein No-Go! 2003 gab es ein relativ kleines Hochwasserereignis. Dort, wo sich heute der „Lippe-Beach“ des Erlebensraums befindet, stand das Lippewasser einige Hundert Meter bis in die Wiesen der Aue. Im Januar 2024 konnte ich feststellen, dass das aktuelle Hochwasser vom Sand des Lippe-Beach bereits nicht mehr viel übrig gelassen hatte, dort ist eine Kraterlandschaft entstanden.

Ob die **Geld gebende Europäische Union wohl Kenntnis von der nachträglichen Umplanung mit einer Bodendeponie im Retentionsraum der Flussaue** erlangt hat? Wenn die Stadt Hamm tatsächlich etwas für den Natur- und Artenschutz hätte tun wollen, dann wäre dazu kein 40-Millionen-Euro-Paket nötig gewesen, das hätte man preiswerter hinbekommen. Wiedervernäsung der Wiesen und Verschließen von Drainagen wäre eine einfache Möglichkeit gewesen. Wichtig ist die Kontrolle der Hunde besitzenden Besucher der Aue, denn besonders die frei laufenden und in der Lippe badenden Hunde haben dafür gesorgt, dass die Bestände von Kiebitzen und Haubentauchern in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind. Aber es muss ja ein Programm sein, es müssen Fördergelder beantragt werden, dann versteht auch ein Parlamentarier, dass da etwas läuft, dem er zustimmen muss. Warum hat die CDU den Antrag der SPD 2009 im Umweltausschuss abgelehnt, die Fläche unter Naturschutz zu stellen? Weil es kaum etwas gekostet hätte? Weil es künftige Vorhaben behindert hätte?

2018 Tierfilmer darf Naturschutzgebiete der Lippeaue betreten

Tierfilmer Ulf Marquardt hatte bei der Stadt Hamm im Januar 2018 einen Antrag zum Betreten der NSG in der Lippeaue gestellt. Ich habe dies in meiner Beurteilung abgelehnt, da ich der Meinung war, dass dies eine unzumutbare Störung für Brutvögel darstellt, denn solche Tieraufnahmen gibt es reichlich. **Allen Bürgern ist das Verlassen der Wege in NSGs verboten**, sogar Landschaftswächter der angrenzenden NSGs dürfen diese

Ob sich die Planer im Umweltamt der Stadt Hamm die Rückkehr des Rotschenkels in den Erlebnisraum Lippeaue versprochen haben? Wird der scheue Vogel hier Platz finden?

Die SPD hatte im Rat bereits den Antrag gestellt, in der Lippeaue in Hamm-Osten Otterkästen für den dort nicht vorkommenden Fischotter einzugraben. Der Antrag fand richtigerweise keine Mehrheit – kein Otter; keine Otterkästen ... wenn der Fischotter sich einfinden würde, ist es immer noch früh genug für Otterkästen.



Gebiete nicht betreten, weil es nicht ihr Areal ist. Warum dann ein Tierfilmer? Das Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen, das alle Planungsverfahren für die Ortsgruppen koordiniert, hat meine Stellungnahme ausdrücklich als völlig richtig eingestuft.

Die UNB der Stadt Hamm hat die Ausnahmegenehmigung aber erteilt. Mich hat es sehr gewundert, dass der NABU das Vorhaben auch unterstützt hat.

2018 Fledermäuse an der Waldenburger Straße verlieren ihren Lebensraum

Die Hochhäuser an der Waldenburger Straße in Herringen waren zu einem sozialen Brennpunkt geworden, sie wurden nach langer Diskussion abgerissen. Unter der Dachkante lebten Fledermäuse, für die ein Ersatzlebensraum gefunden werden musste. Verwaltung und Gutachter wurden fündig: In der Lessingschule sollte ein Raum zur Verfügung gestellt werden, der von den streng geschützten Tieren genutzt werden sollte.

An den Hochhäusern lebte aber die Breitflügelfledermaus, die ihre Hangplätze an Außenfassaden annimmt, aber nicht innerhalb von Räumen. Trotzdem wurde der Raum hergerichtet und sogar eine Kamera aufgebaut, die einfliegende Fledermäuse dokumentieren sollte. Die Prognose, die der Hammer Fledermauskennner Robert Grunau aufgestellt hatte, bewahrheitete sich: Dieser Raum wurde nie von einer einfliegenden Fledermaus aufgesucht. **Die Maßnahme war für die Katz, die nach dem Gesetz streng geschützte Breitflügelfledermaus der Waldenburg-Hochhäuser hatte ihren Lebensraum ersatzlos verloren.** Dies ist ein Gesetzesverstoß, weil die Ersatzmaßnahme von vornherein nicht funktionieren konnte.

2019 Elf Betonklötze im NSG Geithewald für eine eintägige Veranstaltung pro Jahr

Die Kolpingsfamilie Ostwennemar hatte den Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung gestellt, im NSG der Geithe einen Kreuzweg zu errichten. Einmal im Jahr am Karfreitag begeht die Kolpingsfamilie diesen Weg, der bisher mit mobilen Holzfiguren ausgestattet war. Nun aber hatte der Hammer Künstler Otmar Alt neue Figuren entworfen, die dauerhaft auf Betonsockeln stehen sollten. Fehlende Platzgründe für die Lagerung der transportablen alten Holzfiguren bei der Kolpingsfamilie sollen allerdings auch eine Rolle gespielt haben, wie zu hören war.

Der Beirat protestierte, weil Betonsockel in einem NSG und FFH-Gebiet unangebracht sind. Die UNB bearbeitete mit ihrem **Sachbearbeiter Markus Breer, aktives Mitglied der Kolpingsfamilie Rhynern, den Fall, für den eine Befangenheit offensichtlich nicht festgestellt** worden ist. Er brachte den Widerspruch des Beirats in den Rat der Stadt Hamm, der den Widerspruch aufhob. Als letzte Instanz bereitete die höhere Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Arnsberg, die den Widerspruch des Beirats zu beurteilen hatte, dem Kreuzweg den Weg. Die HNB machte einen Haken unter die Maßnahme und wies den Beiratseinspruch zurück. **Ein Ausgleich wurde für den Landschaftseingriff von keiner Behörde gefordert.** Für FFH-Gebiete gilt laut Gesetz ein Verschlechterungsverbot. Sind elf Betonsockel im Wald inklusive der temporären Bauarbeitstätigkeiten keine Verschlechterung?

Die HNB hatte der UNB während eines Ortstermins zu einer anderen Planung einige Tage vorher bereits signalisiert, dass sie den Widerspruch des Beirats ablehnen würde; das bereits zu einem Zeitpunkt, als ihr die Gründe der Beiratsablehnung noch nicht bekannt waren. **Aber so ist das, die Behördenleute kennen sich, sie müssen immer und ewig zusammen arbeiten, da ist eine anderslautende Meinung eines Beirats nur hinderlich und unbequem.** Ich habe auch nicht verstanden, dass ein voreingenommenes Kolpingsfamilienmitglied diese Maßnahme in seiner Funktion als amtlicher Sachbearbeiter beurteilen durfte.

Markus Breer vertrat die Meinung, die Betonsockel wären gleichzusetzen mit einem Findling aus der Eiszeit; das sah der Beirat anders, es handelte sich ja um Beton und Chemie. Bezirksbürgermeister Björn Pfortsch meldete sich in der entscheidenden Ratssitzung zu Wort und wies darauf hin, dass er seinen Glauben weiter ausleben wollte – keiner der Gegner dieses Projekts hatte dies jemals verhindern wollen, das war schließlich auch vor temporär aufgestellten Holzfiguren möglich. Er vertrat später auf dem Neujahrsempfang 2020 seines Stadtbezirks die Auffassung, dass die Geithe nicht zubetoniert worden ist – da hatte er sogar recht, aber die elf Betonklötze gehören weder in einen Wald noch in ein NSG und FFH-Gebiet.

Zeitgleich wurden anderenorts vier Baugruben ausgehoben, um eine Stromtrasse zwischen einer Windenergieanlage in Beckum und dem Umspannwerk in Uentrop zu errichten. Schutzgebiete waren nicht betroffen, aber die UNB forderte einen ökologischen Ausgleich für den selbst nach ihrer Meinung geringfügigen Eingriff in den Boden. **So misst man mit zweierlei Maß, das Verfahren im Geithewald ohne jegliche Ausgleichsmaßnahmen hatte schon ein richtiges Geschmäckle.**

2019 Ökologische Katastrophe im NSG Geithewald

Im Geithewald in Uentrop wurde im Winter 2018/2019 vom Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) ein großer Holzeinschlag durchgeführt. Der Wald ist als NSG gesetzlich geschützt, Besucher müssen sich an viele Verbote halten. Die forstwirtschaftliche Nutzung allerdings unterliegt keinen Verboten, wenn sie „der guten forstwirtschaftlichen Praxis“ entspricht. Wenn!

Allerdings hatte der zuständige RVR-Förster Oliver



Schweres Gerät in der Geithe hat die Wege zerstört.

Der Graureiher ist hier weit verbreitet. Die Lippeaue ist einer seiner bevorzugten Aufenthaltsräume, der Tourismusbetrieb wird ihm zu schaffen machen.





Der Harvester fällt Bäume, entastet und zerkleinert in einem Arbeitsgang. Das Ergebnis der Aktion mit schweren Fahrzeugen sind zerstörte Wege. Im NSG und FFH-Gebiet wurden sogar Höhlenbäume umgelegt und Orchideenstandorte zerstört.

Stenzel-Franken die gute forstwirtschaftliche Praxis hier aus den Augen verloren, wie mir selbst Forstkollegen unter der Hand zustimmten. Etwa 200 Bäume wurden mit großem Gerät gefällt, es kamen ein Harvester (eine Holz-Vollerntemaschine, die in einem Arbeitsgang fällt, entastet, in transportable Stücke zerlegt und deponiert) und ein Bagger zum Einsatz. Etwa 40 Bäume wiesen Höhlen auf, die nach dem Bundesnaturschutzgesetz zu erhalten sind. Verantwortungsvolle Förster lassen solche Bäume stehen.

Landschaftsgärtner Dieter Hickmann entdeckte den Naturfrevler und versuchte, die Fällaktion zu stoppen, sprach den RVR und die UNB an. Der RVR blockte ab, die UNB wollte die Fällaktion zum Stoppen bringen. Es kam zu Ortsterminen, an denen die UNB, die höhere Naturschutzbehörde der Bezirksregierung Arnsberg, der Uentropen Bezirksvorsteher Björn Pförtsch mit einigen Bezirksvertretern, Jürgen Hundorf vom NABU Hamm und Dirk Bieker als Vertreter des Landesfachausschusses (LFA) Wald des NABU NRW teilnahmen.

Alle waren entsetzt, nur einer nicht: Dirk Bieker vom LFA Wald des NABU NRW. Warum nicht? Sein Arbeitsplatz befindet sich beim RVR. Hier hat der NABU NRW den Bock zum Gärtner gemacht. Ich habe den NABU NRW freundlich angeschrieben und noch nicht einmal eine Antwort erhalten. So allmählich verlor ich „den Glauben“ an den Verein, für den ich viele Jahre aktiv gewesen bin. Stenzel-Franken war später der Meinung, die Höhlenbäume aus Versehen gefällt zu haben. Tatsächlich alle 40 Höhlenbäume? Der RVR konnte die Aktion zu Ende führen, viele Waldwege waren auf großer Breite zerstört, der Boden für viele Jahre durch die schweren Fahrzeuge verdichtet.

Dass viele Arten ihre Lebensräume in den Baumhöhlen verloren haben, interessierte niemanden. Der neue Umweltamtsleiter in Hamm, Peter Martin, fand die Aktion im Wald in vorsichtiger Ausdrucksweise „nicht gut“ (er muss ja mit dem RVR noch oft zusammen arbeiten) und will sie künftig verhindern (wie denn, wenn der Forst das alleinige Sagen im Wald besitzt?). Der Bezirksbürgermeister Uentrop, Björn Pförtsch, beklagte auf dem nächsten Stadtbezirksempfang Uentrop die zerstörten Waldwege, die instand zu setzen sind; zur Vernichtung von Orchideenlebensräumen und gefällten Höhlenbäumen verlor er kein Wort. Hat er die Folgen des immensen Holzeinschlags verstanden? Ging es ihm nur um die Wege für die Spaziergänger?

Paul Ortman vom BUND Hamm fand die richtigen Worte zu diesem gravierenden Einsatz in das ökologische Gefüge des Waldes: „Ein Holzmassaker!“

2019 B-Plan DuPont aus 1965 wurde aktiviert: Reiling-Erweiterung

Der B-Plan Nr. 2 Uentrop aus dem Jahr 1965, heute B-Plan 02.058, wurde 2019 aus dem Ruhestadium herausgeholt. Das Recyclingunternehmen Reiling, das auf der benachbarten Fläche seine Produktionsstätte hatte, wollte an der Straße Auf dem Südfelde im Schatten des Trianel-Gas- und Dampfkraftwerks erweitern; Eigentümer der Fläche ist DuPont.

Im Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hamm erhoben mehrere Mitglieder schwere Bedenken. Schließlich hatte sich auf der Jahrzehnte brach liegenden Fläche eine artenreiche Tierwelt eingefunden, streng geschützte Arten lebten hier. Die UNB ver-



Hier hat sich ein Lebensraum für seltene Tierarten entwickelt; die Fläche ist jetzt potenzielles Baugebiet.

wies darauf, dass damals, 1965, für die Ausweisung dieser Fläche als Baugebiet bereits ein Ausgleich geschaffen worden ist. Uentrop gehörte damals zum Kreis Unna, und irgendwo in Unna soll es als Ausgleich eine Baumanpflanzung gegeben haben. Wo das passiert ist, konnte oder wollte kein Vertreter der Stadt Hamm mehr sagen, Unterlagen gäbe es in Hamm nicht.

Die Beiratsmitglieder stellten eine lange Liste der dort lebenden Vogelarten auf, die ihren Lebensraum verlieren würden, käme es zur Umsetzung des Vorhabens. Gleichzeitig wurde die HNB Arnberg eingeschaltet und angefragt, ob sie das Vorhaben verhindern könne. Es war nicht anders zu erwarten: Die HNB war der Meinung, dass die UNB Hamm das Begehren der Firma Reiling und den vorgesehenen Ausgleich naturschutzrechtlich eingestuft habe. Die UNB setzte für Reiling eine Ersatzzahlung von 207.688,25 Euro fest. Diese hohe Summe hat vermutlich dazu geführt, dass Reiling eine andere Möglichkeit für die Bearbeitung der Plastikabfälle in anderen Zweigstellen gefunden und das Vorhaben aufgegeben hatte. Es geht also.

Keinesfalls stoppte die Stadt Hamm ihre Planung, die Fläche baurechtlich abzusichern, nachdem der Investor abgesprungen war. Das Verfahren wurde bis in den Rat der Stadt Hamm gebracht. Sobald also ein neuer Investor hier bauen möchte, ist es ohne neue Verfahren möglich. Es sei denn, es dauert wieder knappe 60 Jahre, dann werden die Gesetzesvorgaben vermutlich andere sein als heute.

2019 Hines-Planung im Kunststoff-Park Süd II nimmt vielen Arten den Lebensraum

K-Park Süd II, Distributions-Park, Hines-Gelände, B-Plan DuPont – die Palette der Bezeichnungen für eine seit Jahrzehnten brach liegende weitere Fläche nahe des Trianel-Gas- und Dampf-Kraftwerks in Uentrop ist relativ lang. Investor ist die IPD Germany Hamm S.a.r.l. aus Luxemburg, Mieter das Logistik-Unternehmen Hines Interests Limited Partnership aus Houston/USA. Auch hier ist der B-Plan Nr. 2 aus Uentrop (heute B-Plan 02.058) von 1965 wie im vorstehenden Bericht gültig. Auch hier hatte sich eine große Zahl an streng geschützten Vogelarten niedergelassen, weil die Fläche störungsfrei lag und nicht landwirtschaftlich bewirtschaftet wurde. Die hier brütenden Arten waren aber dem Planungsvorhaben im Weg.

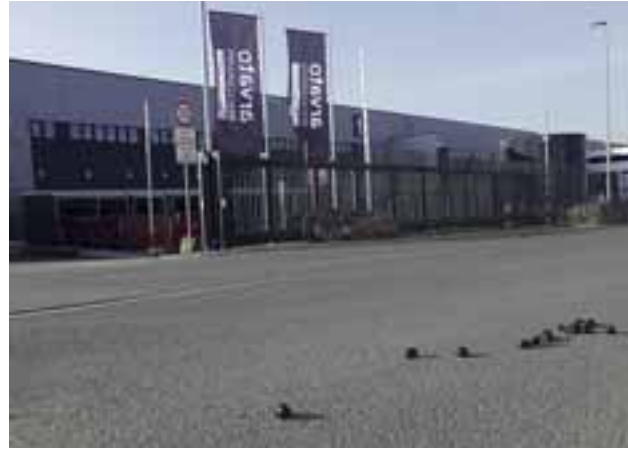
Besonders verwerflich und sogar **gesetzeswidrig** stellte sich hier die gezielte Vertreibung der Brutvogelarten dar. Über mehrere Wochen wurde die Fläche von Personen begangen, die **händeklatschend für Unruhe sorgten und so Vögel aufscheuchten**, weiteres Brüten verhinderte bzw. beendete. Sogenannte Vergrämungsmaßnahmen als vorbeugende Vertreibung von Tierarten (z. B. das Auslegen von Flatterband) sind gesetzlich zulässig, aber nicht das aktive Vertreiben von Vögeln, die sich bereits zum Brüten niedergelassen haben. Vor der Vergrämung muss eine Ersatzfläche (sogenannte CEF-Maßnahme) zur Verfügung stehen, die die vertriebenen Arten nutzen können. Der Zustand der Population darf sich durch die Vergrämung nicht verschlechtern, die Ersatzfläche muss in Größe und Ausgestaltung so beschaffen sein, dass sie der verloren gegangenen Fläche entspricht. Das war hier nicht der Fall. Die Behörden hatten behauptet, dass die Fläche landwirtschaftlich genutzt worden ist. Das war falsch, denn der Aufwuchs wurde nur geschnitten und gemulcht, also liegengelassen. **Was keinen Ertrag bringt, ist keine landwirtschaftliche Nutzung; insofern war selbst die Vergrämung unzulässig.** Mit der Vergrämung sollten die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes umgangen werden, die für Arten an ihren Lebensstätten gelten:

„Es ist verboten, 1. wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen oder ohne vernünftigen Grund zu fangen, zu verletzen oder zu töten, 2. wild lebende Pflanzen ohne vernünftigen Grund von ihrem Standort zu entnehmen oder zu nutzen oder ihre Bestände niederzuschlagen oder auf sonstige Weise zu verwüsten, 3. Lebensstätten wild lebender Tiere und Pflanzen ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören.“

Werden keine Brutvögel mehr festgestellt, gibt es keine Beschränkungen für den Investor. Rechtlich ist das aktive Vertreiben streng geschützter Arten allerdings eine Straftat.

Ich habe versucht, durch schriftliche und telefonische Anfragen an die federführende Behörde weitere Auskünfte zu erlangen. Das war sehr schwierig, denn das Bauordnungsamt antwortete schleppend bis nicht und auch aus der UNB wurde mir nur die schriftlich erteilte Stellungnahme innerhalb des städtischen Abwägungsprozesses mitgeteilt; ergiebig war sie nicht. Auch der Hinweis auf die Aarhus-Konvention (Beschluss der Europäischen Union in einem völkerrechtlichen Vertrag: alle Fragen von Bürgern müssen durch die Behörden beantwortet werden) und auf das Umweltinformationsgesetz (das ist die Umsetzung der Aarhus-Konvention in deutsches Recht) halfen wenig. Bei einem **Ortstermin mit Akteneinsicht wurde mir ein Aktenberg vorgelegt**, der keinen Hinweis auf die CEF-Maßnahmen enthielt; das war aber der Sinn meines Begehrens gewesen. Der Mitarbeiter zuckte bei allen Fragen, die er nicht beantworten konnte oder wollte, mit den Schultern und verwies allein auf den Investor. Ich hätte mich also in Luxemburg melden müssen. Ob er sich wirklich bemüht hatte, nach Antworten auf meine Fragen zu suchen, konnte ich nicht exakt feststellen. Aber ich glaube, insgeheim wusste er schon, wie ergebnislos meine Akteneinsicht sein würde. Mir war natürlich klar, dass ich ein unbequemer Fragesteller war, das hatte mir die Behörde vor allem durch den unfreundlich-genervten Amtsleiter schon am Telefon vermitteln können.

Die Kommunalpolitik hat sich für meine Einwände



Das Hines-Gelände – links die beginnende Bauphase, im Hintergrund der Wald an der Straße Auf dem Südfelde. Heute sieht man den Wald vom gleichen Standort nicht mehr: Industriehallen für Logistiker prägen das Landschaftsbild und stehen auf einer Fläche, die vorher ein hervorragender Lebensraum für wild lebende Arten war.

nicht interessiert. War das Thema zu komplex, hätten sich die Politiker zu sehr reindenken müssen? Bauen war wichtiger, die Begrenzung der Flächenversiegelung spielte immer noch keine Rolle in Hamm, Artenschutz auch nicht, Klimaschutz war ein Lippenbekenntnis, weiterer LKW-Verkehr durch Logistiker offensichtlich hinnehmbar. Hier wurde eine weitere Ansiedlung von Logistikern genehmigt. **Die Brutvogel verjagenden Störer hatten ganze Arbeit geleistet**, ihr Ziel erreicht und die Fläche von geschützten Arten „gesäubert“.

2019 Industriegebiet an der Siegenbeckstraße

Nach der Reiling-Fläche und der Hines-Fläche gibt es ein drittes Industriegebiet, das im Raum Uentrop fast zeitgleich ausgewiesen werden sollte. Es handelte sich um eine brach liegende Fläche an der Siegenbeckstraße im Bereich des RWE-Kraftwerks Westfalen, sie wurde früher für die Vormontage der neuen Kraftwerksblöcke D und E und als Materiallager genutzt. Insgesamt ist die Fläche 47,3 Hektar groß, der nördliche Teil bereits bebaut, für den südlichen Teil mit 17,9 Hektar sollte der bestehende B-Plan geändert werden.

Beeinträchtigt von der Maßnahme ist der Geithebach, der einen Schutzstreifen von zehn Metern erhalten sollte. In meiner Stellungnahme für die LNU hatte ich gefordert, diesen Schutzstreifen auf 30 Meter zu erhöhen, um **den Bachlauf überhaupt ökologisch wirksam** werden zu lassen. Statt eines gradlinigen Verlaufs wäre so die Anlage von Mäandern und Kolken möglich gewesen. Darüber hinaus hatte ich angeregt, die Fläche südlich zwischen Geithe und Datteln-Hamm-Kanal nicht zu bebauen, weil der Artenbestand auf der Fläche so hoch war. Alles war vergebens, die Anregungen fanden keine Berücksichtigung.

2019 Fünf Naturschützer verlassen den Beirat bei der UNB

Sie bzw. wir hatten genug: Elke Herold, Gerd Köpke, Wolfgang Pott, Peter Schäfer und ich haben im Dezember 2019 den Beirat bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hamm verlassen. Einige von uns waren **um die 40 Jahre Mitglied** dieses Gremiums. Im Landesnaturschutzgesetz NRW steht: Die Beiräte sind vor allen wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen

der unteren Naturschutzbehörde zu hören. Sie sollen zudem Fehlentwicklungen in der Landschaft entgegenwirken, aber das setzt Beteiligungen an Vorhaben voraus. **So soll es sein, aber so war und ist es nicht.**

Die Vorgehensweise der UNB in vielen Verfahren war nicht mehr hinnehmbar. **Nach den Umbesetzungen in der Spitze des Dezernats, des Umweltamts und der Leitung der UNB ging es ständig noch weiter bergab.** Häufig ging es um wertvolle ökologische Gebiete, die bebaut werden sollten und die der Naturschutzbeirat als Biotop erhalten wollte, es kam in den Verfahren nicht mehr zu einer Einigung. Die fünf Mitglieder, die ihren Austritt erklärt hatten, **fühlten sich nicht mehr ernst genommen.** Der Beirat wollte schützen, selbst die UNB wollte bebauen, nicht nur das Planungsamt. Wenn der Beirat von seinem Vetorecht Gebrauch machte und ein Vorhaben in einem Schutzgebiet, wie LSG oder NSG, verhindern konnte, hob der Rat der Stadt Hamm oder die HNB in Arnsberg (je nach gebotener Rechtslage) den Widerspruch des Beirats rechtlich auf und ebnete den Weg für weitere Flächenversiegelungen und Eingriffe in Natur und Landschaft. Aktuelle Beispiele waren die geplanten Flächenversiegelungen ökologisch wertvoller Gebiete in Uentrop im K-Park II (Vorhaben Hines), an der Straße Auf dem Südfelde (Vorhaben Reiling) und an der Siegenbeckstraße (Industriegebietserweiterung); die drei Flächen lagen Jahrzehnte brach und hatten sich zu wertvollen Biotopen entwickelt. Für die UNB war das unbedeutend. Auch die unerfreuliche Diskussion um den Kreuzweg im NSG und FFH-Gebiet Geithe (Vorhaben Kolpingsfamilie), die zeitlich mit diesen Großvorhaben zusammenfiel, hat ihren Beitrag dazu geleistet. Über diese vier Vorhaben habe ich vorstehend berichtet.

In ihrem Rücktrittsschreiben betonten die fünf Mitglieder, dass sie **kein Feigenblatt** dafür sein wollen, dass die Stadt Hamm die vorgeschriebenen Beteiligungen **des Beirats de jure durchführt, die getroffenen Entscheidungen des Beirats aber de facto ignoriert.** Ebenso vermissten sie die Beteiligung bei allen wichtigen Entscheidungen und Maßnahmen der UNB. Jeder B-Plan, zu dem die UNB ihre Stellungnahme abgibt, hätte eine Beteiligung des Beirats nach sich ziehen müssen. Das gab es schon seit etlichen Jahren im Gegensatz zu früheren Zeiten nicht mehr.

Bundes- und Landesregierung verkünden öffent-



Auf dem lange Jahre brach liegenden Gelände an der Siegenbeckstraße mit dem Geithebach unweit der Kraftwerkstandorts Uentrop hatte sich eine Vielzahl von Arten niedergelassen, die anderenorts kaum noch geeignete Brutplätze finden. Für Planer und Kommunalpolitiker ist das offensichtlich wertloser Raum.

lichkeitswirksam Pläne und Programme für einen verbesserten Umwelt-, Natur-, Arten- und Klimaschutz. Die Europäische Union erlässt Vorgaben nach Ausweisung großer Schutzgebiete, die auch noch miteinander vernetzt werden sollen (Natura 2000). Was nützen alle diese Regeln, wenn die Entscheider vor Ort, die diese Vorstellungen umsetzen müssten, jeden B-Plan durchwinken, als hinge das Wohl und Wehe der Hammer Bevölkerung allein davon ab! **Um Natur- und Umweltschutz zu bewahren und zu verbessern sind unsere Kommunalpolitiker gefordert;** aber sie handeln nicht danach oder wollen es nicht wahrhaben.

Deshalb haben die fünf Beiratsmitglieder in dem **unbedeutendsten und wirkungslosesten Gremium**, das es in NRW gibt, die Reißleine gezogen und sind zurückgetreten – trotz langjähriger Mitgliedschaft, trotz langjähriger Bereitschaft zur Mitarbeit in Naturschutzangelegenheiten, trotz großer Erfahrung im Naturschutz. Sie haben viel zu spät erkannt, dass die Mitarbeit in diesem Gremium in Hamm behördlicherseits unerwünscht und sinnlos ist und die Stadt Hamm mit den Sitzungen des Naturschutzbeirats nur eine lästige Gesetzesbestimmung vollzieht.

Dass ich zu dieser Erkenntnis erst nach 33 Jahren Mitgliedschaft, davon 20 Jahre als Vorsitzender, gekommen bin, wundert mich heute!

2020 Die SPD will „50 helle Orte“

Es war ein **Wahlprogramm der SPD** zur Kommunalwahl 2020: Die Partei will 50 Orte bestrahlen, die nachts – nach ihrer Vorstellung – nicht hell genug erleuchtet werden. Dazu gehören nicht nur Straßenabschnitte ohne Laternen, sondern auch Parkplätze an Trimpfpfaden.

Was mag der Hintergrund dieser Idee gewesen sein? Geschehen an dunklen Orten mehr Überfälle als anderswo? Ein Kriminalbeamter, der gleichzeitig im Fledermausschutz aktiv war, wusste in einem Vortrag zu berichten, dass die Statistik dies nicht aussagt.

Sukzessive werden diese Vorstellungen zurzeit umgesetzt, ohne dass Rücksicht auf Fledermäuse, Insekten und andere nachtaktive Tiere (auch ziehende Vogelarten) genommen wird. Hier hat die **SPD jegliches ökologisches Verständnis vermissen lassen**. Die Beeinträchtigungen aller Arten in nächtlich beleuchteten Naturräumen ist groß, die Tiere verlieren ihren Rhythmus.

Zum Glück hat die SPD im Dezember 2023 ihren Beitrag dazu geleistet, den Wunsch der Gaststättenbetreiber des Ruderclubs abzulehnen, der sogar eine Beleuchtung des Radwegs von der Münsterstraße am Jupp-Eickhoff-Weg durch die Auenlandschaft der Lippe zu seiner Gaststätte gefordert hatte. Der Weg war noch nie beleuchtet, wird seit Jahrzehnten benutzt und die Beleuchtung der Fahrräder ist mittlerweile so stark, dass auch dunkle Straßenabschnitte gefahrlos befahren werden können. Im Beschwerdeausschuss des Rates wurde der Antrag des Ruderclubwirts behandelt und von der Ampelkoalition mehrheitlich abgelehnt.

2020 Meine Mitgliedschaft in der Bezirksvertretung Pelkum und meine zweite Zeit im Umweltausschuss

2020 habe ich den Entschluss gefasst, in die Kommunalpolitik einzutreten. Ich wollte endlich für den Naturschutz etwas erreichen und Erfolge sehen und wurde Mitglied bei Bündnis 90/Die GRÜNEN; bei welcher Partei auch sonst. Im Stadtbezirk Pelkum gab es nach der Kommunalwahl dieselbe Koalition aus SPD (8 Sitze), GRÜNEN (2) und FDP (1) wie im Rat der Stadt.

Auf der zweiten Sitzung stand der Haushaltsplan auf der Tagesordnung. Der SPD-Sprecher, Christopher Magh, kam zu uns herüber und meinte, dass unsere Ampelkoalition alle Anträge der Opposition ablehnen soll. „**Auch wenn sie gut sind**“, habe ich ihn gefragt und **als Antwort meinte er, unsere wären besser**. Auf Nachfrage musste er zugeben, dass er die Anträge der Opposition gar nicht kannte. Das kam mir sogleich ziemlich komisch vor, **mein demokratisches Verständnis war ein anderes**. Aber ich habe anfangs das Spielchen mitgemacht, aber sogleich gesagt, dass das nicht grundsätzlich so sein sollte. Da habe ich schon meinen ersten „Ampelkoalitions-Knacks“ bekommen.

Vor jeder Sitzung haben wir die Beschlussvorlagen zur Durchsicht bekommen, wir konnten Änderungen vorschlagen, bevor sie öffentlich wurden. Das ist so üblich, das ist das Privileg der Regierungsparteien. Meine ökologisch orientierten Änderungswünsche fanden kein Gehör. Anfangs wollte ich nicht aus dem Koalitionsschwanz ausbrechen und habe hin und wieder den FNPs und B-Plänen zähneknirschend zugestimmt – auch wenn das nicht meine Überzeugung war.



Das Wäldchen in Lohausenholz zwischen Martinstraße und Weetfelder Straße durchquert ein NSG und ein LSG, die Straßentrasse ist aus der Unterschutzstellung ausgenommen. Seit ewigen Zeiten ist der Weg unbeleuchtet, die SPD betreibt hier mit ihrem Antrag auf Beleuchtung eine vorausschauende Insektenvernichtung.

Zum großen Knall kam es beim B-Plan Wielandstraße. Dort ist eine dichte Bebauung mit Wohnhäusern vorgesehen, ein großer Baumbestand soll gefällt werden, wenn der Plan umgesetzt wird. Das habe ich nicht mitmachen können. Die zweite Nummer war die vorgesehene Beleuchtung des Radwegs von der Weetfelder Straße durch den Wald an der Baumhofstraße zwischen NSG und LSG hindurch bis zur Günterstraße an den „sieben Brücken“. Nächtliche Beleuchtung stört Insekten, Kriechtiere und ziehende Vögel und schädigt die Artenbestände ungemein. Der **Rückgang der Insekten an Individuen liegt zurzeit bei um die 70 Prozent**, wie der Entomologische Verein Krefeld e.V. in einer Studie festgestellt hat. Der Artenschutz war aber für SPD und FDP kein Thema und – für mich überraschenderweise – bei den GRÜNEN von meinem Pelkumer Fraktionskollegen bis zu allen Ratsmitgliedern ebenfalls nicht. Ich zog für mich die Konsequenzen und verließ die Ampelkoalition, aber nicht die grüne Fraktion in der Bezirksvertretung. Die Folge war, dass mein grüner Fraktionskollege in Pelkum aus der grünen Fraktion austrat und die Fraktion auflöste; schlaw war das eigentlich nicht. Ich hatte der **Ampelkoalition versichert, alle Anträge und Beschlüsse weiter mittragen zu wollen unter der Voraussetzung, dass sie gut sind**; das war offensichtlich nicht genug und nicht gewollt.

Die GRÜNEN hatten mich 2020 auch für den Ausschuss für Klima, Umwelt und Naturschutz (AKUN) des Rates der Stadt Hamm vorgeschlagen. Dort war ich ein gutes Jahr Mitglied. Meinen Austritt aus dem AKUN habe ich vollzogen, als ich feststellen musste, dass die GRÜNEN nichts unternehmen wollten, um die Norderweiterung des Inlogparcs in Weetfeld aus dem Regionalplan zu nehmen. Der Regionalplan ist das übergeordnete Planwerk, aus dem FNPs und B-Pläne entwickelt werden, er wird vom Regionalverband Ruhrgebiet (RVR) erstellt. Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition ist festgeschrieben, dass die drei Parteien den Nordausbau planerisch beenden wollen, aber die Vorgabe wird nicht in die Tat umgesetzt. Dass „meine“ Partei nichts unternimmt, um den Vertrag umzusetzen,

hat mich tief enttäuscht. Die Reaktionen zweier grüner langjähriger Ratsmitglieder war so hässlich, dass ich den Kontakt zur Partei heruntergefahren habe.

2021 Der Multi Hub Westfalen und die nötigen Zubringerstraßen

Der Hammer Rangierbahnhof gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg zu den größten Verschiebebahnhöfen in Europa. Imposant sind die Ausmaße: 110 Hektar Fläche, 9,3 Kilometer Länge der Bahnanlage, 430 Meter breit, Gesamtlänge der Gleise 325 Kilometer. 10.500 Güterwaggons konnten hier täglich abgefertigt werden. Ende der 1990er Jahre änderten sich die Vorgaben der Bahn, die Güterzüge wurden fortan in Hagen zusammengestellt. Viele Jahrzehnte kümmerten die vielen Gleise vor sich hin und wurden kaum genutzt. Die Stadt Hamm wollte das Gelände aktivieren und plante hier Neubauten für Wohnen und Gewerbe und wollte eine Teilstrecke der B 63n über den Rangierbahnhof legen.

Zwei Mitarbeiter der Bahn entwickelten 2021 eine neue Vorstellung. Ein Verladeterminale, das sie „Multi Hub Westfalen“ nannten, sollte auf der Bahnanlage entstehen. Die beiden Ideengeber entwickelten diese Idee im heimatischen Wohnzimmer, wie in der Hammer Presse zu lesen war. Das Ziel war, Güter von der Straße auf die Schiene zu bringen. Dieser Gedanke ist absolut unterstützenswert, denn auf Bundesstraßen und Autobahnen ist der LKW-Verkehr immens gestiegen, an Knotenpunkten und vielbefahrenen Autobahnen sind die Staus massiv. **Der Gedanke des Multi Hubs ist gut, hat aber hier vor Ort einen großen Haken: Es fehlt die Verkehrsanbindung durch Straßen** für die Zufahrt schwerer LKWs in die Hammer Innenstadt. Die Prognose lautet, dass das Verladeterminale täglich von 600 LKWs angefahren wird, die auch wieder den Rückweg antreten müssen; das macht 1200 LKW-Fahrten pro Tag. Die Hauptlast muss demnach zurzeit die Kamener Straße tragen. Die Verbindung zum Rangierbahnhof soll die Weetfelder Straße neu, die K 35n, darstellen. Diese Straße soll durch das Landschaftsschutzgebiet



Idylle in der Wiescherbachsenke: Das LSG Nr. 14 Wiescherbachsenke aus dem LP Hamm-West soll der Verbindungsstraße K 35n – Weetfelder Straße neu – zum Multi Hub Westfalen geopfert werden.

der Wiescherbachsenke laufen. Dies ist erforderlich, weil die B 63n, die die Zubringerfunktion eigentlich übernehmen soll, frühestens 2039 fertig gestellt werden kann. Bis dahin fließen die Verkehre von der Autobahn A 2 über die Kamener Straße, von der A 1 über die Dortmunder Straße und die Hafenstraße. Es muss damit gerechnet werden, dass auch der Autobahnanschluss Uentrop an der A 2 genutzt wird und der eine oder andere LKW sich den Weg direkt durch die östliche Hammer Innenstadt suchen wird. Auch vom Hammer Hafen werden Logistiker den Multi Hub anfahren. **Der in der Innenstadt liegende Rangierbahnhof ist für diese Nutzung aufgrund seiner Lage nicht geeignet.**

Auf dem Stadtempfang 2023 hat der Hammer Oberbürgermeister davon gesprochen, dass es „**noch ein kleines Problem mit den Straßen**“ bis zur Realisierung des Multi Hubs gebe. Das sehe ich völlig anders: Es gibt ein **sehr großes Problem mit den Straßen** in den Stadtbezirken Pelkum und Hamm-Mitte.

Die Bürgergemeinschaft Weetfeld e.V., in der ich seit 2020 aktiv mitarbeite, hat sich gegen diese Planung ausgesprochen, sollte es keine andere Möglichkeit als die Anlieferung der Container über Hammer Straßen geben. Wir haben die Meinung vertreten, dass sich die Wohnsituation der betroffenen Bürger von Selmigerheide, Wiescherhöfen, Daberg, Weetfeld und der Stadtmitte nicht durch überflüssige Straßen- und Industriegebietsplanungen verschlechtern darf.

Die verkehrliche Situation am Industriegebiet Inlogparc ist nach wie vor problematisch und unbefriedigend. Das Verkehrsaufkommen in Weetfeld, Wiescherhöfen und Bönen hat sich drastisch erhöht. Eine ehemals ruhige Landschaft wurde zerstört, die Wohnsituation der Bürger dauerhaft verschlechtert und die Lebensqualität der Anwohner enorm negativ beeinflusst. Dieser Trend darf nicht so weitergehen. Aber B 63n und K 35n werden weitere Belastungen nach sich ziehen: Zusätzlicher Verkehrslärm, zusätzliche Abgase, beson-



Ein Blick in die Wiescherbachsenke: Zurückhaltend praktizierte und nach biologischen Grundsätzen orientierte Landwirtschaft haben Naturräume für wild lebende Arten neben der bäuerlichen Landnutzung belassen.

ders schädliche Stickoxide der LKW-Dieselmotoren, Zerschneidung der Landschaft im südlichen Pelkum und in Wiescherhöfen, dazu Freiflächenverbrauch von 40 Hektar, Verlust von Lebensräumen wild lebender Tierarten und Zerstörung großer Teile des Landschaftsschutzgebiets „Wiescherbach-Senke“.

Die Anwohner in Pelkum und der Innenstadt Hamms dürfen nicht die Leidtragenden dafür sein, dass das nordwestdeutsche Autobahnnetz entlastet wird – hier muss nach verträglicheren Lösungen für die hier lebenden Bürger gesucht werden. Es bleibt die Frage: **Welchen Nutzen haben die Hammer Bürger in Pelkum, Kirchspiel, Selmigerheide, Daberg, Lohausenholz, Weetfeld und Hamm-Mitte vom Multi Hub?**

Ganz zaghaft hört man seit 2023 von Bahn-Insidern, dass die **Container bereits über die Schiene nach Hamm gebracht** werden könnten. Auf dezentralen Verlademöglichkeiten an anderen Bahnknotenpunkten könnten die Container bereits vom LKW auf Güterzüge umgeladen und auf dem Hammer Multi Hub zu den geplanten bis zu 1000 Meter langen Güterzügen zusammengestellt werden. Sollte dies tatsächlich eine Möglichkeit sein, würde die BG Weetfeld ihren Widerstand gegen den Multi Hub Westfalen aufgeben. Um dies zu klären, hat der BG-Vorstand die DB Cargo mit ihrer Chefin Dr. Sigrid Nikutta angeschrieben und um Aufklärung gebeten. Eine Antwort ist ausgeblieben.

2021 Endlich eine Baumschutzsatzung, die ihren Namen auch verdient

Die erste Baumschutzsatzung der Stadt Hamm ist im Juli 1988 durch Beschlussfassung des Rates rechtskräftig geworden. Es war eine besondere Satzung, denn sie schützte nicht alle Bäume eines bestimmten Stammumfangs in festgesetzter Höhe (z. B. 60 cm Umfang in 1 m Höhe), wie es in Baumschutzsätzen anderer Kommunen üblich ist. In Hamm waren bis 2021 nur Bäume geschützt, die nach einem Antragsverfahren vom Umweltausschuss des Rates in ein Kataster aufgenommen worden waren. Das war ein langwieriger unnötiger Verwaltungsaufwand. So etwas gab es in keiner Kommune, umso stolzer waren die Macher der Hammer Satzung darauf, die Politiker von CDU, SPD und FDP. Von den Zehntausenden Bäumen in Hamm waren nur wenige geschützt.

Zu dieser Baumschutzsatzung hatte Michael Thon von den Naturfreunden Hamm-Mitte ab 1988 über Hundert Anträge auf Unterschutzstellungen gestellt. Meist erhielt er als Antwort eine vorgedruckte Postkarte der Stadt Hamm, auf der ein Häkchen angekreuzt war: „**Die Angelegenheit wird bearbeitet**“. Auf einer solchen Postkarte vom 09.05.1989, in der es um zwei Linden in der Hölderlinstraße ging, steht der handschriftliche Vermerk: „Sind schon gefällt/26.10.1992“.

Oberstadtdirektor Dr. Stemplewski schrieb im Mai 1990 in einer Beschlussvorlage, dass nur „besonders wertvolle Bäume“ (*welche sind das wohl?*) geschützt werden sollen. Es ging der Stadt Hamm also nicht um saubere Luft, sondern um irgendetwas Gärtnerisches.

Als 2020 die GRÜNEN in eine Koalition mit SPD und FDP im Hammer Rat Einfluss nehmen konnten, wurde auch die völlig desolante „Baumschutzsatzung“ **in eine echte Baumschutzsatzung geändert**. Heute sind Bäume in 1 m Höhe ab einem Stammumfang von 100 cm geschützt. Es gibt Kommunen, die Bäume bereits ab

einem Stammumfang von 60 Zentimetern schützen. Die neue Baumschutzsatzung schützt seit dem 30.12.2021 Bäume auf Privatflächen im bebauten Innenbereich. Wald, NSG, LSG, Parkanlagen, Baumschulen, Gärtnereien und Kleingärten sind ausgenommen. Verkehrssicherungsmaßnahmen bis zur Fällung sind zulässig. Ausnahmen zur Fällung können von Privatleuten beantragt werden. Obstbäume und Walnussbäume sind nicht geschützt. Weitere Regeln stehen in der Hammer Satzung (<https://www.hamm.de/umwelt/rund-um-den-garten/baumschutzsatzung>).

2023 Bürgerantrag der BG Weetfeld zur Aufgabe des Inlogparc-Nordausbaus abgelehnt

Edmund A. Spindler, Raumplaner, Mitglied im Beirat der Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e.V., verfasste im Herbst 2023 einen Bürgerantrag, der die Aufgabe der Planung des Inlogparc-Nordausbaus zum Ziel hatte. 43 Hammer Bürger unterschrieben diesen Bürgerantrag, der im Ausschuss für Beschwerden und Anregungen des Rates der Stadt Hamm behandelt wurde.

Im Antrag wurde auf zwei wichtige Beschlüsse verwiesen. Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition aus SPD, GRÜNEN und FDP wird festgesetzt, dass der Nordausbau fallen gelassen wird. Der Rat der Stadt Hamm hat in der Beteiligung der Stadt Hamm zum übergeordneten Regionalplan Ruhr beschlossen, dass der Nordausbau aus dem Planwerk gelöscht werden muss. Dieser Beschluss ist dem RVR übermittelt worden. Beides hat nicht zur Umsetzung geführt, der Koalitionsvertrag wird innerhalb der Ampelkoalition nicht vollzogen, und der RVR hat in seinem Beschlussorgan des Ruhrparlaments den Hammer Antrag ignoriert und den Inlogparc nicht gelöscht. **Pikanterweise hat die Hammer Ratsfrau Monika Simshäuser (SPD) im Hammer Rat für die Beendigung, aber im Ruhrparlament als Hammer Delegierte für die Fortführung gestimmt.**

Ebenso pikanterweise hat die **Ratsfrau der GRÜNEN, Christina Böttcher, in der Behandlung des Bürgerantrags im Beschwerdeausschuss den Antrag der BG Weetfeld abgelehnt**. Sie hat dem widersprochen, was sie im Koalitionsvertrag und im Ratsbeschluss zum Regionalplan des RVR bejaht hat. Eigentlich ist „**pikanterweise**“ die falsche Vokabel, es muss „**skandalöserweise**“ heißen.

Vorstand und Beirat der BG Weetfeld waren nicht nur erschüttert, sondern enttäuscht, anders kann man es nicht bezeichnen. Es hätte den drei Parteien der Ampelkoalition im Ausschuss gut zu Gesicht gestanden, dem Bürgerantrag zuzustimmen, um nach außen ein Zeichen zu setzen, dass erstens die Inlogparc-Planung beendet werden muss und zweitens **die Politik wieder glaubhaft werden könnte**. Diese Chance haben die Mandatsträger der SPD, der GRÜNEN und der FDP kläglich versäumt. Warum durfte der Ausschuss nicht anders entscheiden? Es gab garantiert eine Vorgabe „von oben“. Warum darf andererseits der Ausschuss für Klima, Umwelt und Naturschutz in Beschlussvorlagen nicht anders entscheiden als der planende Ausschuss für Stadtentwicklung? Es geht schließlich um Umweltbelange!

Nur DIE LINKE mit Roland Koslowski unterstützte den Antrag. Allerdings hat DIE LINKE kein Stimmrecht, sondern nur eine beratende Funktion.

2023 **CreativRevier Heinrich Robert:** Ein Landschaftspark wäre schön gewesen

Mit vier Bebauungsplänen soll das Gelände der früheren Zeche Heinrich Robert/Bergwerk Ost neu gestaltet werden. Auf der etwa 55 Hektar großen Fläche ist eine intensive Bebauung geplant. Einzelhandelsbetriebe, Gewerbe und Wohnen mit den nötigen Parkplatzflächen sollen realisiert werden. Hier ist die große Chance verpasst worden, für die beiden Stadtbezirke Herringen und Pelkum einen Ort mit Aufenthaltsqualität zu schaffen, der der Bevölkerung zu Gute gekommen wäre. Hier wäre **ein Landschaftspark die bessere Entwicklung** gewesen und hätte als Anziehungspunkt für die Nahholung gelten können. Hier hätte es die Möglichkeit gegeben, Wohnen und Freizeit in einer guten Planung, in der die Nachhaltigkeit eine große Rolle hätte spielen können, zusammen zu führen. Somit würde die Versiegelung im geplanten Umfang vermieden und die künftig durch die Gewerbebetriebe entstehenden erheblichen verkehrlichen Belastungen nicht eintreten.

Dieses Vorhaben wird zum Klimawandel beitragen! Gegenüber einem Landschaftspark wird hier durch Ressourcenverbrauch, Bautätigkeiten und nachfolgender jahrzehntelanger Nutzung **ein immenser CO₂-Ausstoß entstehen**, der auch durch eventuell installierte Photovoltaikanlagen nicht verhindert wird.

Im **CreativRevier** sollen Einzelhändler und Einkaufsmärkte angesiedelt werden, obwohl es in Pelkum und Wiescherhöfen eine ausreichende Nahversorgung gibt. Das gilt auch für das vorgesehene Fahrradfachgeschäft, das an der Kamener Straße vorhanden ist.

Die Kartierungen haben ergeben, dass **sieben planungsrelevante Vogelarten** auf dem Gelände leben und dort ihre Fortpflanzungsstätten haben. Sieben weitere Arten nutzen die Flächen zur Nahrungssuche und als Ruheraum. Dazu kommen **sechs planungsrelevante Fledermausarten**, die hier Tagesverstecke nutzen. Die **Lebensstätten des Neuntöters und der Nachtigall** werden zerstört. Ob die CEF-Maßnahmen greifen und sinnvoll sind, muss vor Baubeginn sichergestellt werden.



Der Hammerkopfturm ist das nach außen charakteristische Merkmal der früheren Zeche.

Der negative Höhepunkt dieser Planung sind die **8000 Fahrzeuge**, die das **CreativRevier** laut Prognose **täglich anfahren** werden, sobald das Gebiet voll ausgelastet ist. Zumutbar ist das nicht!

Hinzu kommt der Verkehr zum Multi Hub Westfalen: 600 LKWs werden künftig über die Kamener Straße das noch zu bauende Verladeterminale in diesem Straßenabschnitt zusätzlich anfahren (siehe Bericht auf den Seiten 40-41). Hier entsteht ein stark belasteter Verkehrsknotenpunkt.



Die Einfahrt zum Zechengelände Heinrich Robert. Rechts die ehemalige Parkplatzfläche.



Der Erlebensraum Lippeaue im Hochwasserereignis 2023/24: Ein Vergleich des Fotos aus 2003 auf Seite 24 und dieses Foto aus Dezember 2023 lässt die Vermutung Gewissheit werden: Hier ist im Überschwemmungsraum Boden aufgeschüttet worden. Unten: Das Hochwasser hat nur noch Sandreste der Liegefläche übrig gelassen.

„Die letzte Meldung“:

2023 Das Hochwasser 2024 am „Lippe-Beach“ im Erlebens(albt)raum Lippeaue

Zwischen Weihnachten 2023 und Neujahr 2024 habe ich bei Regenwetter den Erlebens(albt)raum Lippeaue besucht. Ich wollte mir einfach mal anschauen, was das Dezember-Hochwasser mit dem „Lippe-Beach“ gemacht hat. Der Lippe-Beach ist eine am Lippeufer aufgeschüttete Sandfläche, hier soll sich der Besucher sommertags sonnen können. Wenn man auf der Lippebrücke an der Münsterstraße steht und Richtung Osten auf das Lippewehr Hamm schaut, hatte man bis zum Beginn der Regenphase im Dezember 2023 den „Beach“ (früher: „Strand“) im Blick; gelb schimmerte der Sand, durchwachsen von Wildkraut. Es gibt einen richtigen Wermutstropfen in dieser Sache: Niemand darf dort ins Wasser, weder zum Baden noch zum Paddeln auf Luftmatratzen, Bötchenfahren geht auch nicht. Alles ist verboten, weil es zu Strömungen kommt, die durch das Wehr verursacht werden und eine Gefahr darstellt. Wenns richtig warm werden sollte, wird man künftig gebraten in der Sonne. Noch nicht mal eine Dusche ist in der Nähe wie im allerletzten Freibad.

Mein erster Eindruck war, dass die aktuell vom Hochwasser überschwemmte Fläche relativ klein war. Ich hatte ein Bild vor Augen, das ich 2003 an gleicher Stelle gemacht hatte, damals war dort eine deutlich größere Fläche überschwemmt, obwohl es nicht so stark geregnet hatte wie in diesen Winterwochen. Wie konnte das sein?

Wie zu erwarten war, sah man den tollen Beach nicht mehr, Hochwasser stand drauf. Ich bin dann in den Bereich hinein gegangen; je näher ich dem Beach kam, desto tiefer versank ich im Schlamm. Allmählich wurde mir

klar: Auch hier ist aufgeschüttet worden, bei gewachsenem Boden würde ich trotz des Regenwetters nicht so tief im weichen Schlamm versinken. Das ist eine Aufschüttungsfläche! In der Erlebensraum-Maßnahme ist so viel Bodenaushub angefallen, dass auch hier Bodenmaterial untergebracht werden musste. Die Deposition außerhalb hätte den Kostenrahmen gesprengt.

Allerdings: Hier befindet sich der Retentionsraum der Lippe, hier soll sich Hochwasser stauen, bevor es in die Keller der Unterlieger läuft. Genau das, die Schaffung von Hochwasserstauflächen an Flussläufen, ist das Gebot der Stunde. Hier wurde das Gegenteil erreicht, die Fotos bezeugen es.

Siehe dazu Bericht aus 2006 mit dem Vergleichsfoto aus 2003 auf Seite 24 dieser Ausgabe, dazu das aktuelle Bild oben. Das untere Foto vom 28.01.2024 zeigt die Reste der Sandfläche, die vom Lippehochwasser 2023/24 weggeschwemmt worden sind. Was hier passiert ist, war zu erwarten und ist prognostiziert worden; es wollte nur kein Befürworter hören.



Mein Fazit

Sich in Hamm für Belange des Naturschutzes einzusetzen ist eine ungemein schwierige Aufgabe. Politik und Verwaltung davon zu überzeugen, dass der Schutz des Freiraums ein hohes Gut ist und dass wild lebende Arten Ansprüche auf die Bewahrung ihrer Lebensräume haben, hat sich in meiner Heimatstadt in den 45 Jahren meines Engagements für Natur, Umwelt und Arten als häufig nicht erreichbar herausgestellt; ich kann keine andere Einschätzung geben.

Allzu oft habe ich erfahren müssen, dass **Gewerbe- und Industriegebiete rücksichtslos ausgewiesen, aber Naturräume nicht geschützt wurden; für viele Entscheider sind sie wertloser Raum**. Indikatoren für intakte Lebensräume (sofern sie heute überhaupt noch im urbanen Raum vorzufinden sind) sind die wild lebenden Arten aller Gattungen, auch die botanisch bedeutsamen Vorkommen. Kenntnisse darüber erlangen die Gutachter, die diese Flächen kartieren. Aber ihre Gutachten haben in der Regel immer wieder ein Ergebnis: Alles ist angeblich ausgleichbar. Jeder Gutachter ist in der Lage, in der Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung eines B-Plans eine Bilanz auszuweisen, die den Ist-Zustand mit dem späteren Zustand nach erfolgten Ausgleichsmaßnahmen gleichstellt. **Der Gutachter soll ja auch keine Planung verhindern, sondern er soll sie gerichtsfest, also durchführbar machen**. Große Hoffnungen wurden in der Umweltszene auf die Verabschiedung des Gesetzes der Umweltverträglichkeitsprüfung gesetzt. Sie kommt aber nur bei Großvorhaben zum Einsatz, sie hat die bestehende Misere nicht verbessert. Die Krux ist, dass **der Verursacher des Eingriffs den Gutachter bestellt, nicht eine neutrale Institution**; der Auftraggeber erwartet ein ihm genehmes Ergebnis.

Negativbeispiele sind die verloren gegangenen Lebensräume für Fledermäuse an der Hochhäusern der Waldenburger Straße (Seite 34) und am Alleenradweg in Flierich (Seite 27). Aber auch der Umgang mit den wertvollen Flächen des Baugebiets DuPont (Seite 36) hat bei Naturschützern große Kritik hervorgerufen. Die Ausweisung des Baugebiets Möbelmarkt Finke auf einem nicht ausgleichbaren Quellbiotop (Seite 29) war ein echter Skandal. Der Inlogparc in Weetfeld (Seite 16) und das Creativ-Revier Heinrich Robert (Seite 43) sind Freiflächen fressende Bebauungsplanungen, die alle dazu beitragen, dass wild lebende Tierarten ihre Lebensräume verloren haben oder noch verlieren werden. Jetzt sind die Straßenplanungen der B 63n und der K 35n (Seite 40) weitere Planungen, die Naturräume

vernichten werden. Dass fünf engagierte und hochmotivierte Mitglieder des Naturschutzbeirats ihr Gremium verlassen haben (Seite 38), hat kaum jemanden aus der Stadtspitze und den weiteren Entscheidern in Rat und Verwaltung zum Nachdenken veranlasst.

Die Erwärmung der Erdatmosphäre macht vielen Bürgern große Sorgen. Die Programme der Bundes- und Landesregierungen können noch so sinnvoll sein, sie müssen vor Ort umgesetzt werden. Dazu sind die B-Pläne entscheidend; sie müssen entsprechend gestaltet werden, und nach meiner Meinung passiert das nicht in Hamm.

Ich habe den Eindruck gewonnen, **dass trotz aller Warnungen von Wissenschaftlern es weiter geht wie bisher**. Der wissbegierige Bürger erhält ständig neue Nachrichten über eine weltweit fatale Entwicklung, die aufzuhalten ist: Nichts passiert im gebotenen Umfang. Der Biodiversitätsrückgang ist enorm, der Artenverlust schreitet ständig voran, der Rückgang des Freiflächenverbrauchs ist viel zu zaghaf. Die Deckelung des weltweiten Temperaturanstiegs von eineinhalb Grad ist in Gefahr. **Verständnis habe ich für die jungen Menschen, die heutzutage auf der Straße protestieren, sie haben ihr Leben noch vor sich**. Deshalb fordern viele meiner Gesinnungsgenossen ein Umdenken in der Planung. Leider liegt das in weiter Ferne; das stelle ich selbst in der Bezirksvertretung Pelkum fest, dem kleinsten politischen Entscheidungsgremium in diesem Staat.

Die gesetzlich anerkannten Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU sollen den Finger in die Wunde legen, das wird sogar erwartet von Politik, Verwaltung und Bürgern. In Hamm besteht dazu ein Manko, LNU und BG Weetfeld können es allein nicht richten.

Ich persönlich werde im Rahmen meiner Möglichkeiten weiter die Belange für Klima, Umwelt, Natur und Arten vertreten, solange ich dazu befugt bin. **Große Probleme habe ich mit den Entscheidungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Natur (AKUN) des Rates der Stadt Hamm**. Die dort getroffenen Entscheidungen der Mehrheitsparteien müssen nach den Vorgaben der Stadtspitze deckungsgleich sein mit den Ausschüssen für Stadtentwicklung, für Wirtschaft und des Haupt- und Finanzausschusses. **Hat dieser Ausschuss dann noch eine Existenzberechtigung?** Ich war dort viele Jahre Mitglied und habe in diesem Ausschuss aufgegeben, weil die Mitarbeit regelrecht sinnlos war, denn die Ziele des Naturschutzes werden dort nicht erreicht. – Aufgeben gilt aber nicht!

Impressum

Herausgeber: Ulrich Schölermann · Weetfelder Straße 179 · 59077 Hamm · Telefon (0 23 81) 44 35 80
E-Mail: info@ulrich-schoelermann.de · Internet: www.dieoekologische.de

Beiträge: Alle Beiträge vom Herausgeber

Redaktionsschluss: 28.01.2024

Fotos: Seiten 27 unten (2) und 28 Robert Grunau, Seiten 34 und 36 Dieter Hickmann, Seite 41 oben Gudrun Isenbeck-Geue, alle anderen Fotos vom Herausgeber

Titelbild: Allee in Hamm-Lerche

Auflage: Print on demand – Druck auf Bestellung

Erscheinung: Halbjährlich (geplant); kostenlose Verteilung (freiwillige Unterstützung der Druckkosten von 3,00 Euro – plus 1,60 Euro Porto bei Zusendung – gern für die Druckausgabe an den Herausgeber: Konto Sparkasse Hamm, DE91 4105 0095 0001 5030 02).

In der deutschen Sprache ist es nicht möglich, geschlechtsneutral oder für alle Geschlechter umfassend und gleichzeitig leicht verständlich zu formulieren. Die gewählte Form steht ausdrücklich für alle Geschlechter.

(Ich betone, dass ich ausdrücklich für die Gleichberechtigung aller Geschlechter eintrete, aber die deutsche Sprache nicht verunstalten möchte.)

Im Frühjahr und Herbst ziehen die Kraniche über Hamm hinweg. Sie kommen aus dem hohen Norden und überwintern in Afrika. Die immer mildereren Temperaturen im Winter sorgen für ein zeitlich verändertes Zugverhalten.

Das Foto zeigt den Balztanz der Kraniche im Frühjahr in Schweden am Hornborgasee, die sich nahrungssuchend auf einer Ackerfläche niedergelassen hatten, einem bevorzugten Aufenthaltsplatz der „Vögel des Glücks“ in dieser Region.

